

GOTTFRIED WILHELM LEIBNIZ UNIVERSITÄT HANNOVER

Fakultät für Architektur und Landschaft

Institut für Umweltplanung

Masterarbeit zum Thema:

"Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Planungsverfahren"

**Einfluss eines Großbauprojekts auf das Gefüge des gesellschaftlichen
Zusammenhalts einer Region**

Zur Erlangung des Grades Master of Science

Vorgelegt von:

Maurice Grefe

Lavesstr. 82

30159 Hannover

maurice.grefe@web.de

Matrikelnummer.: 3140850

Erstgutachter: PD Dr.-Ing. Sylvia Herrmann

Zweitgutachter: M.Sc. Falko Knaps

Impressum

"Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Planungsverfahren"

"Social cohesion and planning procedures"

am Institut für Umweltplanung
der Fakultät für Architektur und Landschaft
an der Leibniz Universität Hannover

Bearbeitung

Maurice Grefe

Prüfende

PD Dr.-Ing. Sylvia Herrmann

M.Sc. Falko Knaps

Sommersemester 2020

Hannover, 29.10.2020

Danksagung

Im Rahmen des Masterstudiengangs Umweltplanung an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wurde von mir, Maurice Grefe, im Sommersemester 2020 die Masterarbeit "Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Planungsverfahren" bearbeitet.

Die Masterarbeit wurde von PD Dr.-Ing. Sylvia Herrmann und M.Sc. Falko Knaps betreut. Hiermit möchte ich mich recht herzlich bei den Betreuenden bedanken, welche mir vor allem bei methodischen, aber auch bei inhaltlichen Fragen zur Seite standen. Durch die wertvolle Unterstützung wurden mir neue Blickwinkel vor allem auf das komplexe Vorgehen eröffnet.

Weiter bedanke ich mich bei allen Personen, die meine Masterarbeit Korrektur gelesen haben und mich auch bei inhaltlichen Fragen unterstützten.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Masterarbeit mit dem Titel „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Planungsverfahren“ selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die im Literaturverzeichnis angegebenen Hilfsmittel verwendet habe.

Insbesondere versichere ich, dass ich alle wörtlichen und sinngemäßen Übernahmen aus anderen Werken und Quellen als solche kenntlich gemacht habe.

Maurice Grefe,  Hannover, den 29.10.2020

Vorwort

Es sei vorweg zu erwähnen, dass diese Masterarbeit zu Zeiten von Covid-19 (Corona) angefertigt wurde. Die Pandemie hatte vielfältige Auswirkungen auf die Ausarbeitung, was bereits in der Planung zu Problemen führte. Ursprünglich war es Teil der Planung, anstelle einer Auswertung eines wirksamen Informationsmediums leitfadengestützte Experteninterviews in einer Beispielregion durchzuführen und diese anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Gläser & Laudel 2010 auszuwerten. Durch die Pandemie konnten und durften keine Interviews vor Ort durchgeführt werden, was zu einem erheblichen Mehraufwand zur Durchführung der Interviews geführt hätte. Demnach wurde das zu untersuchende Medium neu definiert und eine neue mögliche Methodik angewandt. Weiteres Problem lag in der Literaturrecherche. Das betreten der Technischen Informationsbibliothek (TIB) und weiteren Bibliotheken war zeitweise gar nicht und anschließend nur eingeschränkt möglich. Die Beschaffung der Literatur schränkte sich somit größtenteils auf den Online-Katalog ein, durch den Literatur vorgemerkt werden konnte, um sich diese vor Ort am Schalter aushändigen zu lassen. Eine Nutzung der Arbeitsräume war zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben.

Zusammenfassung

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird im Bezug auf eine rein politische Auseinandersetzung weitreichend thematisiert. Weiterhin findet der gesellschaftliche Zusammenhalt allgemein in der wissenschaftlichen Lektüre beträchtlichen Anklang und wurde bereits von vielen Autoren diskutiert und strukturiert. Eine Auseinandersetzung mit dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt fand in die Regionalplanung noch keinen Einzug. Die Planung und Durchführung von Projekten in einer Region ruft nachweislich emotionale Reaktionen hervor. Die Auseinandersetzung der betroffenen Einwohner/innen mit dem Projekt oder sogar ihr Widerstand gegen ein geplantes Projekt sorgt dafür, dass sich das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts nachhaltig verändert. Eine solche Veränderung wird in dieser Masterarbeit weiter thematisiert. Als zu untersuchender Raum wurde der Landkreis Rotenburg (Wümme) mit dem dort geplanten Projekt SuedLink als Fallbeispiel gewählt. SuedLink trifft in der Region seit der Planung auf regen Widerstand der Einwohner/innen und wurde in den lokalen Tageszeitungen fortlaufend verhandelt. Diese Tageszeitungen dienten der vorliegenden Masterarbeit als Datengrundlage zur Auswertung. Die Auswertung wurde in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse der Zeitungsartikel durchgeführt und soll Rückschlüsse auf die Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch ein Großbauprojekt geben. Als Zwischenergebnis wurden die Informationen aus den Artikeln der lokalen Tageszeitungen mit den Ergebnissen der Literaturrecherche zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammengeführt und verdichtet. Dabei ergaben sich neue Themenkomplexe und Variationen, die aufzeigen, welche genauen Auswirkungen SuedLink auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Landkreis Rotenburg (Wümme) hat. Hier zeigte sich, dass sich neben den Problematiken auch positive Effekte entwickelten. Die Ergebnisse wurden anschließend weiter verdichtet und analysiert. Die verdichteten Ergebnisse dienen als Grundlage, aus den Potenzialen Hinweise für lokale Planer zu erarbeiten.

Abstract

Up until now, social cohesion has been a subject of intense discussion in a mostly political context. Furthermore, social cohesion, in general, finds considerable resonance in academic reading and has already been discussed and structured by many authors. A discussion of the topic of social cohesion has not yet found its way into regional planning. However, the planning and implementation of projects in a region provoke an intense emotional response from inhabitants, thus directly impacting the social dynamics of the area. A regional project inevitable results in the longlasting change of social cohesion through the inhabitants' engagement or resistance. This change in social cohesion will be further explored in this master's thesis. The district of Rotenburg (Wümme) with the planned project SuedLink as a case study was chosen as the area to be examined. Since the planning stage, SuedLink has been met with lively resistance from the inhabitants of the region and has been the subject of ongoing negotiations in the local daily newspapers. These daily newspapers served as a data basis for the evaluation of this master thesis. The evaluation was carried out in the form of a qualitative content analysis of the newspaper articles. It should provide conclusions about the changes in social cohesion caused by a major construction project. As an interim result, the information from the pieces in the local daily newspapers was combined and condensed with the results of the literature research on social cohesion. The research resulted in new thematic complexes and variations that show the precise effects of SuedLink on the structure of social cohesion in the district of Rotenburg (Wümme). It became apparent that positive effects developed alongside the problems. The results were then further condensed and analyzed. The evaluated results served as a basis for the development of tips for local planners, who in particular can make benefit of the positive side effects of the change in social cohesion.

Inhaltsverzeichnis

Impressum.....	3
Danksagung.....	4
Vorwort.....	5
Zusammenfassung.....	6
Abstract.....	7
Inhaltsverzeichnis.....	8
Abbildungsverzeichnis.....	9
Tabellenverzeichnis.....	10
1 Anlass und Problemstellung.....	11
2 Vorgehen und Methodik.....	13
2.1 Definition von Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts.....	13
2.2 Vorgehen.....	17
2.3 Auswahl und Vorstellung des Großbauprojekts in der betrachteten Region ...	20
2.4 Methodik zur qualitativen Inhaltsanalyse von Variationen einer Beeinflussung des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts.....	23
3 Ergebnisse.....	28
3.1 SuedLink bedingte Themenkomplexe und Variationen der Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Region Rotenburg (Wümme).....	28
3.1.1 Soziale Beziehungen.....	30
3.1.2 Verbundenheit.....	34
3.1.3 Gemeinwohlorientierung.....	46
4 Diskussion.....	58
4.1 Methodendiskussion.....	58
4.2 Zusammenfassung der relevanten Auswirkungen von SuedLink auf die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts.....	63
4.3 Ergebnisdiskussion.....	64
4.3.1 Soziale Beziehungen.....	64
4.3.2 Verbundenheit.....	67

4.3.3 Gemeinwohlorientierung.....	71
4.3 Hinweise für regionale Planende.....	75
5 Fazit und Ausblick.....	79
Literaturverzeichnis.....	82
Anhang.....	87

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts, eigene Darstellung.....	15
Abbildung 2: Schematische Darstellung vom Vorgehen und Ablauf, eigene Darstellung.....	19
Abbildung 3: Region Rotenburg (Wümme) (rot) in Niedersachsen (dunkelgrau) Quelle: Openstreetmaps.....	20
Abbildung 4: Screenshot der Arbeit mit QCA-Map nach Mayring, eigene Darstellung	24
Abbildung 5: Entscheidungsbaum zur Eingliederung der Textpassagen in die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts, eigene Darstellung.....	26

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Schemenhafte Übersicht der Ebenen der Ergebnisse.....	29
Tabelle 2: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Dimension soziale Beziehungen.....	34
Tabelle 3: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Identifikation.....	37
Tabelle 4: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Vertrauen in Institutionen.....	43
Tabelle 5: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Gerechtigkeitsempfinden.....	46
Tabelle 6: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft.....	52
Tabelle 7: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Anerkennung sozialer Regeln.....	55
Tabelle 8: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich gesellschaftliche Teilhabe.....	58
Tabelle 9: Relevante Auswirkungen auf die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts.....	64

1 Anlass und Problemstellung

Gemeinhin wird gesellschaftlicher Zusammenhalt als ein Wert angesehen, der Ausdruck eines intakten und solidarischen Gemeinwesens ist (BERTELSMANNSTIFTUNG 2017; 16). Demnach gilt gesellschaftlicher Zusammenhalt als eine normativ wünschenswerte Qualität, durch die eine lebenswerte und nachhaltige Gesellschaft realisiert oder deren Realisierung zumindest unterstützt werden kann. Das solidarische Gemeinwesen kann dabei auf ganz unterschiedlichen Ebenen wahrgenommen werden. So findet sich auf einer kleinräumigen lokalen Ebene, wie einem Dorf, eine andere Form, Ausprägung und Intensität des Gemeinwesens untereinander, als auf einer regionalen Ebene, wie der Gemeinde oder dem Kreis, dem das Dorf angehört (SCHIEFER & NOLL 2017: 597). Wird der gesellschaftliche Zusammenhalt durch einen äußeren Faktor oder Einfluss betroffen, können daraus verschiedene Prozesse und Reaktionen resultieren. Eine Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts kann dabei verschiedene Ursachen haben: „Globalisierung und Digitalisierung, wachsende Ungleichheit, Einwanderung und eine zunehmende kulturelle, religiöse und ethnische Diversität sowie nicht zuletzt der Aufstieg von Populisten und die damit zusammenhängende Krise der liberalen Demokratien“ (BERTELSMANNSTIFTUNG 2017; www), um nur einzelne Beispiele zu nennen.

Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt können dementsprechend je nach Art des Untersuchungsfeldes analysiert werden. Die Analyse des gesellschaftlichen Zusammenhalts unter Anbetracht eines rein politischen Spektrums befindet sich aktuell durch das Aufkeimen rechtspolitischer Parteien in einer lebhaften Debatte (BOCHMANN & DÖRING 2020: 1f). Eine Analyse, basierend auf den Auswirkungen von Regionalplanung auf die verursachten Auswirkungen auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts, wurde noch nicht weitläufig behandelt. In dieser Masterarbeit soll der gesellschaftliche Zusammenhalt demnach nur unter demokratischen Ansichten beschrieben werden.

Die Vergangenheit zeigt, dass geplante Großbauprojekte immer wieder einen „Nerv“ der Gesellschaft getroffen haben. Diese Großbauprojekte führten zu verschiedenen Reaktionen unter den Einwohner/innen, wie Protesten oder einem Vertrauensverlust in die übergeordneten Institutionen. Beispiele hierfür sind jahrelange Demonstrationen gegen „Stuttgart 21“ oder die „Y-Trasse“, oder gar eine Besetzung des „Hambacher Forst“. All diese Reaktionen zeigen, dass ein Großbauprojekt einen Aktionismus in der Gesellschaft hervorruft, beziehungsweise, Form, Ausprägung sowie Intensität des gesellschaftlichen Zusammenhalts beeinflusst. Auch das Großbauprojekt SuedLink wird seit Jahren in verschiedenen Informationsmedien immer wieder aufgegriffen und diskutiert.

Das Projekt wurde im Jahr 2012 im Netzentwicklungsplan (NEP) bestätigt und soll zur Unterstützung der Energiewende Windenergie von den Küsten Deutschlands nach Süddeutschland befördern (TENNET, [www](#)). Unterteilt ist SuedLink in vier Bauabschnitte, welche in unterschiedlichen Entwicklungsstadien verlaufen. Abschnitt A von Wilstermarschen (Schleßwig Holstein) bis Scheeßel (Niedersachsen) ist der erste Abschnitt und derzeit in der Planfeststellung (BUNDESNETZAGENTUR 2020: [www](#)). Die weiteren Bauabschnitte führen bis Bergheimfeld (Bayern) und befinden sich in der Bundesfachplanung vor der Entscheidung (ebd.). Seit der Veröffentlichung der Pläne in 2014 regt sich in verschiedenen Regionen durch eine direkte oder indirekte Betroffenheit durch die möglichen Trassenführungen reger Widerstand (HEIDEKREIS 2017: [www](#)). Bürgerinitiativen wurden initiiert, lokale Politiker beteiligen sich an Planungsprozessen und betroffene Bürger/innen werden zu beteiligten Bürger/innen. In all diesen Reaktionen kommen Veränderungen des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts zum Ausdruck.

Dieser Prozess der Veränderungen des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird in dieser Masterarbeit anhand einer Beispielregion untersucht und ausgewertet. Das Ziel dieser Masterarbeit ist es, zu bestimmen, wie ein Großbauprojekt wie SuedLink das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts einer Region beeinflusst. Dabei soll durch die Analyse eines regional bedeutsamen

Informationsmediums, in diesem Fall von Tageszeitungen, nachvollzogen werden, welche Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts dabei von besonderer Relevanz sind. Dazu werden folgende Forschungsfragen bearbeitet:

1. Welche Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts lassen sich aus Beiträgen zum Thema Südlark in einer regionalen Tageszeitung ableiten?
2. Welche Hinweise lassen sich zur Berücksichtigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Planungsprozessen ableiten?

2 Vorgehen und Methodik

2.1 Definition von Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wurde bereits mehrfach von verschiedenen Autoren thematisiert und interpretiert (BEAUVAIS & JENSON 2002; CHAN et al. 2006; CHIESI 2004; HULSE & STONE 2007; JENSON 1998, 2010). Demnach entstanden unterschiedliche Definitionen über den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die oft eigene Untergliederungen der Thematik enthalten (SCHIEFER & NOLL 2017: 585). Neben weiteren Autoren beziehe ich mich in dieser Masterarbeit auf Schiefer und Noll (2017) mit ihrer Ausarbeitung „The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review“, in der sie verschiedene Verständnisse gesellschaftlichen Zusammenhalts aus dem akademischen Diskurs zusammentragen und die Gemeinsamkeiten und Überschneidungen herausarbeiten.

Schiefer und Noll verstehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wie schon viele Autoren vor ihnen, als multidimensional, also als hochkomplexes Phänomen, das zur wissenschaftlichen Bearbeitung in klar voneinander zu unterscheidende Merkmalsbereiche geteilt wird. Da in dieser Masterarbeit eine Verknüpfung der

wissenschaftlichen Theorie mit den Analyseergebnissen eines Praxisbeispiels angestrebt wird, sind durch die Komplexität der Praxis einzelne Bestandteile der Analyse nicht immer in klar voneinander zu unterscheidende Merkmalsbereiche einzuordnen. Dieser Problematik widmet sich unter anderem auch die BertelsmannStiftung (2017) in ihrer Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“, in der sie durch Befragungen der Bürger/innen untersuchen, welche Veränderungsprozesse den Zusammenhalt in der Gesellschaft beeinflussen. Demnach gliedern sich die hier verwendeten Dimensionen an die Definition der BertelsmannStiftung (2017) an, werden aber zusätzlich durch eigene Interpretationen ergänzt. Die Dimensionen der BertelsmannStiftung wurden gezielt zur Messung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Regionen unterschiedlicher Größe entwickelt und bieten daher eine adäquate Grundlage für diese Masterarbeit.

Kernpunkte des gesellschaftlichen Zusammenhalts bilden die folgenden drei Dimensionen:

- **Soziale Beziehungen,**
- **Verbundenheit** und
- **Gemeinwohlorientierung.**

Der gesellschaftliche Zusammenhalt gliedert sich also in drei grundlegende Bereiche, die Dimensionen. Die Dimensionen können dabei als „die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen“ (BERTELSMANNSTIFTUNG 2017a: 24) betrachtet werden. Zusätzlich werden die drei Dimensionen in jeweils drei weitere Untergliederungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts differenziert. Dementsprechend ergeben sich insgesamt neun Bereiche, wie in Abbildung 01 veranschaulicht und im folgenden Text genauer erläutert wird.

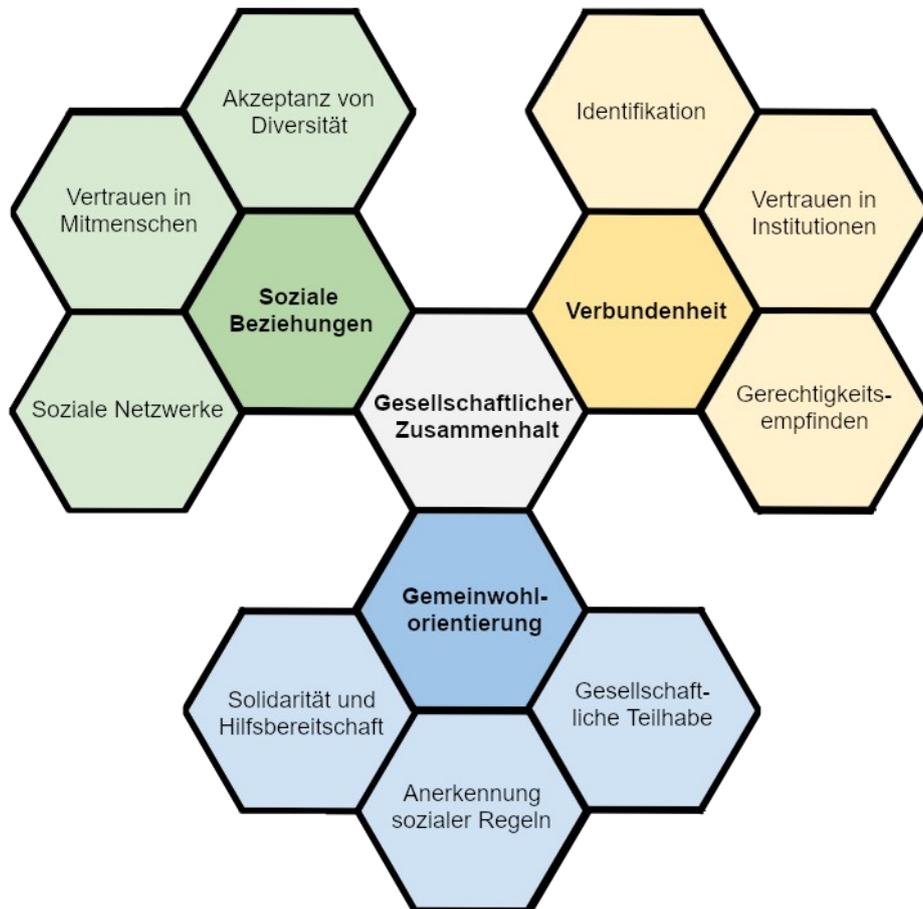


Abbildung 1: Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts, eigene Darstellung

Die erste Dimension, **soziale Beziehungen**, bezieht sich auf das horizontale Netz zwischen einzelnen Personen der Region oder zwischen Gruppen (BERTELSMANNSTIFTUNG 2017a: 26). Untergliedert ist die erste Dimension des gesellschaftlichen Zusammenhalts in die drei Bereiche:

- Soziale Netze,
- Vertrauen in die Mitmenschen und
- Akzeptanz von Diversität.

Soziale Netze beziehen sich dabei auf den Erhalt oder die Bildung von Netzwerken, welche die Menschen im Sinne des brückenschlagenden Kapitals (PUTNAM 2000) über den engeren Kreis der Familie, also dem sozialen Kapital, hinaus führen. Vertrauen in die Mitmenschen bezieht sich einerseits auf das allgemeine Vertrauen unter der Gesamtheit der Einwohner/innen der Region. Andererseits bezieht es sich auf das Vertrauen unter dem engeren Kreis der Menschen, denen eine Einwohner/in im Alltag begegnet (BERTELSMANNSTIFTUNG 2017a: 28). Akzeptanz von Diversität bezieht sich auf die Akzeptanz der Einwohner/innen der Region gegenüber anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen (BERTELSMANNSTIFTUNG 2017a: 29).

Verbundenheit bezieht sich auf die Bindung und das Vertrauen der Einwohner/innen der Region mit dem Gemeinwesen selbst und den Institutionen. Enthalten in dieser Dimension sind die Bereiche:

- Identifikation,
- Vertrauen in Institutionen und
- Gerechtigkeitsempfinden.

Identifikation bezieht sich auf das Verbundenheitsgefühl der Einwohner/innen mit dem Gemeinwesen der Region, das zwar subjektiv definiert wird, aber vielfach auf regionaler, gemeinschaftlicher oder sublokaler Ebene verortet wird. Nur wenn sich Einwohner/innen mit dem Gemeinwesen identifizieren können, werden sie sich auch für die dortigen Interessen einsetzen (ARANT & BOEHNKE 2016: 147ff). Vertrauen in Institutionen beschreibt das Vertrauen, das die Einwohner/innen der Region in gesellschaftliche und politische Institutionen besitzen. Darunter fallen beispielsweise politische Parteien, die Regierung oder die Polizei. Vertrauen in diese Institutionen bedeutet, dass sich die Einwohner/innen der Region gerecht behandelt und gut repräsentiert fühlen (BERTELSMANNSTIFTUNG 2017a: 31). Gerechtigkeitsempfinden wird nach keinen objektiven Maßstäben empfunden,

sondern nach der Einschätzung der Einwohner, ob sie eine Verteilung von Gütern in der Region als gerecht empfinden.

Gemeinwohlorientierung beinhaltet die Handlungen und Einstellungen der Einwohner/innen der Region, sich auch uneigennützig für die Belange anderer einzusetzen. Diese Dimension gliedert sich in folgende Bereiche:

- Solidarität und Hilfsbereitschaft,
- Anerkennung sozialer Regeln und
- gesellschaftliche Teilhabe.

Der Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft umfasst die aktive Mithilfe der Einwohner/innen der Region gegenüber ihren Mitmenschen und ihr Verantwortungsgefühl gegenüber Anderen. Anerkennung sozialer Regeln gehen über die Regelverletzungen von polizeilich verfolgten Straftaten hinaus. Sie beinhalten auch gesellschaftliche, unausgesprochene Regeln und Normen (BLIESENER & BERGMANN 2016: 291f). Die gesellschaftliche Teilhabe schließt die aktive Teilnahme der Einwohner/innen an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen mit ein.

2.2 Vorgehen

Das Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfragen gliederte sich in zwei Hauptschritte: Zum einen fand eine qualitative Inhaltsanalyse in Bezugnahme auf Variationen statt, die das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts beeinflussen. Dies erfolgte am Beispiel eines Großbauprojekts in einer abgegrenzten Untersuchungsregion. Aus dieser Analyse wurden VaBiZ (**V**ariationen **a**nhand der **B**eeinflussung innerhalb des gesellschaftlichen **Z**usammenhalts) abgeleitet (Kap. 03). VaBiZ sind eine Darstellung der aus der qualitativen Inhaltsanalyse abgeleiteten Variationen anhand der Beeinflussung des Gefüges innerhalb des gesellschaftlichen

Zusammenhalts. Zum anderen wurden aus der Interpretation der Ergebnisse Hinweise erarbeitet, durch die lokale Planer auf Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Planungsprozessen reagieren können.

Zur Untersuchung einer Beeinflussung des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts musste eine Region definiert werden, die als zu untersuchender Raum galt. Gewählt wurde auf lokaler bis regionaler Ebene der Landkreis Rotenburg (Wümme) (Kap. 2.3.1). Dieser Landkreis ist der Endpunkt des Abschnitts A der SuedLink-Trasse in der Gemeinde Scheeßel (Kap. 1) und somit wichtige/r Akteur/in für die planerischen Schritte im Planungs- und Zulassungsverfahren. Bürger/innen, zivilgesellschaftliche Akteur/innen und Politiker/innen der Region setzten sich als eine der ersten Gruppierungen aktiv gegen das Großbauprojekt SuedLink zur Wehr (Kap. 2.3.1). Dort gründeten sich Bürgerinitiativen, denen sich nach und nach auch kommunale Politiker/innen anschlossen, um auf die Problematiken von SuedLink aufmerksam zu machen (ebd.).

Die qualitative Inhaltsanalyse wurde anhand von Tageszeitungen, also eines regional bedeutsamen Informationsmediums, durchgeführt. Dieses Informationsmedium wurde auf relevante Textpassagen durchsucht, welche anhand eines Kodierleitfadens (Kap. 2.3.2) identifiziert wurden. Der Kodierleitfaden diente dazu, nur Textpassagen auszuwählen (Anhang A), die auf eine Auswirkung oder eine Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts hinweisen. Die identifizierten Textpassagen konnten anschließend durch einen Entscheidungsbaum (Kap. 2.3.2) in die definierten Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts einsortiert werden. Die einzelnen Textpassagen wurden dabei primär einmalig einsortiert. Einzelne Fragmente einer Textpassage konnten jedoch erneut den Entscheidungsbaum durchlaufen, sollten diese Fragmente wichtige Inhalte enthalten, die nicht der Hauptaussage der Textpassage entsprechen. In den Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurden die Textpassagen induktiv weiter unterteilt und verfeinert (Kap. 2.3.2). Dadurch konnten Variationen bestimmt werden, die das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts beeinflussen (Kap. 3). Aus den

gewonnenen Ergebnissen wurde VaBiZ abgeleitet und konnte in einem weiteren Schritt interpretiert werden (Kap. 4.2). Aus der Interpretation der Ergebnisse wurden in einem weiteren Schritt wichtige Hinweise erarbeitet, mit denen Planende auf die durch ein Großbauprojekt auftretenden Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts reagieren können.

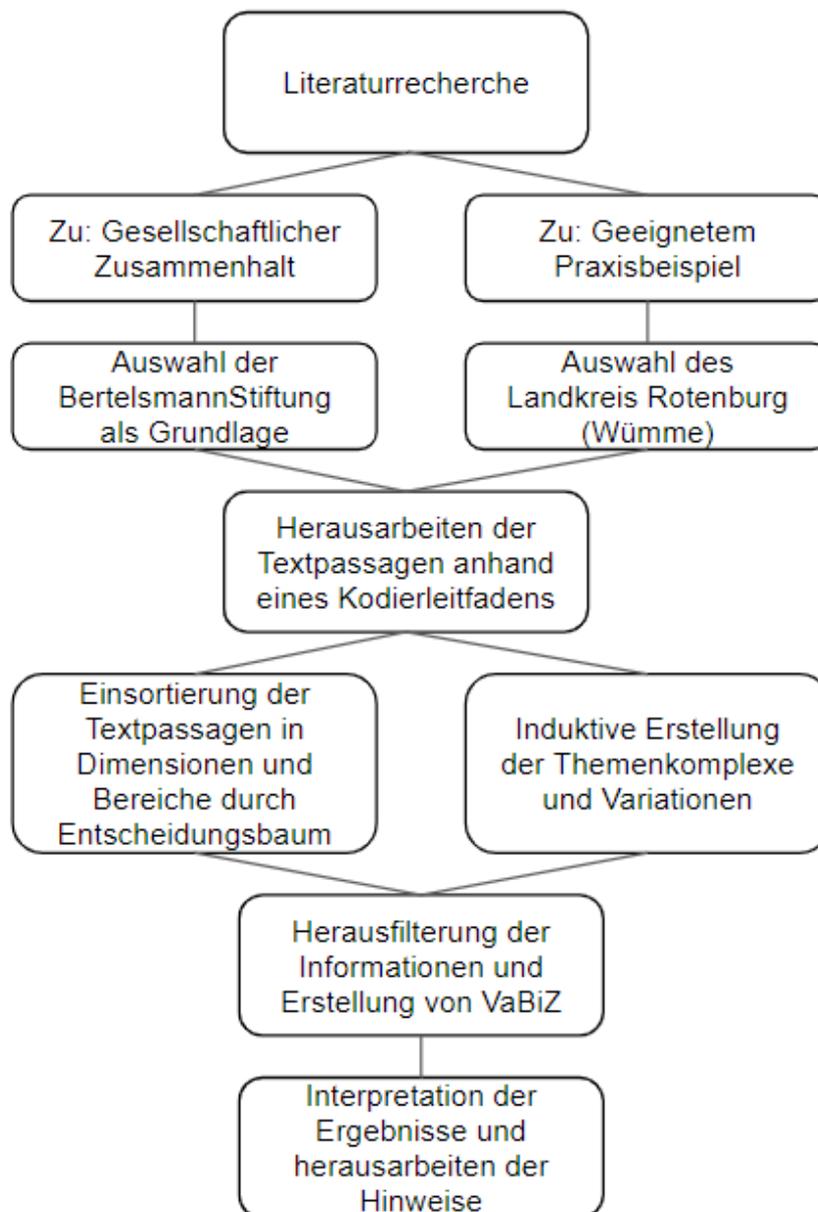


Abbildung 2: Schematische Darstellung vom Vorgehen und Ablauf, eigene Darstellung

2.3 Auswahl und Vorstellung des Großbauprojekts in der betrachteten Region

Die ausgewählte Region sollte durch das vordefinierte Projekt SuedLink betroffen sein. Durch eine Auswahl der regional bedeutsamen Tageszeitungen als zu untersuchendes Informationsmedium wurden verfügbare Zeitungsartikel, die das Projekt SuedLink thematisierten, untersucht. Durch eine hohe Anzahl an Artikeln zum Thema SuedLink in dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und einer Verfügbarkeit der Artikel wurde dieser Landkreis als zu betrachtende Region auf lokaler bis regionaler Ebene gewählt. Der Landkreis ist ländlich geprägt (BBSR 2016: 1) und liegt am Südwestrand der Metropolregion Hamburg im Zentrum des Elbe-Weser-Dreiecks zwischen Hamburg und Bremen (Abb. 03). Seit Beginn der Planung ist der Landkreis direkt von der SuedLink-Trasse betroffen, was sich mit einer Vielzahl an Reaktionen der Einwohner/innen vornehmlich auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkte. Im folgenden Abschnitt wird der zeitliche Verlauf von SuedLink in der Region aufgezeigt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die dargestellten Ergebnisse (Kap. 03) eingeordnet werden können.

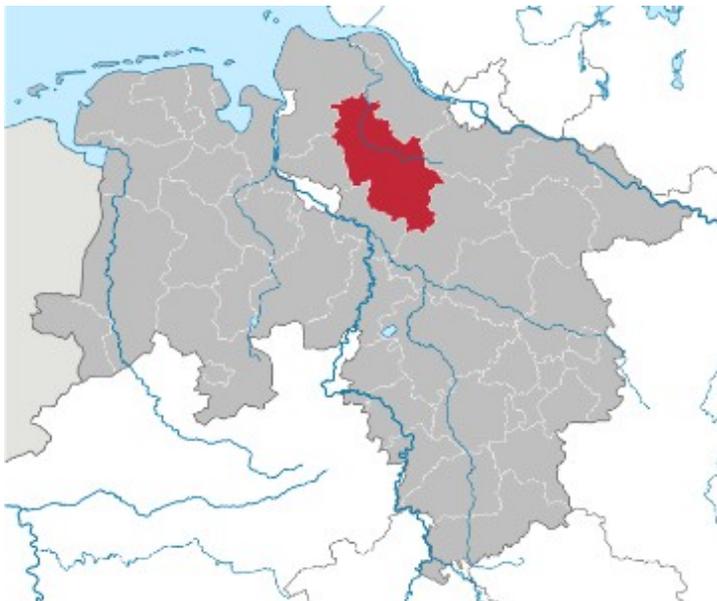


Abbildung 3: Region Rotenburg (Wümme) (rot) in Niedersachsen (dunkelgrau) Quelle: Openstreetmaps

Der Landkreis machte bundesweit schon frühzeitig in Verbindung mit SuedLink auf sich aufmerksam. So formte sich in der Gemeinde Waffensen seit der Veröffentlichung der Pläne zum Projekt SuedLink im Jahr 2014 eine der ersten Bürgerinitiativen, die sich lautstark gegen die geplante Stromtrasse positionierte (KREISZEITUNG 2014: www). SuedLink war derzeit noch auf kompletter Länge als eine oberirdische Freileitung geplant (TENNET 2016: 5), was zu regem Widerstand der Einwohner/innen führte. Gegen eine solche Freileitung wurden viele Argumente angeführt, da die Region beispielsweise als förderstärkster Feldeskomplex der Erdgasförderung und einer hohen Dichte an Biogasanlagen bereits „*einen hohen Anteil zur Energiegewinnung*“ (ROTENBURGERRUNDSCHAU 2014) beitragen würde. Die Argumente gegen eine geplante Freileitung waren dabei vielseitig. Einige sorgten sich um die körperliche Gesundheit (MDR 2017: www), andere um die Landschaft und die Natur (WESERKURIER 2017), wieder andere stellten gar das komplette Projekt und seine Sinnhaftigkeit in Frage (MAINPOST 2019). In den folgenden Monaten wurden vom Bauhabenträger Tennet, als Reaktion auf den Widerstand, Informationsmärkte in verschiedenen betroffenen Regionen durchgeführt, wie auch im Landkreis Rotenburg (Wümme). Der Debatte um die geplante Freileitung schlossen sich nun auch lokale Politiker/innen und Bürgermeister/innen der betroffenen Gemeinden an, welche den Widerstand der Anwohner/innen in die Politik weiter trugen (ROTENBURGERRUNDSCHAU 2014).

Der nicht minder werdende Widerstand der Anwohner/innen überzeugte die Politik davon, dass Gleichstromleitungen wie SuedLink per Gesetzesänderung als Erdverkabelung geplant werden müssen (BUNDESREGIERUNG 2015: www). Dadurch musste Tennet 2015 den Bauabschnitt A komplett neu planen, und zwar als Erdverkabelung auf gesamter Strecke (TENNET 2015: www). Darin sah ein Großteil der Anwohner/innen der Region einen enormen Vorteil, da sie ohnehin seit Beginn der Planung eine Erdverkabelung forderten und der Sinn der Energiewende mittlerweile weitreichend Anklang fand. Nach und nach wurden anfängliche Totalverweigerer des Projekts neutral gestimmt. Weiter beteiligten sich viele Anwohner/innen des Landkreises an der weiteren Planung mit Alternativvorschlägen

und Hinweisen, an welchen Planungskorridoren mögliche Komplikationen mit dem Umland bestehen könnten (ROTENBURGERRUNDSCHAU 2015: www). Tennet arbeitete die Vorschläge weitreichend in die bestehende Planung ein und präsentierte die neuen möglichen Planungskorridore auf weiteren Informationsveranstaltungen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass Rotenburg (Wümme) definitiv durch das Projekt betroffen sein würde.

Die neuen Pläne stießen bei einem Großteil der Anwohnerinnen auf Wohlwollen. Dennoch ergaben sich aus der Umstrukturierung des Projekts unvorhergesehene Probleme für Landwirte. Die Flächen, auf denen die Erdkabel verlegt werden sollen, so die Argumentation, könnten dann Jahrzehnte nicht mehr voll genutzt werden und das sollte auch dementsprechend kontinuierlich vergütet werden. Dieser Debatte schlossen sich verschiedene Naturschutzbehörden an, die vor allem auf Problematiken in Schutzgebieten aufmerksam machten. Zu dieser Zeit verlagerte sich die Debatte um das Projekt SuedLink von einem allgemeinen Widerstand der Region zu einem Widerstand der Landwirtschaft und der Naturschutzbehörden.

Aktuell ist unter der allgemeinen Bevölkerung der Region eher eine abwartende Haltung eingenommen worden. Vertreter/innen der Landwirtschaft und der Naturschutzbehörden kämpfen größtenteils alleine um ihre Interessen und viele Veranstaltungen bezüglich SuedLink mussten im Jahr 2020 Corona-bedingt abgesagt werden. Dementsprechend kann hier zum derzeitigen Zeitpunkt festgehalten werden, dass die Interessen der allgemeinen Bevölkerung zu großen Teilen befriedigt wurden und vereinzelte Kleingruppen sich in letzten Verhandlungen mit Tennet befinden.

2.4 Methodik zur qualitativen Inhaltsanalyse von Variationen einer Beeinflussung des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Zur Beantwortung der Forschungsfragen und der Analyse einer Beeinträchtigung des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) gewählt. Zu Beginn der qualitativen Inhaltsanalyse fand zunächst eine Materialauswahl statt. Das zu bestimmende Material wurde dabei durch die Forschungsfragen bestimmt. In diesem Fall wurde als regional bedeutsames Informationsmedium die Kreiszeitung der Region gewählt. Die Rotenburger Rundschau ist die am stärksten verbreitetste Zeitung der Region und bietet durch ein vollständiges Online-Archiv besonders in Zeiten von Covid-19 eine gute Arbeitsgrundlage. Um der Subjektivität einer einzelnen Informationsquelle entgegenzuwirken, wurden weitere Zeitungen der umliegenden Regionen herangezogen, in denen auf SuedLink in der Region Rotenburg (Wümme) verwiesen wurde. In den Online-Archiven wurden zunächst alle Artikel und Leserbriefe zur qualitativen Inhaltsanalyse ausgewählt, in denen das Wort „SuedLink“ zu finden war. Dabei war es nicht von Belang, in welcher Art SuedLink dort verhandelt wurde. Eine Suche nach anderen Schreibweisen wie „SüdLink“ fand keinen Erfolg. Weiter musste eine Analyseeinheit festgelegt werden. Diese ist in der Analyse die kleinste Komponente der Zeitungsartikel, die kategorisiert werden kann (MAYRING 2010: 59). Als Analyseeinheit wurden vorwiegend Sätze gewählt, die als Textpassagen eingegliedert wurden. Zieht sich ein Informationsstrang durch mehrere Sätze, wurden diese gebündelt als eine Textpassage kategorisiert. Dabei war es wichtig, dass es so zu keinem Informationsverlust führt, da der Kontext der Aussage ansonsten verloren gehen kann.

Die Auswahl der Textpassagen erfolgte deduktiv über einen Kodierleitfaden. Der Kodierleitfaden wurde so angelegt, dass nur relevante Textpassagen ausgewählt wurden. Das heißt, es wurden nur die Textpassagen gewählt, die auf eine

Beeinträchtigung oder eine Auswirkung auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts hinweisen. Dabei war es nicht von Belang, ob es sich um eine positive oder negative Entwicklung handelt. Die erfassten Artikel aus den Tageszeitungen der Region Rotenburg (Wümme) und der umliegenden Regionen wurden in einem nächsten Schritt auf Beeinträchtigungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts untersucht. Für die Durchführung der Extraktion der Textpassagen wurde das auf die Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse angelegte Programm QCA-Map genutzt (Abb. 04). Um eine bessere Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, wurden alle Textpassagen mit den dazugehörigen Quellen in einer Datei zusammengefasst (Anhang A). Anschließend durchliefen die Textpassagen noch einmal den Kodierleitfaden, um in einem zweiten Durchlauf zu prüfen, ob die Textpassagen der Forschungsfragen entsprechend ausgewählt wurden.

„Die seit 40 Jahren eingemeindeten Ortschaften Mulmshorn, Waffensen und Unterstedt werden bei der Realisierung der Suedlink-Strom-Trasse unmittelbar betroffen sein“, beschreibt Weber die Lage, die erst seit Kurzem bekannt sei. Und weiter nutzt Weber das Schreiben, um Hogmann die Stimmung in der Bevölkerung zu beschreiben. „Die Bürger in Rotenburg sind der Auffassung, schon genug zur Energieversorgung Deutschlands beizutragen. So ist der Feldeskomplex Rotenburg/Taaken gemäß jüngstem LBEG-Jahresbericht das förderstärkste deutsche Gasfeld.“ Das entspricht mehr als zwölf Prozent der bundesdeutschen Erdgasproduktion und gehe einher mit einer im Bundesvergleich extrem hohen Dichte an Erdgasförderstellen. „Insbesondere die Ortschaft Waffensen ist umzingelt von diversen Förderstellen“, gibt Weber zu bedenken. Die bei der Erdgasgewinnung in den vergangenen Jahren neu gewonnenen Erkenntnisse über das Fracking und die Behandlung von toxischem Lagerstättenwasser hätten beispielsweise dazu geführt, dass sich zu diesem Thema bereits vor zwei Jahren eine Bürgerinitiative gegründet habe. Weber: „Besonders verunsichert sind die besorgten Bürger über die erst kürzlich bekannt gewordenen Gefahren, die mit der Erdgasförderung verbunden sind. Dies ist mittlerweile ein Dauerthema in unseren Medien.“ Zudem, so Weber, handele es sich vor Ort um eine Region mit einer der höchsten Biogasanlagendichten Deutschlands - verbunden mit bekannten Problemen wie Vermaisung, Umweltbelastungen sowie Biomasse- beziehungsweise Gütleitismus. Zu genannten Problemen komme noch, dass die gesamte Region ohnehin bereits durch den Netzknotenpunkt Sottrum mit einer hohen Dichte von Höchst- und Hochspannungsleitungen belastet sei. „Nun sollen in jeweils 400 Meter Abstand zueinander 70 Meter hohe Strommasten mit einer Breite von 30 Metern beispielsweise direkt am Ortsrand von Mulmshorn, Waffensen und Unterstedt errichtet werden, damit Gleichstrom mit einer Spannung von 500 kV darin in Richtung Süden fließen kann“, führt Weber aus. Ursprünglich sollte damit der im Norden produzierte Windstrom nach Süden transportiert werden. In der Zwischenzeit jedoch steilen sich vielerlei Fragen: - Soll nur wind-Strom mit Sued-Link transportiert werden? - Wenn ja – mit welcher Auslastung wird die Trasse dann betrieben? - Wenn nein – soll dann auch Strom aus Kohlekraftwerken transportiert werden? - Gibt es ausschließlich die Strom-Fließrichtung Nord-Süd oder auch umgekehrt? - Warum soll ausgerechnet im frackreichsten Erdgasförderbereich solch eine Leitung erbaut werden? Birgt dieses nicht noch zusätzliche Risiken? - Wie viel Mehrkosten würde eine Verlegung unter der Erde mit sich bringen? - Wie hoch schlagen diese Mehrkosten bei einer bundesweiten Umlage und einer Abschreibungsdauer von 40 bis 50 Jahren laut Stromnetzentgeltverordnung auf die Netznutzungsentgelte zu Buche? - Sind Alternativtrassen hinreichend untersucht und geprüft worden? - Wenn ja, aus welchem Grund wurden die

Abbildung 4: Screenshot der Arbeit mit QCA-Map nach Mayring, eigene Darstellung

Im nächsten Schritt wurden für die weitere Analyse verschiedene Analysekategorien deduktiv festgelegt. Die Analysekategorien waren dabei an die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Kap.2.1) angeglichen und wurden in Form eines Entscheidungsbaums (DUHME 2006, www) dargestellt (Abb. 05). Ein Entscheidungsbaum ist in seiner Darstellung ähnlich wie ein Baum in Kanten, Knoten und Blätter unterteilt, die der Untersuchung von Attributen auf bestimmte Informationen dient. Die Gliederung des Entscheidungsbaums war zwar an die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts angeglichen (Kap. 2.1), dennoch ist der Inhalt des Entscheidungsbaums ein eigens entwickelter methodischer Schritt. Dieser Schritt war notwendig, um die komplexen Inhalte der Praxis für eine weitere Analyse in wissenschaftliche Kategorien einzusortieren. Vor der Anwendung des Entscheidungsbaums findet eine Vorsortierung statt, in der beispielsweise irrelevante Informationen aussortiert werden (ebd.). Diese Vorsortierung fand in Form des zweiten Durchlaufs der Textpassagen durch den Kodierleitfaden statt (s.o.).

Im Entscheidungsbaum durchlief jede Textpassagen zunächst die erste Ebene der Dimensionen. Dabei durchlief jede Textpassage die erste Frage (grün dargestellt) und fiel bei Verneinung in derselben Ebene weiter nach unten, bis sie in eine Dimension einsortiert oder ausgeschlossen wurde. Konnte eine Textpassage in eine Dimension eingegliedert werden, durchlief sie innerhalb dieser Dimension die nächste Ebene. Auf dieser Ebene durchlief die Textpassage wie schon in der Ebene zuvor jede Kategorie von oben nach unten, bis sie eingegliedert oder aussortiert wurde. Auf dieser Ebene wurde die Textpassage so in einen Bereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts einsortiert. Eine Textpassage konnte dabei nur einmalig in einen Bereich und eine Dimension des gesellschaftlichen Zusammenhalts eingegliedert werden. Konnte eine Textpassage im ersten Durchlauf in keine Dimension oder keinen Bereich einsortiert werden, durchlief diese Textpassage nochmals den gesamten Entscheidungsbaum. Konnte die Textpassage weiterhin nicht einsortiert werden, fiel diese aus der Analyse.

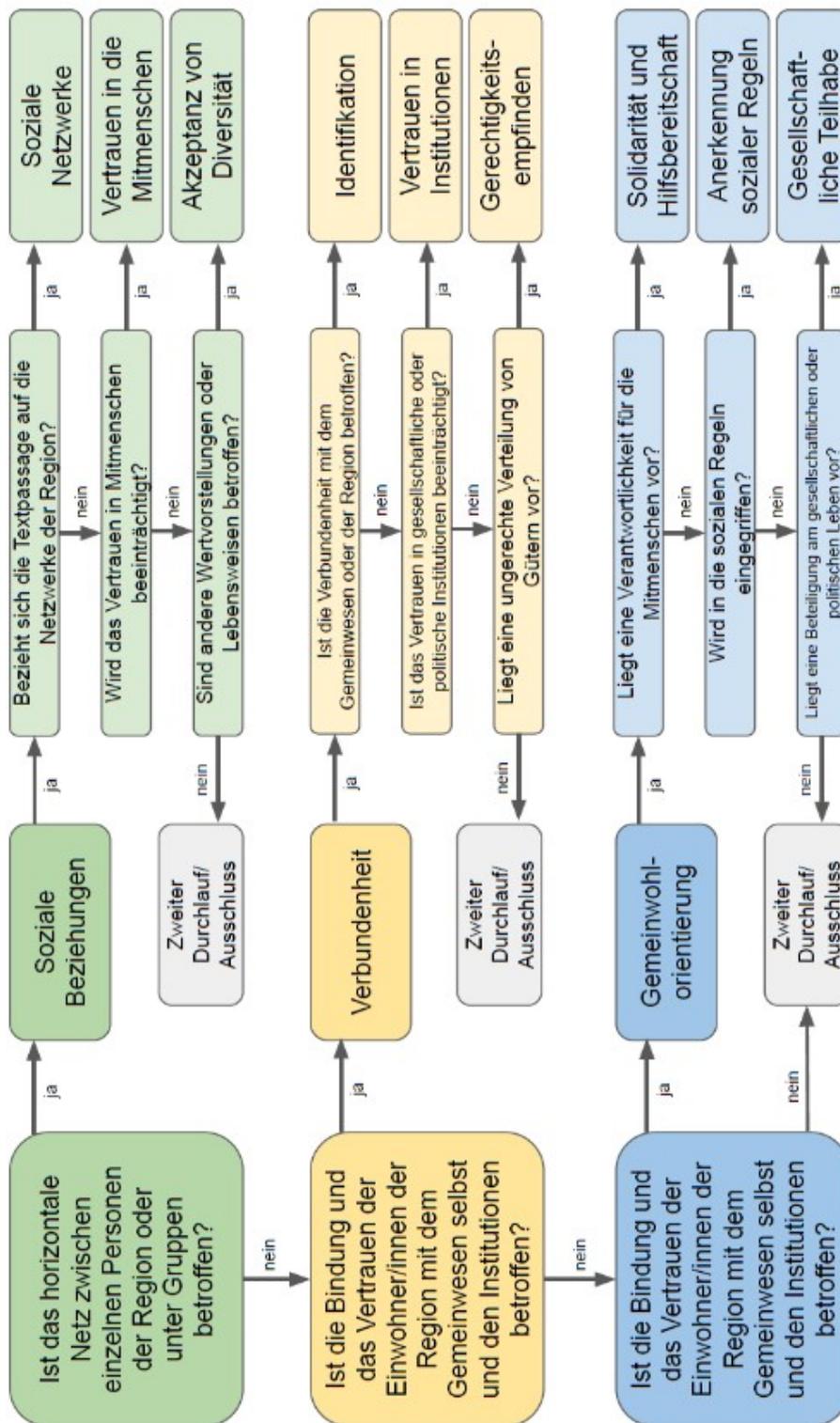


Abbildung 5: Entscheidungsbaum zur Eingliederung der Textpassagen in die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts, eigene Darstellung

Nach der Eingliederung der Textpassagen in die Dimensionen und Bereiche durch den Entscheidungsbaum wurden die Textpassagen durch eine induktive Analyse in den Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in weitere Themenkomplexe verdichtet. Die Entwicklung der Themenkomplexe war ein weiterer eigens gestalteter methodischer Schritt, welcher parallel zur Einsortierung der Textpassagen in die Bereiche und Dimensionen stattfand. Dieser Schritt war wiederum notwendig, um die wichtigsten Inhalte der Textpassagen innerhalb der Bereiche weiter zu verdichten. Die Themenkomplexe stellen somit essentielle Kategorien dar, in welchen inhaltliche Überschneidungen der Textpassagen zusammengeführt wurden. Innerhalb der Themenkomplexe konnten in einem letzten Schritt induktiv Variationen abgeleitet werden. Die Variationen sind die Kerninhalte der Textpassagen und geben die Auswirkungen wieder, welche sich durch SuedLink auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf die Region Rotenburg (Wümme) ergeben haben.

3 Ergebnisse

3.1 SuedLink bedingte Themenkomplexe und Variationen der Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Region Rotenburg (Wümme)

Die in diesem Kapitel dargestellten Themenkomplexe und Variationen sind die aus den Textpassagen verdichteten Inhalte der qualitativen Inhaltsanalyse. Im folgenden Text werden die Variationen dargestellt, die aufzeigen, wie sich SuedLink auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Region Rotenburg (Wümme) ausgewirkt hat. Entnommen wurden die Informationen aus den regionalen Tageszeitungen. Die Themenkomplexe und Variationen werden dabei den drei Dimensionen **soziale Beziehungen**, **Verbundenheit** und **Gemeinwohlorientierung** sowie innerhalb dieser spezifischen Bereichen zugeordnet. Das aus der Literaturrecherche herausgearbeitete System aus Dimensionen und Bereichen zeigt die Tabelle 01. Der Tabelle ist schematisch zu entnehmen, wie die Textpassagen den einzelnen Themenkomplexen zugeordnet wurden. Die erste Forschungsfrage - *Welche Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts lassen sich aus Beiträgen zum Thema Südlink in einer regionalen Tageszeitung ableiten?* - wird durch die Zuordnung der Textpassagen in die Themenkomplexe und Variationen beantwortet. Zudem wird beantwortet, ob die lokalen Tageszeitungen eine geeignete Datengrundlage zur Analyse waren. In den folgenden Unterkapiteln werden die Inhalte der Bereiche, beziehungsweise die innerhalb dieser ausgemachten Themenkomplexe und Variationen beschrieben. Die Quellen der Textpassagen werden im Text folgendermaßen dargestellt: (Artikel XX Nr. XX). Zu finden sind die vollständigen Quellen im Anhang A in dem Dokument: „Zusammenfassung der Textpassagen“, in dem die Artikel und die darin enthaltenen Textpassagen der Darstellung entsprechend nummeriert sind. Am Ende jedes Unterkapitels werden die Ergebnisse aus **VaBiZ** dem Bereich entsprechend dargestellt.

Tabelle 1: Schemenhafte Übersicht der Ebenen der Ergebnisse

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
1. Soziale Beziehungen	1.1 Soziale Netze	1.1.1 Textpassage dazu, dass Gemeinden/Landkreise miteinander arbeiten, um ihre Interessen zu schützen.	...
		1.1.2 Textpassage, die aussagt, dass Gruppen/Institutionen miteinander kommunizieren	...

	1.2 Vertrauen in die Mitmenschen		
	1.3 Akzeptanz von Diversität		
2. Verbundenheit	2.1 Identifikation	2.1.1 Textpassage dazu, dass ein historischer Bezug zur Region besteht	...
		2.1.2 Textpassage dazu, dass eine Gemeinde ein Selbstbild als benachteiligten Region hat.	...

	2.2 Vertrauen in Institutionen	2.2.1 Textpassage, die aussagt, dass (durch eine ungenügende Informationslage) Skepsis gegenüber dem Projekt vorliegt.	...
		2.2.2 Textpassage dazu, dass die Politik nicht als Experten angesehen werden.	...
	2.3 Gerechtigkeitsempfinden	2.3.1 Textpassage, die aussagt, dass die Region schon genügend zur Energiewende beiträgt.	...
		2.3.2 Textpassage dazu, ob sich die Bürger in ihren Interessen gleichgestellt zum Projekt fühlen	...
	
3. Gemeinwohlorientierung	3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	3.1.1 Textpassage dazu, dass ein Aufruf zu einer Beteiligung vorliegt.	...
		3.1.2 Textpassage, die aussagt, dass nicht direkt betroffene Bürger und Gemeinden sich um die Belange der Betroffenen engagieren.	...

	3.2 Anerkennung sozialer Regeln	3.2.1 Textpassage, die aussagt, dass stark in das Privatleben eingegriffen werden soll	...
		3.2.2 Textpassage dazu, dass das Projekt zum Schutz von Mensch und Natur angepasst werden soll	...
	
	3.3 Gesellschaftliche Teilhabe	3.3.1 Textpassage dazu, dass Bürger an politischen Sitzungen teilnehmen, um sich über SuedLink zu informieren und/oder ihr Interesse zu vertreten.	...
		3.3.2 Textpassage, die aussagt, dass Anwohner sich durch ihr Engagement an der politischen Debatte beteiligen	...

3.1.1 Soziale Beziehungen

Im Bereich soziale Netzwerke des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind insgesamt vier Themenkomplexe der Variationen vorhanden:

- **Gemeinden und Landkreise arbeiten miteinander, um ihre Interessen zu schützen,**
- **Gruppen und Institutionen kommunizieren miteinander,**
- **Gemeinden arbeiten nicht miteinander,**
- **Bürger/innen gruppieren sich, um ihre Interessen zu schützen.**

Die qualitative Inhaltsanalyse ergab, dass **Gemeinden und Landkreise miteinander arbeiten, um ihre Interessen zu schützen**. Dies geschieht besonders, wenn diese Landkreise und Kommunen durch SuedLink betroffen sind. So haben auf der lokalen Ebene Ortschaften einen entsprechenden Resolutionstext verabschiedet, der ihre gemeinsamen Interessen bezüglich SuedLink beinhaltet (Artikel 4 Nr. 4). Aus den Artikeln geht nicht hervor, ob diese Netzwerke zwischen den Kommunen bereits vorher bestanden oder neu gegründet wurden. Im Folgenden wird näher auf zwei Aspekte eingegangen, die im Schutz der kommunalen Interessen vorrangig sind: Eine mögliche Verschiebung der Priorisierung der Korridore und eine gleichzeitige Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen (Artikel 28 Nr. 1). Demnach wurden von den betroffenen Kommunen gemeinsame Termine beim Landkreis vereinbart, um eine gemeinsame Eingabe zu formulieren (Artikel 16 Nr. 3). Aus den Ergebnissen des Bereichs Solidarität und Hilfsbereitschaft (Kap. 3.1.3) kann entnommen werden, dass unter den Kommunen bereits vorher ein gewisses Netzwerk bestand. Auch auf Ebene der Landkreise lassen sich Aspekte der Zusammenarbeit aus den Artikeln herausarbeiten. Hier wird ein/e lokale/r Politiker/in wie folgt zitiert: „*[D]ie Debatte über die Planungsalternativen zur SuedLink-Trasse muss jetzt sachlich über die Grenzen der Landkreise hinweg geführt werden und darf sich nicht zu einem Jeder-gegen-Jeden entwickeln*“ (Artikel 11 Nr. 2). Weiter haben sich insgesamt zehn Landkreise

zusammen getan, um die sogenannte „Hamelner Erklärung“ zu verabschieden (Artikel 18 Nr. 1). In dieser halten sie unter anderem fest, dass sie die Notwendigkeit einer Energiewende anerkennen, aber die entstehenden Lasten gemeinsam getragen werden müssen (ebd.). Dem Verhalten kann entnommen werden, dass sich durch Absprachen und Kooperationen neue Beziehungen unter den Gemeinden und Landkreisen bilden oder die bestehenden Beziehungen zumindest gestärkt werden.

Nicht nur die Gemeinden und Landkreise arbeiteten zusammen, sondern auch weitere **Gruppen und Institutionen kommunizierten miteinander**, um ihre Interessen zu schützen. Beispielsweise wendeten sich Gemeinden und Bürgermeister an die Bundeswehr, um gemeinsam alternative Trassenverläufen zu erarbeiten. Hier zeigte die Bundeswehr Bereitschaft, Teile der Truppenübungsplätze für SuedLink zur Verfügung zu stellen, sodass die Stromtrasse dort verlaufen kann (Artikel 16 Nr. 4). Hieraus ergibt sich, dass erstmalig Kooperationen beziehungsweise Netzwerke zwischen von einander getrennten Parteien entstanden sind. Darüber hinaus versammelten sich einmalig zu einer Art runden Tisch verschiedene Interessensparteien wie Vertreter des Landvolks oder Bürgermeister, die vornehmlich aus den betroffenen Kommunen anreisten und ihre Interessen vorbrachten (Artikel 25 Nr. 1). Die Artikel dokumentieren demnach, dass sich nicht nur rein politische, sondern auch interdisziplinäre soziale Netzwerke gebildet haben.

Weiterhin wird dargestellt, dass sich neben organisatorischen Institutionen auch **Bürger/innen in Gruppen formten, um ihre Interessen zu schützen**. Diese gründeten vielerorts Bürgerinitiativen, in denen sich stellenweise *„innerhalb kürzester Zeit mehr als 50 Mitglieder angeschlossen haben“* (Artikel 15 Nr. 1). Diese Bürgerinitiativen nahmen laut den Artikeln aktiv an den politischen Sitzungen teil und gaben sich auch nicht mit Zwischenerfolgen zufrieden. Hierfür lässt sich das Zitat einer Bürgerinitiative anführen, dass nach der Ankündigung einer Erdverkabelung wie folgt zitiert wird: *„[D]ie Arbeit der Bürgerinitiativen geht weiter, denn wir stehen erst am Anfang“* (Artikel 17 Nr. 8). Aus der beharrlichen Partizipation der Bürgerinitiativen wird deutlich, dass sich die Bürger/innen zu eigenen, politisch

unabhängigen Gruppierungen formierten. Die politischen Entscheidungen bezüglich SuedLink und die Planungskorridore von Tennet weichen von den Interessen der Einwohner/innen ab, weshalb die Einwohner/innen eigenständig und unabhängig ihre Interessen vertreten.

Im Gegensatz zu den positiven Entwicklungen der Netzwerke haben sich dennoch Einzelfälle ergeben, in denen die **Gemeinden nicht miteinander gearbeitet haben**. In diesen Einzelfällen beteiligten einzelne Gemeinden sich nicht an Resolutionen, da beispielsweise *„die Kompetenz fehle, zu entscheiden, ob die Trasse notwendig“* (Artikel 8 Nr. 1) sei. Diese Gemeinden wollten lieber eine eigene, unabhängige Resolution einreichen (Artikel 8 Nr. 1). Somit lehnten diese Gemeinden bewusst eine Zusammenarbeit ab, um sich verstärkt auf die eigenen Problematiken der Kommune zu fokussieren. Darüber hinaus haben mancherorts geringfügig betroffene Gemeinden auf die Beteiligung an Netzwerken der Widerstandsbewegungen gegen SuedLink verzichtet (Artikel 11 Nr. 4). Die abgelehnte Kooperation dieser Gemeinden bezieht sich dabei primär auf die geplanten Absichtserklärungen und Resolutionen. Nicht betroffene Regionen nahmen demnach einen abwartenden Charakter ein. Aber sofern sich zeigen sollte, dass die nicht beteiligten Regionen betroffen sind, würden sich auch dort Bürger/innen formieren (Artikel 11 Nr. 4). In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass die Netzwerke nicht zwangsweise negativ beeinflusst wurden. Kennzeichnend dafür ist, dass keine grundsätzliche Verweigerung der Zusammenarbeit in der Region zu erkennen ist. Hier bestehen lediglich Fragen bezüglich der Kompetenzen unter lokalen Politiker/innen und der Betroffenheit von Kommunen.

Der qualitativen Inhaltsanalyse kann entnommen werden, dass die Dimension **soziale Beziehungen** in den lokalen Tageszeitungen nur in dem Bereich soziale Netzwerke behandelt wird. Die Bereiche Vertrauen in die Mitmenschen und Akzeptanz von Diversität beinhalten keine Themenkomplexe und Variationen. Diese Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurden in den lokalen Tageszeitungen nicht behandelt und daher kann hier keine Veränderung

vorgewiesen werden. Die sozialen Netzwerke dagegen zeigen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Einwohner/innen, Gruppierungen und politischen Ebenen.

Tabelle 2: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Dimension soziale Beziehungen

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
1. Soziale Beziehungen	1.1 Soziale Netzwerke	Gemeinden und Landkreise arbeiten miteinander, um ihre Interessen zu schützen	Neue Netzwerke werden erstellt und bestehende Netzwerke bestärkt
			Einreichung gemeinsamer Beschlüsse der Kommunen
			Bewusste Zusammenarbeit von Nachbarkommunen
			Bewusstsein über Problematiken bei keiner Zusammenarbeit
		Gruppen und Institutionen kommunizieren miteinander	Zusammenarbeit ansonsten fernen Fachdisziplinen
			Zusammenkunft ferner Fachdisziplinen und Besprechung gegenseitiger Interessen
	Gemeinden arbeiten nicht miteinander	Ablehnung der Zusammenarbeit durch fehlende Kompetenz und keiner Betroffenheit	
	Bürger/innen gruppieren sich, um ihre Interessen zu schützen	Formierungen der Einwohner/innen in unabhängige Gruppierungen	
	1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	-	-
	1.3 Akzeptanz von Diversität	-	-

3.1.2 Verbundenheit

Im Bereich Identifikation sind insgesamt drei Themenkomplexe der Variationen enthalten:

- **Historischer Bezug zur Region,**
- **Selbstbild einer benachteiligten Region** und
- **Wunsch der Erhaltung der regionalen Natur.**

Durch die Analyse der in den regional bedeutsamen Tageszeitungen behandelten Auswirkungen von SuedLink auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rotenburg (Wümme) ist zu erkennen, dass fortwährend auf **historische Zusammengehörigkeiten** verwiesen wurde, um Impulse für kollektives Handeln anzuregen. Das folgende Zitat untermauert diese Erkenntnis: *„Die seit 40 Jahren eingemeindeten Ortschaften werden bei der Realisierung der Suedlink-Trasse unmittelbar betroffen sein“* (Artikel 1 Nr. 2). Neben der gemeinsamen Betroffenheit wird hier noch die gemeinsame Geschichte als aktivierendes Element hervorgehoben oder sogar instrumentalisiert.

Ein weiteres identitätsbezogenes Mittel, das zur Dramatisierung der Situation genutzt wurde, ist die Selbstdarstellung als benachteiligte Region. Die Artikel dokumentieren, dass dieses **Selbstbild einer benachteiligten Region** in mehreren Kommunen vorlag. Das Selbstbild einer Region wird nachhaltig beeinflusst durch die folgenden drei Punkte: Grad der Betroffenheit, vergangene Projekte und Gesundheitsorgen. Stellenweise entstand das Selbstbild demnach dadurch, dass diese Region oder Kommune nur durch einen äußeren Faktor betroffen war (Artikel 27 Nr. 1). Eine Betroffenheit einer Gemeinde galt laut Aussage eines Bürgermeisters als *„der Super-Gau“* (Artikel 12 Nr. 1) und dass *„jede Alternative in den betreffenden Regionen zu Widerstand führen wird“* (Artikel 12 Nr. 3). Eine starke Identifikation mit dem Raum führt zu einer Überdramatisierung der Betroffenheit, da hier augenscheinlich eine

Veränderung der Region erwartet wird. Dagegen lässt sich anführen, dass neben einer reinen Betroffenheit der Region auch vergangene Projekte zu einem Gefühl der Benachteiligung führten, was durch SuedLink weiter verstärkt wurde. Demnach stellten sich die Anwohner/innen die Frage, warum „*ausgerechnet im frackreichsten Ergasförderbereich solch eine Leitung erbaut werden*“ (Artikel 1 Nr. 6) soll. Weitere Kommunen gaben an, dass sie bereits von sechs großen Erdgasleitungen (Artikel 8 Nr. 2) durchquert werden und zudem immer wieder unter Strukturprojekten wie SuedLink oder der Y-Trasse (Artikel 17 Nr. 1) leiden müssen. Insofern ist zu berücksichtigen, dass die Anhäufung mehrerer Strukturprojekte in einer Region zu einem Selbstbild der Benachteiligung in der Region führt. Anhand der Artikel geht hervor, dass dieses Selbstbild der Benachteiligung durch neu auftretende Sorgen über bereits durchgeführte Projekte bestärkt wird. Ehemals als sicher geltende Projekte wie das Fracking führten zu Sorgen bezüglich der Gesundheit der Einwohner/innen. Demzufolge wird in der Region bereits über Fracking und die damit verbundenen Krebsraten diskutiert (Artikel 19 Nr. 7). Es liegt nahe, dass aus dieser Problematik auch die Sorgen über den als derzeit sicher geltenden Elektrosmog steigen (Artikel 8 Nr. 3) und das Selbstbild der Benachteiligung fördern.

Im engen Zusammenhang mit der Identifikation steht der **Wunsch der Erhaltung der regionalen Natur**. Kennzeichnend dafür ist das Bedürfnis der Einwohner/innen, ihr Landschaftsbild zu erhalten, mit dem sie sich identifizieren. Demnach führt ein Großbauprojekt zu der Angst, dass die Umsetzung des Projekts zu „*unwiderruflichen Zerstörungen in der Natur*“ (Artikel 15 Nr. 3) führt. Die im Planungsraum befindlichen Naturschutz- und Landschaftsschutzreservate, Biotop- und FFH-Gebiete (Artikel 15 Nr. 3) werden in den Tageszeitungen mehrfach verhandelt und stellen unter den Einwohner/innen einen besonderen Wert dar. Demzufolge geht es den Einwohner/innen nicht nur um die wirtschaftlichen Belange, sondern auch um die Eingriffe in die Natur (Artikel 28 Nr. 2). Der hohe Grad der Identifikation der Bürger/innen mit der Landschaft löst einen Schutzzinstinkt aufgrund von Verlustängsten aus.

Tabelle 3: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Identifikation

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
2. Verbundenheit	2.1 Identifikation	Historischer Bezug zur Region	Nutzung der gemeinsamen Geschichte als aktivierendes Element
		Selbstbild als benachteiligte Region	Reine Betroffenheit führt zum Selbstbild der Benachteiligung
			Bereits durchgeführte Strukturmaßnahmen fördern ein negatives Selbstbild
			Sorgen um gesundheitliche Nebenwirkungen
		Wunsch der Erhaltung der regionalen Natur	Identifikation der Einwohner/innen mit der Landschaft
			Angst vor unwiderruflichen Zerstörungen der Landschaft

Der Bereich Vertrauen in Institutionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts beinhaltet insgesamt sieben Themenkomplexe der Variationen:

- **Skepsis gegenüber dem Großbauprojekt,**
- **Dimensionierung des Projekts wird nicht benötigt,**
- **Politiker/innen werden nicht als Experten gesehen,**
- **Politiker/innen berücksichtigen die Belange der Bürger/innen nicht ausreichend,**
- **Tennet bietet keine ausreichende Informationsbasis,**
- **Tennet berücksichtigt die Belange der Gemeinden und Bürger/innen nicht und**
- **Gemeinden und Bürger/innen beteiligen sich aktiv an der Planung.**

Die Beiträge zeigen, dass sich im Landkreis Rotenburg (Wümme) eine **Skepsis gegenüber dem Großbauprojekt** unter den Bürger/innen der Region entwickelte. Durch eine ungenügende Informationsbasis wurde das Projekt vermehrt in Frage gestellt (Artikel 1 Nr. 6). Dies macht ein/e zitierte/r Aktivist/in deutlich: „- Soll nur

Wind-Strom mit Sued-Link transportiert werden? - Wenn ja – mit welcher Auslastung wird die Trasse dann betrieben? - Wenn nein – soll dann auch Strom aus Kohlekraftwerken transportiert werden? - Gibt es ausschließlich die Strom-Fließrichtung Nord-Süd oder auch umgekehrt? [...]" (Artikel 1 Nr. 6). Hier sei anzumerken, dass diese Fragen aus einem Leserbrief zu Anfang des Planungsprozess entnommen sind. Dennoch zeigt die Masse an Fragen, dass nicht ausreichend Informationen über das Projekt kommuniziert wurden. Der Aussage des Aktivisten nach wird davon ausgegangen, dass die Trasse Windenergie transportiert. Bürgerinitiativen hinterfragen kritisch, was passiert, wenn durch mangelnden Wind keine Windenergie übertragen werden kann (Artikel 10 Nr. 4). Als Konsequenz der mangelnden Transparenz fordern die Bürgerinitiativen weitere Informationen von der Politik. Im Zusammenhang mit den offenen Fragen wurden Mutmaßungen darüber angestellt, ob die Trasse nur *„unter dem Deckmantel der Energiewende gebaut werden“* (Artikel 10 Nr. 5) soll. Eine Skepsis gegenüber dem Projekt schadet somit dem Vertrauen in die planende Institution, da eine Skepsis zu Vorwürfen führen kann. Das Ausmaß der Skepsis an SuedLink zeigt sich auch in der Annahme der Einwohner/innen, dass solch eine **Dimensionierung des Projekts nicht benötigt wird**. Demnach wird das Projekt als solches und seine Sinnhaftigkeit in Frage gestellt, teilweise auch von lokalen Politiker/innen. Diese enthalten sich in Abstimmungen über mögliche Alternativvorschläge, da sie die SuedLink-Trasse als *„nicht grundsätzlich nötig“* (Artikel 8 Nr. 4) sehen. Die ungenügende Informationsbasis sorgt für weitere Skepsis unter den Einwohner/innen, da man ihnen noch nicht *„ausreichend versichern könnte, dass das Projekt wirklich gebraucht wird“* (Artikel 10 Nr. 2). Weiter wird aufgeführt, dass das Projekt nicht ausschließlich in dem Sinne benötigt wird, wie es anfänglich von Seiten der Politik präsentiert wurde. Die dargestellte *„Hauptschlagader der Energiewende“* (Artikel 3 Nr. 3) soll demnach bei fehlendem Wind auch Kohlestrom befördern, was unter den Einwohner/innen zu Zweifeln an dem gesamten Projekt führte. Weitere Zweifel an der Dimensionierung kamen auf, als Politiker/innen in Bayern äußerten, dass dort die Trasse nicht benötigt wird (Artikel 13 Nr. 9). Daraufhin forderten ohnehin skeptische lokale Politiker/innen der Region den *„sofortigen Planungsstop“* (Artikel 14 Nr. 1).

Demzufolge ist festzuhalten, dass eine Skepsis gegenüber dem Projekt aus einer ungenügenden oder fehlerhaften Informationsbasis entstand.

Der Skepsis gegen das Projekt folgt auch eine Skepsis gegenüber der übergeordneten Institution, in dem die **Politiker/innen nicht als Experten angesehen werden**. Darauf aufbauend informierten sich die Bürger/innen über externe Quellen und geben an, dass tatsächliche „*Experten [...] den Netzentwicklungsplan als überdimensioniert*“ (Artikel 3 Nr. 1) ansehen. Das weist darauf hin, dass eine ungenügende Informationslage (s.o.) dazu führt, dass die Politik nicht mehr als ausreichend vertrauenswürdig angesehen wird und ihnen stellenweise „*Aktionismus pur*“ (Artikel 3 Nr. 1) vorgeworfen wird. Derartige Beschuldigungen werden noch weiter überspitzt, indem der Politik unterstellt wird, bewusst Informationen zu verschleiern, „*um auch konventionellen Strom aus Atomkraft und Kohle nach Bayern zu transportieren*“ (Artikel 10 Nr. 3). Die Teilung von Politik und Experten dokumentiert einen Verlust von Vertrauen in die übergeordneten Institutionen und schadet demnach dem Verhältnis zwischen Regionsbewohner/innen und den Politiker/innen.

Die qualitative Inhaltsanalyse konnte herausstellen, dass sich die Einwohner/innen zu Teilen mit ihren Sorgen und Problemen an die Politik wendeten. Aus den Artikeln ergibt sich, dass Einwohner/innen sich hilflos fühlen, wenn die **Politik die Belange, Vorstellungen und Ängste der Bürger/innen nicht ausreichend berücksichtigt**. So gaben die Einwohner/innen an, dass sie von einzelnen lokalen Politikern oder von der gesamten Politik enttäuscht sind (Artikel 4 Nr. 1). Es ist zu sehen, dass bei der Nicht-Beachtung der Interessen der Einwohner/innen ein Vertrauensverlust in die Politik erfolgt. Es lässt sich eine steigende Resignation der Einwohner/innen gegenüber dem SüdLink Projekt als Konsequenz des Vertrauensverlust in die Politik ablesen. Den nunmehr vorherrschenden Mangel an Beteiligung erklärt eine Einwohner/in wie folgt: „*Man kann ja eh´ nichts ausrichten*“ (Artikel 15 Nr. 5), hieß es bei der Frage an einer mangelnden Beteiligung. Auch unter Kleingruppen wie der Landwirtschaft konnte ein Vertrauensverlust in die Politik ausgemacht werden, wie an

den nachfolgend beschriebenen Verhandlungsgesprächen bezüglich der Ausgleichszahlung deutlich wird. Landwirte/innen forderten Mehrfachzahlungen für die Nutzung ihrer Flächen anstelle einer Einfachzahlung, was von der Politik nicht berücksichtigt wurde (Artikel 27 Nr. 1). Als einziger Kompromiss wurde den Landwirten/innen zugetragen, dass es „*in einigen Jahrzehnten Nachverhandlungen*“ (Artikel 29 Nr. 1) geben soll. Da im Vorfeld von Seiten einiger Politiker/innen mehrfach Aussagen bezüglich einer gerechten Ausgleichszahlung an die Landwirtschaft vorgenommen wurden, hatte die Landwirtschaft wenig Vertrauen in den neuen Kompromiss (Artikel 29 Nr. 1). Dies verdeutlicht die erheblichen Vertrauenseinbrüche von Bürger/innen und Kleingruppen gegenüber der Politik. Darüber hinaus schwächen unpräzise Versprechungen an die Landwirte/innen deren Vertrauensbasis mit Politiker/innen nachhaltig. Eine Nicht-Berücksichtigung der Belange der Bürger/innen Seitens der Politik führt demnach zur einer negativen Beeinflussung des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Neben einem Vertrauensverlust in die Politik (s.o.) kann in Teilen auch ein Vertrauensverlust in die durchführende Institution beobachtet werden. Dieser Vertrauensverlust tritt auf, wenn **Tennet keine ausreichende Informationsbasis bietet**. Demzufolge kritisierten die Einwohner, dass die Trassenkorridore ohne wirtschaftliche Einschätzungen oder weitere Befunde präsentiert wurden, was unter den Bürger/innen der Region zu einer „*unnötigen Verunsicherung*“ (Artikel 11 Nr. 3) geführt hat. Nach Aussagen lokaler Politiker/innen könnten zusätzliche Informationen zu den Plänen wie beispielsweise der Wirtschaftlichkeit einer Trasse zu einer Prioritätenverschiebung führen und einige Alternativ-Korridore grundlegend ausschließen, was zu weniger Beunruhigungen unter den Einwohner/innen führen würde (Artikel 11 Nr. 3). Allgemein galt die Kritik der Einwohner/innen hauptsächlich den Informationsmärkten um SuedLink. So wurde auch die Präsentationstechnik der Informationswiedergabe auf den Informationsveranstaltungen von lokalen Akteur/innen bemängelt (Artikel 13 Nr. 5). Dementsprechend führten die veranstalteten Informationsmärkte von Tennet unter den Bürger/innen teilweise zur Verwirrung, da die verschiedenen Informationsstände auf der Veranstaltung auch

unterschiedliche Kommunen thematisierten. Die verschiedenen Stände dürfen laut den Politikern/innen nicht dazu führen, dass sich jede Kommune nur noch um sich selbst kümmert (Artikel 13 Nr. 6). „*Wir müssen uns alle zusammentun und dürfen am Ende nicht Pingpong spielen*“ (Artikel 13 Nr. 6), führte der/die Politiker/in weiter an. Hier zeigt sich, dass der Trend zur Zusammenarbeit (Kap. 3.1.1) weiter besteht und durch die Informationsdarstellung als gefährdet betrachtet wird. Eine einheitliche Präsentation wäre laut den Einwohner/innen wünschenswert gewesen, damit die Anwesenden eine gleiche Informationsbasis hätten erhalten können.

Neben der zu geringen Informationsbasis im vorherigen Themenfeld (s.o.) führte auch eine Nicht-Beachtung der regionalen Interessen der Einwohner/innen dazu, dass sich die **Gemeinden und Anwohner/innen nicht vom Bauhabenträger berücksichtigt fühlen**. Es kann den Artikeln entnommen werden, dass nicht genügend auf die Belange der Bürger/innen der Region und der Gemeinden eingegangen wurde, sodass diese ihre Beteiligung als nicht gewertschätzt empfinden. Dies hat seinen Grund darin, dass die Resolutionen der Kommunen gar nicht oder nicht ausreichend in der Planung der Trassenkorridore beachtet wurden (Artikel 12 Nr. 7). Diese Missachtung der Resolutionen stiftete unter den Kommunen Verwirrungen, woraufhin sich diese abermals beraten und entsprechend reagiert haben (Artikel 12 Nr. 7). Weiter konnten tiefere Einbrüche in der Vertrauensbasis im gesamten Planungszeitraum festgestellt werden. Trotz der vielfältigen Zusammenarbeit mit der Region wurde auch über die Zusammenarbeit Kritik geäußert. Demnach habe die „*Bürgerinitiativen [...] die Sammelleidenschaft der Behörden jedoch weniger*“ (Artikel 17 Nr. 5) interessiert. Stellenweise wurde das Planungsverfahren als „*Pseudoverfahren*“ (Artikel 17 Nr. 1) bezeichnet, da sich die Trassenkorridore seit Beginn der Planung für einige Bürger/innen und lokale Politiker/innen kaum geändert hätten (Artikel 17 Nr. 1). Weitere Bürger/innen gaben an, dass sie diese Anmerkungen zu geplanten Trassenkorridoren kundgetan haben aber gleichzeitig bezweifeln, dass ihr Beitrag in der weiterführenden Planung berücksichtigt wird (Artikel 13 Nr. 8).

Während das Vertrauen in die Politik sank, zeigte sich jedoch, dass die an der Planung beteiligten Institutionen als Partner der Zusammenarbeit angesehen wurden. Zu diesen Partnern zählte laut den Artikeln zum Beispiel Tennet, bei dem sich die **Gemeinden und Bürger/innen aktiv an der Planung beteiligten**. Eine aktive Mitarbeit der Bürger/innen in der Region wird durch die hohe Anzahl der alternativen Vorschläge deutlich, die bei Tennet eingegangen sind. So konnten aus den insgesamt 3000 eingegangenen Vorschlägen 98 neue Korridore entwickelt werden (Artikel 9 Nr. 3). *„Drei davon sind sogar besser als der ursprüngliche Trassenkorridor“* (Artikel 17 Nr. 4). Ebenfalls beteiligen sich lokale Politiker/innen an der Planung. Einige haben *„schriftlich Bedenken geltend gemacht“* (Artikel 16 Nr. 2), andere *„konnten [ihre] Bedenken noch einmal persönlich vorbringen“* (Artikel 24 Nr. 1). Demzufolge ist zu erkennen, dass eine produktive Zusammenarbeit zwischen den Bürger/innen der Region und dem Bauhabenträger vorliegt. Die Bürger/innen erhoffen sich durch ihre Partizipation eine Minderung der negativen Einflüsse durch SuedLink und der Bauhabenträger berücksichtigt die Beteiligung in der weiteren Planung.

Tabelle 4: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Vertrauen in Institutionen

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
2. Verbundenheit	2.2 Vertrauen in Institutionen	Skepsis gegenüber dem Großbauprojekt	Ungenügende Informationslage der Einwohner/innen über SuedLink
		Dimensionierung des Projekts wird nicht benötigt	Erforderlichkeit/Sinn der Stromtrasse wird angezweifelt
			Positionierung zu einer dezentralen Energieversorgung
		Politiker/innen werden nicht als Experten gesehen	Politik gibt ungenügende Informationen über SuedLink heraus
			Vorwurf der Verschleierung von Informationen gegenüber der Politik
		Politik berücksichtigt die Belange der Bürger/innen nicht ausreichend	Einwohner/innen fühlen sich in ihren Interessen nicht berücksichtigt
			Interessen der Einwohner/innen werden willentlich ignoriert
			Versprechungen an die Einwohner/innen werden nicht eingehalten
Tennet bietet keine ausreichende Informationsbasis	Ungenügende Informationslage auf Informationsveranstaltungen		
Tennet berücksichtigt die Belange der Gemeinden und Bürger/innen nicht	Anmerkungen der Einwohner/innen werden nicht ausreichend berücksichtigt		
	Zu geringe Veränderungen in den Trassenverläufen		
Gemeinden und Bürger/innen beteiligen sich aktiv an der Planung	Hohe Anzahl an eingehenden Anmerkungen zu Trassenverläufen		

Im Bereich Gerechtigkeitsempfinden des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind insgesamt drei Themenkomplexe der Variationen enthalten:

- **Region trägt bereits genügend zur Energiewende bei,**
- **Interessen der Bürger/innen werden dem Projekt gleichgestellt** und
- **Landbesitzer sehen sich benachteiligt.**

Den Artikeln lässt sich eine Grundstimmung der Bürger/innen entnehmen, nach der die Region **schon genügend zur Energiewende beitragen würde**. Es sei anzumerken, dass die hier genannten Variationen eng verknüpft mit dem Selbstbild als benachteiligte Region sind. Der Fokus der hier eingeordneten Textpassagen lag auf der ohnehin starken Bebauung von Strukturmaßnahmen und dem daraus entstandenen Gefühl der ungerechten Verteilung der Maßnahmen. Die Einwohner/innen und lokalen Politiker/innen der Region Rotenburg (Wümme) betonten fortlaufend, dass sie nach ihrer Einschätzung genügend für die Energiewende beitragen, sogar *„schon stark genug gebeutelt sind“* (Artikel 1 Nr. 1). Das Meinungsbild der Regionsbewohner/innen muss im Zusammenhang mit der intensiven Erdgasförderung betrachtet werden. Der Feldeskomplex Rotenburg/Taaken ist das förderstärkste Gasfeld in Deutschland (Artikel 1 Nr. 3) und sorgt in Verbindung mit den steigenden Krebsraten der Region (s.o.) für anhaltende Diskussionen. Neben den gesundheitlichen Fragen fühlen sich einige Ortschaften bereits *„umzingelt von diversen Förderstellen“* (Artikel 1 Nr. 3) und lehnen daher eine weitere Bebauung ab. Neben den Erdgasförderstellen handelt es sich zudem um eine Region mit einer der höchsten Dichten an Biogasanlagen in Deutschland (Artikel 1 Nr. 4). Die Vielzahl an Biogasanlagen führt laut lokaler Akteur/innen zu einer Zunahme des Maisanbaus, was zu einer Veränderung des Landschaftsbilds und zusätzlichen begleitenden Umweltbelastungen führt. (Artikel 1 Nr. 1). Der bereits bestehende Netzknotenpunkt in Sottrum bestärkt die Regionsbewohner/innen in ihrer Ansicht, ihre Region würde bereits ausreichend zur Energiewende beitragen (Artikel 1 Nr. 5). Sottrum ist bereits mit einer hohen Dichte an Höchst- und Hochspannungsleitungen belastet (Artikel 1 Nr. 5) und soll nun noch weitere „70

Meter hohe Strommasten mit einer Breite von 30 Metern” (Artikel 1 Nr. 5) erhalten. Demnach führen die intensive Erdgasförderung, die Biogasanlagen und der Netzknotenpunkt in Sottrum dazu, dass die Region aus ihrer subjektiven Sicht bereits genügend zur Energiewende beiträgt.

Weiterhin ergibt sich aus den Untersuchungen der Artikel, dass die **lokalen Interessen den (über)regionalen Interessen untergeordnet werden**. Beispielsweise führt die Ablehnung des Windpark-Projekts zugunsten der Stromtrasse bei den Regionsbewohnern zu Unmut und Unverständnis. Eine Gemeinde kritisierte den Verlauf der Trasse durch ihre Gemeinde sowie ein zugehöriges Landschafts- und Naturschutzgebiet (Artikel 4 Nr. 5). Die Gemeinde hat vor einigen Jahren in dem gleichen Landschafts- und Naturschutzgebieten ein Projekt geplant und betont: *„Als wir dort einen Windpark mit 65 Meter hohen Masten einrichten wollten, wurde uns das aber verboten“* (Artikel 4 Nr. 5). In so einem Fall muss zunächst geprüft werden, ob die rechtliche Lage es zulässt, dass die Stromtrasse dort gebaut werden darf. Dieser Fall verdeutlicht, wie die Planung des Verlaufs der Stromtrasse auf Kosten von lokalen Projekten große Frustration bei Einwohner/innen verursachen kann. Diese sehen ihre Interessen, an derselben Stelle einen Windpark zu bauen, dem Großbauprojekt untergeordnet. Dennoch sei hier zu erwähnen, dass dieser Themenkomplex im Widerspruch mit dem Bereich der Identifikation steht. Dort wurde angeführt, dass neben einer Wirtschaftlichkeit ebenso der Erhalt der Natur von Belang ist (s.o.). Der Wunsch der lokalen Akteur/innen, einen Windpark im Landschafts- und Naturschutzgebiet zu errichten, verfolgt hingegen klare wirtschaftliche Ziele, die dem Erhalt der Natur übergeordnet werden.

Die Stromtrasse wird zum Großteil auf landwirtschaftlich genutzten Flächen verlaufen. Wie sich im Bereich Vertrauen in Institutionen (Kap. 3.1.1) herausstellte, strebten die Landbesitzer eine Mehrfachzahlungen als Ausgleich an. Aufgrund der politischen Entscheidung werden die Landwirte den gewünschten Ausgleich nicht erhalten, wodurch sich die **Landbesitzer/innen als benachteiligt sehen**. Diese Entscheidung wird unter den Landwirten/innen als ungerecht betrachtet, da sie den

„Eingriff in ihr Grund und Boden als groß genug betrachten, als dass es zu Mehrfachzahlungen kommen kann“ (Artikel 29 Nr. 01). Zudem wird hier die allgemeine Befürwortung der Erdverkabelung aus der Bevölkerung auf den Flächen der Landwirte ausgetragen, wodurch die Landwirtschaft den „schwarzen Peter für die Akzeptanz tragen“ (Artikel 25 Nr. 4) muss. Das Meinungsbild der Landwirte/innen lässt auf Folgendes schließen: Erstens betrachtet sich die die Landwirtschaft als Minderheit. Zweitens werden ihre Interessen im Bereich der finanziellen Ausgleichszahlungen und der Erdverkabelung auf privaten Flächen missachtet.

Tabelle 5: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Gerechtigkeitsempfinden

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
2. Verbundenheit	2.3 Gerechtigkeits empfinden	Region trägt schon genügend zur Energiewende bei	Hohe Dichte an Biogasanlagen in der Region
			Hohe Dichte an Erdgasförderstationen
			Bestehender Netzknotenpunkt in Sottrum
		Interessen der Bürger/innen werden dem Projekt gleichgestellt	Einwohner/innen wurde im geplanten Gebiet ein ähnliches Projekt verboten
		Landbesitzer sehen sich benachteiligt	Interessen der Landwirte werden vernachlässigt

Die Dimension Verbundenheit wird in den lokalen Tageszeitungen auf mehreren Ebenen behandelt. Die Beeinflussung der Einwohner/innen durch SuedLink macht bestimmte Elemente kollektiver Identität bewusster, wie durch die Instrumentalisierung der gemeinsamen Vergangenheit, um die Partizipation der Bürger/innen zu aktivieren. Auch das Selbstbild als benachteiligte Region stellt sich zunächst als direkte Beeinflussung der Dimension heraus, lässt aber auch auf die Verbundenheit mit der Region und die sich daraus ergebende Angst vor einer Veränderung schließen. Die Ergebnisse zeigen, dass seit Beginn von SuedLink

bereits eine gewisse Distanz und Skepsis zu den übergeordneten Institutionen vorlag. Daraus ergibt sich aber auch ein ambivalentes Bild, da Tennesse als Auftragsausführender als verlässlicher Partner dargestellt wird. Aus den Artikeln lässt sich nicht herausarbeiten, ob Tennesse nur aus der Not heraus als potenzieller verlässlicher Partner gewählt wird. Das in den Artikeln dargestellte Bild der ungerechten Verteilung der Strukturmaßnahmen verdeutlicht, dass sich das Selbstbild der Benachteiligung von Regionen über den Bereich Identifikation hinaus auswirkt.

3.1.3 Gemeinwohlorientierung

Der Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft des gesellschaftlichen Zusammenhalts umfasst insgesamt fünf Themenkomplexe, in denen Variationen zu beobachten sind:

- **Aufruf zur Beteiligung,**
- **nicht betroffene Bürger/innen und Gemeinden engagieren sich für die Belange von betroffenen Bürger/innen,**
- **Politiker/innen setzen sich für die Interessen der Bürger/innen ein,**
- **es liegt eine grundlegende Hilfsbereitschaft unter Auflagen vor und**
- **Unbeteiligte Gemeinden wollen eine Betroffenheit von dem Projekt unter allen Umständen vermeiden.**

Die Artikel dokumentieren, dass eine Gemeinde und die darin lebenden Einwohner/innen, die von SuedLink betroffen sind, nicht betroffene Bürger/innen zu **einer Beteiligung aufrufen**. Dementsprechend erhoffen sich durch SuedLink betroffene Einwohner/innen durch eine Unterstützung von außenstehenden Bürger/innen eine stärkere Repräsentanz ihrer Interessen in der Öffentlichkeit und vor der Politik. Um dies zu erreichen kam einerseits die Forderung an Bürger/innen aus nicht betroffenen Gemeinden, Solidarität mit Bürger/innen zu zeigen, die von der Trasse direkt oder indirekt betroffen sind, und diese zu unterstützen (Artikel 2 Nr. 1).

Andererseits kam auch die Aufforderung, dass sich besonders die betroffenen Bürger/innen beteiligen sollen. Ein/e lokale/r Politiker/in wurde wie folgt zitiert: *„Betroffene Bürger müssten beteiligte Bürger werden“* (Artikel 20 Nr. 4). Hier wurde gezielt das gemeinsame Agieren der direkt betroffenen Bürger/innen als gemeinsame Einheit gefordert. Demnach schätzen die zur Beteiligung aufrufenden Bürger/innen das Maß an Partizipation als ungenügend ein, um die gemeinsamen Interessen, wie die Erdverkabelung, zu vertreten. Denn erst wenn sich *„viele zusammentun und sachliche fundierte Gründe vorbringen, ist das sicher hilfreich“* (Artikel 16 Nr. 5). Aus dieser Aussage lässt sich erkennen, dass die Bürger/innen selbst bei hoher Beteiligung skeptisch gegenüber den Erfolgchancen ihrer Interessen verbleiben. Die von SuedLink betroffenen Bürger/innen appellieren an Mitbürger/innen für mehr Unterstützung, um gemeinsam für ihre Interessen einzustehen und fordern zudem auch explizit die Hilfsbereitschaft Außenstehender.

Der Bereich der Solidarität und Hilfsbereitschaft setzt sich in diesem Themenkomplex fort, da sich **nicht betroffene Bürger/innen und Gemeinden für die Belange von betroffenen Bürger/innen engagieren**. Ob es dabei an dem Aufruf zu Beteiligung lag (s.o.), an bereits existierenden sozialen Netzwerken (Kap. 3.1.1) oder aber an einer reinen Hilfsbereitschaft, lässt sich nicht ableiten. Bürger/innen beteiligten sich demnach an politischen Veranstaltungen, Bürgerinitiativen oder Unterschriftensammlungen. Bürgermeister/innen aus Gemeinden, die nicht unmittelbar von der Stromtrasse betroffen sind, befürworteten dennoch die Resolutionen mit ihrer Unterschrift (Artikel 4 Nr. 3). Dadurch wollten sie ihre *„Solidarität bekunden“* (Artikel 4 Nr. 3) und den betroffenen Gemeinden die Chance bieten, geschlossen mit der Resolution vor den Landrat treten zu können. Ein/e nicht direkt betroffene/r Bürgermeister/in führte weiter auf: *„Da kann ich mich nicht zurücklehnen und sagen, dass mich das gar nichts angeht“* (Artikel 4 Nr. 3). Diese Aussage untermauert den solidarischen Charakter, der sich stellenweise durch SuedLink in der Region ergeben hat.

In der Debatte um SuedLink setzten sich lokale und regionale **Politiker/innen für die Interessen der Bürger/innen ein**. Dementsprechend wendeten sich bereits zu Beginn der Planung der Stromtrasse die Bürger/innen und Bürgerinitiativen mit ihren Forderungen an lokale und regionale Politiker/innen (Artikel 4 Nr. 7). Demnach suchten die Bürger/innen bei den Politiker/innen nach Unterstützung, ihr Interesse, einer Verlegung der Stromtrasse unter die Erde, öffentlich und im Bundestag zu vertreten. Dies zeigen Aussagen von Politiker/innen, die „*sich im Bundestag für eine unterirdische Verlegung stark [...] machen*“ (Artikel 4 Nr. 7) wollen. Auf einer späteren Pressemitteilung äußerte sich die Tennet-Geschäftsführung wie folgt: „*Die Erdkabelverbindung ist der Wunsch der Bürger, für den die Politik den Weg freigebracht hat*“ (Artikel 20 Nr. 1). Dieser Erfolg zeigt, dass durch die Hilfsbereitschaft der Politik die Interessen der Einwohner/innen durchgesetzt werden konnten. Dem gegenüber steht dennoch der Vertrauensverlust in die übergeordneten Institutionen (Kap. 3.1.2). Auf die Ankündigung der Erdverkabelung folgend ergänzte die Politik, dass sie nun besonders auf zwei Belange der Bürger/innen Rücksicht nehmen. Einerseits muss Tennet „*die zu Grunde liegenden Planungskriterien [...] frühzeitig offen legen und in der betroffenen Region diskutieren*“ (Artikel 19 Nr. 6), damit die Anliegen der betroffenen Anwohner noch stärker als zuvor mit einbezogen werden (Artikel 20 Nr. 3) und sich auch „*die Kommunen ein konkretes Bild machen können*“ (Artikel 11 Nr. 1). Eine transparentes Vorgehen soll das Verständnis gegenüber dem Projekt stärken und demnach auf weniger Konfrontation stoßen. Andererseits sollten nun „*besonders die Landwirtschaft sowie Naturschutzverbände [...] eng in den Planungsprozess eingebunden werden*“ (Artikel 20 Nr. 6), da diese die am stärksten betroffenen verbleibenden Akteur/innen sind. Bezogen auf die Landwirtschaft konnte entnommen werden, dass Politiker/innen vehement faire Ausgleichszahlungen gegenüber den Landbesitzern forderten (Artikel 20 Nr. 3). Dies wurde, wie bereits im Bereich Identifikation beschrieben, von der überregionalen Politik nicht eingehalten (Kap. 3.1.2). Demnach vertraten einige Politiker durch ihr Engagement die Interessen der Einwohner/innen der Region und die finanziellen Belange der Landwirtschaft vor dem Bundestag.

Den Artikeln konnte entnommen werden, dass **eine grundlegende Hilfsbereitschaft unter Auflagen vorlag**. Bürger/innen und Kommunen waren demnach im Allgemeinen dazu bereit, dass die Stromtrasse durch ihre Region verläuft, jedoch nur unter bestimmten Anforderungen an Tennet und die Politik. Diese Annahme beruht auf der Aussage, dass die Gemeinden zu Beginn der Planung von SuedLink die Trasse nicht grundlegend verhindern wollten, *„sondern darum, die Kabel unter die Erde zu legen“* (Artikel 5 Nr. 2). Die primäre Abneigung der Bürger/innen galt demnach nicht SuedLink als Projekt selbst, sondern der geplanten Freileitung. Ein/e lokale/r Politiker/in wurde dabei wie folgt zitiert: *„Dafür, dass das Audi-Werk in Bayern Energie bekommt, können wir es uns nicht leisten, unsere Landschaft mit so einer Monstertrasse zu verschandeln“* (Artikel 17 Nr. 6). Diese Aussage zeigt auf, dass die Veränderung des Landschaftsbilds zumindest ein Aspekt zum Plädieren für die alternative Methode der Erdverkabelung war. Weiterhin verdeutlicht diese Textpassage, dass die Hilfsbereitschaft für diese/n Politiker/in hier nur vorhanden ist, wenn die Stromtrasse als Erdverkabelung verlegt wird. Dieser Punkt zeigt, dass der Gedanke, die Trasse aus der eigenen Region fernzuhalten und damit andere Kommunen und Bürger/innen zu belasten, hier nicht vorlag (Artikel 15 Nr. 4). Es war demnach das Bestreben, eine alternative und konfliktärmere Trassenvariante zu finden. Eine mögliche Variante war laut der Artikel eine streckenweise Nutzung eines Truppenübungsplatzes (Kap. 3.1.1). Demnach wurde eine Bürgerinitiative zitiert, die forderte, dass der Bund selbst Flächen zur Verfügung stellen soll (Artikel 15 Nr. 2). Nach der Ansicht der Bürgerinitiative ist es schwer verständlich, dass die Regierung die Bereitstellung der Grundflächen von Bürger/innen fordert, wenn der Bund selbst keine Flächen zur Verfügung stellt (Artikel 15 Nr. 2). Hier zeigt sich abermals eine Verbindung zum Vertrauensverlust in die Institutionen (Kap. 3.1.1). Als weitere Anforderung an SuedLink wurde das Landvolk zudem wie folgt zitiert: *„die Akzeptanz für das Projekt sei bei wiederkehrenden Zahlungen auf Seiten der Bauernschaft viel größer“* (Artikel 25 Nr. 5). Hier wurde argumentiert, dass die Landwirtschaft nicht generell gegen SuedLink und Infrastrukturmaßnahmen sei. Es ginge ihnen nur um gerechte Ausgleichszahlungen (Artikel 25 Nr. 5). Ein/e Vertreter/in des Landvolks wurde weiter wie folgt zitiert: *„Es dauert Jahrzehnte, bis Strukturschäden im Boden*

beseitigt sind – wenn überhaupt“ (Artikel 26 Nr. 4). Dementsprechend sollen die Mehrfachzahlungen gewährleisten, dass bei möglichen Folgeschäden, die derzeit noch nicht abzuwägen sind, die Landwirtschaft weiterhin einen gerechten Ausgleich erhält. Zudem konnte entnommen werden, dass sowohl die Landwirte/innen von der Energiewende profitieren und diese auch möchten (Artikel 26 Nr. 4), als auch die Bürger/innen und Kommunen (Artikel 20 Nr. 7).

Entgegen der in dem vorherigen Themenkomplex ausgearbeiteten Ergebnisse, dass die Gemeinden zusammenarbeiten und das Projekt SuedLink nicht einfach von sich fernhalten wollen (s.o.), gab es auch gegensätzliche Aussagen. Demnach **wollen unbeteiligte Gemeinden eine Betroffenheit von dem Projekt unter allen Umständen vermeiden**. Es wurden vereinzelt Aussagen im Zusammenhang mit einer möglichen alternativen Trassenführung geäußert. Der Vorschlag für die alternative Trassenführung kam von einer Politiker/in, der/die *„mit dem Vorschlag für Schlagzeilen“* (Artikel 9 Nr. 4) sorgte. Nach Aussage dieses/r Politikers/in sollte die Stromtrasse entlang von Bundesstraßen und Bundesautobahnen sowie durch einen Truppenübungsplatz verlaufen (Artikel 9 Nr. 4). Zu diesem Vorschlag wurde ein/e Politiker/in wie folgt zitiert: *„Ich habe aber große Hoffnung, dass die Variante entlang der B3 und der A7 gebaut wird, weil dort die Bundeswehr kooperationsbereit ist und weniger bewohntes Gebiet betroffen ist“* (Artikel 12 Nr. 2). Dieses Zitat unterstützt den Trend der Netzwerkbildung, der sich schon in den sozialen Netzwerken gezeigt hat (Kap. 3.1.1). Einerseits wurden hier neue Netzwerkpartner akquiriert, andererseits sollen trotz weniger bewohntem Gebiet andere Regionen mit der Stromtrasse und den auftretenden Problemen belastet werden.

Tabelle 6: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
3. Gemeinwohl orientierung	3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	Aufruf zur Beteiligung	Erhoffte Beteiligung von betroffenen Bürger/innen
			Erhoffte Solidarität nicht betroffener Bürger/innen
		Nicht betroffene Gemeinden engagieren sich um die Belange von betroffenen Bürger/innen	Beteiligung an Resolutionen trotz keiner Betroffenheit
		Politiker/innen setzen sich für die Interessen der Bürger/innen ein	Vortragen der lokalen Interessen auf Bundesebene
			Berücksichtigung verbleibender Interessensparteien
		Grundlegende Hilfsbereitschaft unter Auflagen	Forderung einer Erdverkabelung Forderung von Mehrfachzahlungen
Projekt ohne Rücksicht aus der eigenen Gemeinde fernhalten	Variante durch weniger bewohntes Gebiet wird bevorzugt		

Der Bereich Anerkennung sozialer Regeln des gesellschaftlichen Zusammenhalts umfasst insgesamt vier Themenkomplexe der Variationen:

- **Es wird in die Strukturen des sozialen Lebens eingegriffen,**
- **das Projekt soll zum Schutz von Mensch und Natur in Teilen angepasst werden,**
- **Tennet berücksichtigt außerrechtlich soziale Regeln zur Erhöhung der Akzeptanz und**
- **bestimmte gesellschaftliche Gruppen werden benachteiligt.**

Im Laufe des Projekts ergaben sich extremere Aussagen, nach denen in **die Alltagsroutinen der Menschen eingegriffen werden soll**. Diese extremeren

Aussagen umfassten Möglichkeiten, wie die Energiewende erreicht werden kann, ohne ein großes Projekt wie SuedLink zu initiieren. So wurde ein/e Bürger/in wie folgt zitiert: *„Außerdem sollten wir uns überlegen, dass wir nicht immer alles im Übermaß brauchen. Dann haben wir künftig halt nicht mehr die Energie, um drei Wasserkocher gleichzeitig nutzen zu können, dann reichen auch einmal zwei“* (Artikel 10 Nr. 7). Aus diesem Zitat lassen sich zwei Aspekte ableiten. Einerseits wird hier ein Übermaß einer Nutzung unterstellt und andererseits gefordert, tief in individuelle Lebensgestaltungen einzugreifen. Damit werden zudem gewohnte Lebensweisen als verschwenderisch deklariert. Dieses Zitat zeigt, dass durch die Betroffenheit durch ein Großbauprojekt wie SuedLink auch extremeren Meinungen eine Bühne gegeben wird.

Die Artikel dokumentieren, dass während der Debatte um SuedLink einige Bürger/innen neben wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Belangen die Eingriffe in die Natur als zu groß ansahen. Demnach soll **das Projekt zum Schutz der Natur angepasst werden**. In diesem Themenkomplex gab es inhaltliche Unterschiede in den Aussagen. Einerseits wurde angegeben, dass Deutschland *„viele schützenswerte Gebiete“* (Artikel 12 Nr. 5) hat und die Stromtrasse demnach unter die Erde gebracht werden soll (ebd.). Andererseits wurde ein/e Politiker/in wie folgt zitiert: *„Für die Erdverkabelung müssen die Flüsse Vissel, Rodau und Wiedau großflächig unterbohrt werden, die Leitung führt unter ganzen Naturschutzgebieten entlang“* (Artikel 28 Nr. 2). In den Aussagen unterscheiden sich die Ansichten, ob eine Erdverkabelung eine geeignete Variante zum Schutz der Natur ist. Grundlegend lässt sich aus der qualitativen Inhaltsanalyse zusammenfassen, dass der Schutz der Natur in der Debatte um SuedLink ein wichtiger Aspekt war, wie der Trend aus der Identifikation mit dem Raum zeigt (Kap. 3.1.2).

Um eine Akzeptanz gegenüber SuedLink zu erhöhen, berücksichtigte **Tennet außerrechtlich soziale Regel**. Im Zuge der Neugestaltung der Stromtrasse als Erdverkabelung galt es zu entscheiden, mit welchem Abstand die Trasse von

Wohnbebauungen ferngehalten werden soll. Ein/e Sprecher/in von Tennet äußerte sich dazu wie folgt: *„Es gibt keine gesetzliche Regelung, aber wir planen mit 400 Metern. Uns geht es dabei immer um Akzeptanz und daher setzen wir auf Transparenz.“* (Artikel 21 Nr. 5). Tennet beweist mit diesem Verhalten, dass ihnen eine positive Beziehung und offene Kommunikation mit den beteiligten Bürger/innen wichtig ist. Durch den erhöhten Abstand zu bebauten Wohngebieten beweist Tennet Rücksicht und erhöht somit die Chance auf eine positivere Gesinnung der Gemeinden und Bewohner/innen gegenüber dem Projekt Suedlink.

Wie im Bereich Gerechtigkeitsempfinden (Kap. 3.1.2) schon angedeutet, wurden **bestimmte gesellschaftliche Gruppen benachteiligt**. So wurde ein/e Vertreter/in des Landvolkes wie folgt zitiert: *„Die Landwirtschaft muss den schwarzen Peter für die Akzeptanz der Leitung in der Gesellschaft schlucken, wodurch eine Minderheit herhalten soll“* (Artikel 25 Nr. 4). Dieses Zitat zeigt die Frustration der Landwirtschaft über die fehlende Beteiligung der Bürger/innen an den bestehenden Problemen der Landwirte. Durch die Erdverkabelung seien *„die Einschnitte für die Landwirtschaft größer“* (Artikel 26 Nr. 2), da auf den Flächen nicht mehr alle Feldfrüchte ausgetragen werden könnten und Folgeschäden noch nicht abzuschätzen seien. Wiederum zeigt sich hier ein weiterer Aufruf zur Beteiligung. Hier wird der Aufruf jedoch missachtet, da die Allgemeinheit kein Interesse daran zeigt.

Tabelle 7: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich Anerkennung sozialer Regeln

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
3. Gemeinwohl orientierung	3.2 Anerkennung sozialer Regeln	Es wird in die Strukturen des sozialen Lebens eingegriffen	Extremere Äußerungen zu gesellschaftlichen Strukturen
		SuedLink soll zum Schutz von Mensch und Natur in Teilen angepasst werden	Forderung zum Erhalt der schützenswerten Gebiete
		Tennet berücksichtigt außerrechtlich soziale Regeln zur Erhöhung der Akzeptanz	Außerrechtliche Einigung mit Landwirten/innen
			Erhöhung des Bebauungsabstandes
		Kleingruppen werden benachteiligt	Benachteiligung landwirtschaftlicher Interessen

Der Bereich gesellschaftliche Teilhabe umfasst insgesamt zwei Themenkomplexe der Variationen:

- **Bürger/innen beteiligen sich an politischen Sitzungen, um sich über SuedLink zu informieren und ihre Interessen zu vertreten** und
- **Anwohner/innen beteiligen sich durch ihr Engagement an der politischen Debatte um SuedLink.**

Die qualitative Inhaltsanalyse ergab, dass **Bürger/innen an politischen Sitzungen teilnehmen, um sich über SuedLink zu informieren oder ihre Interessen zu vertreten**. Zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist es wichtig, dass Bürger/innen an politischen Diskussionen teilnehmen (Kap. 2.1). Durch SuedLink beteiligten sich laut den Artikeln mehr Bürger/innen an politischen Sitzungen. Zu einer Ratssitzung in Westerwalsede erschienen demnach zahlreiche Bürger/innen, „die meisten aber nicht wegen des Ausbaus der Ringstraße, sondern wegen weiteren Informationen zum Ausbau der Stromtrasse SuedLink“ (Artikel 5 Nr. 1). Der eigentliche Zweck der Ratssitzung, der Ausbau einer Straße, gerät hier zugunsten des Informationsaustausches über SuedLink in den Hintergrund. Auch in weiteren

Ratssitzungen in der Region beteiligten sich die Bürger/innen vermehrt an der politischen Diskussion (Artikel 16 Nr. 1). Verstärkt wurde dieser Effekt, wenn die Gemeinde „*total betroffen*“ (Artikel 16 Nr. 1) sei. Einerseits steigt die Beteiligung der Bürger an politischen Sitzungen mit dem Grad der Betroffenheit der Regionen durch SuedLink. Andererseits ist der Fokus der Bürger bei den politischen Debatten primär auf Suedlink gerichtet, wodurch andere Projekte an öffentlichem Interesse verlieren. An einer von Tennet initiierten Informationsveranstaltung um SuedLink nahmen nach Angabe einer Tennet-Sprecherin zahlreiche Zuschauer teil und sie wurde wie folgt zitiert: *„Ich tue mich mit einer Schätzung schwer, aber 300 Personen waren mit Sicherheit dort. Die Veranstaltung war äußerst gut besucht“* (Artikel 13 Nr. 1). Das hohe Interesse der Bürger/innen auf der Informationsveranstaltung zeigt auf, dass SuedLink die Bereitschaft zur Teilnahme an der politischen Diskussion bestärkt hat. Nach Bekanntmachung der Pläne, die Trasse als Erdverkabelung neu zu planen, nahm das Interesse der Bürger/innen an der Teilnahme an der politischen Diskussion wieder ab. Auf einer späteren Informationsveranstaltung von Tennet *„waren es etwa 130 Bürger, die die Möglichkeit nutzten, sich in einem direkten Gespräch mit dem SuedLink-Team auszutauschen und sich beim Vortrag zu informieren“* (Artikel 22 Nr. 3). Es lässt sich erkennen, dass wie im Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft (Kap. 3.1.2) beschrieben, das hauptsächliche Interesse der Einwohner/innen bei einer Erdverkabelung lag. Laut Angabe von Tennet informierten sich die Besucher/innen auf der Veranstaltung nun vermehrt über die Ersatzzahlungen der Landbesitzer/innen, über deren Ländereien die Trasse verläuft (Artikel 22 Nr. 3). Auf einer weiteren Veranstaltung wurden von einer Politiker/in Vertreter/innen des Netzbetreibers, der Bundesnetzagentur sowie Aktivisten/innen der Bürgerinitiativen zum Dialog eingeladen *„und gut 50 Zuhörer waren diesem Angebot gefolgt“* (Artikel 17 Nr. 2). Die Veranstaltung ergab, dass das Thema SuedLink nach wie vor relevant für die Region ist (Artikel 17 Nr. 2), die Beteiligung der Bürger/innen im zeitlichen Verlauf dennoch sinkt. Die Artikel ergaben, dass SuedLink stellenweise zu Problemen in der Beteiligung an weiteren Projekten führte. So stellten sich gegen einen anderen geplanten Trassenverlauf in der Region erst sehr spät betroffene Bürger/innen auf, da diese das Projekt mit SuedLink verwechselten und daher

zunächst kein weiteres Interesse an einer Beteiligung zeigten (Artikel 30 Nr. 1). Zusammenfassend lässt sich zur Beteiligung am politischen Diskurs sagen, dass zunächst eine Interessensteigerung durch Teilnehmerzahlen ausgemacht werden konnte, ein Desinteresse gegenüber anderen Projekten vorlag, aufgrund des hohen Interesses zu Dialogen eingeladen wurde und nach der Erdverkabelung das Interesse über die Zeit nachließ.

Die Anwohner/innen beteiligten sich nicht nur auf den politischen Sitzungen an der Debatte um SuedLink, sondern auch **durch ihr Engagement außerhalb der politischen Sitzungen**. Das Engagement fand zumeist in Gruppen statt, was die sozialen Beziehungen unterstützt, die sich aus dem Engagement ergeben (Kap. 3.1.1). Der Zusammenschluss zu Bürgerinitiativen bildet demnach einerseits ein alternatives und politisch unabhängiges Netzwerk für die Bürger/innen, andererseits beteiligen sich die Bürger/innen in diesem Netzwerk aktiv an der Diskussion um SuedLink und können ihre Interessen vertreten. Nach dem Erfolg der Erdverkabelung wurde eine Bürgerinitiative wie folgt zitiert: *„Jetzt geht es nicht darum, Zeit zu schinden, sondern um fachgerechte Fragen. Wir erleben ja, was sich verändert und wie die Politik darauf reagiert. Es lohnt sich also, sich einzubringen. [...] Wir bleiben aufmerksam“* (Artikel 19 Nr. 9). Dieses Zitat zeigt, dass die Bürger/innen durch ihr Engagement an der Diskussion außerhalb von politischen Sitzungen ihre Interessen durchsetzen konnten. Die Bürgerinitiativen haben zusätzlich an den politischen Sitzungen teil genommen und konnten ihr Interesse dort direkt an die Politik tragen (s.o.). In Kombination mit dem Engagement *„zeigt sich, wie viel sich auch als Bürgerinitiative oder als Kommunalpolitiker bewegen lässt“* (Artikel 19 Nr. 3). Neben Bürgerinitiativen haben laut den Artikeln auch einzelne Bürger/innen Unterschriftensammlungen initiiert (Artikel 4 Nr. 6). Außerdem gründeten sich Vereine, die auf das Projekt SuedLink aufmerksam machen wollten und die betroffenen Anwohner über mögliche Auswirkungen informierten (Artikel 15 Nr. 6). Die Protestarten der Vereine reichen dabei von Informationsveranstaltungen über Unterschriftensammlungen bis hin zu Protestschildern und eigens gegründeten Social-Media-Gruppen (Artikel 15 Nr. 6).

Tabelle 8: Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in dem Bereich gesellschaftliche Teilhabe

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
3. Gemeinwohl-orientierung	3.3 Gesellschaftliche Teilhabe	Bürger/innen beteiligen sich an politischen Sitzungen, um sich über SuedLink zu informieren und ihre Interessen zu vertreten	Hohe Beteiligung an politischen Sitzungen
			Primäres Interesse an SuedLink
		Anwohner/innen beteiligen sich durch ihr Engagement an der politischen Debatte um SuedLink	Gründung von Bürgerinitiativen, Vereinen und Social-Media-Gruppen
			Beteiligung einzelner Bürger/innen

Die Dimension Gemeinwohlorientierung wird in den lokalen Tageszeitungen weitreichend behandelt. Es zeigt sich, dass die Solidarität und Hilfsbereitschaft durch eine Betroffenheit durch SuedLink zunimmt. Betroffene Bürger/innen fordern sowohl betroffene als auch nicht betroffene Bewohner/innen zu einer allgemeinen oder stärkeren Beteiligung auf, um so gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Außerdem agiert die Politik allgemein im Interesse der Bürger und verfehlt deren Anliegen. Dennoch gründen Bürger/innen politisch unabhängige Netzwerke, um eigenständig ihre Interessen zu vertreten. Es zeigt sich aber auch ein ambivalentes Bild, da Kleingruppen wie die Landwirtschaft nach Ankündigung der Erdverkabelung mit ihren Interessen allein gelassen werden. Zudem zeigt sich, dass sich die Einwohner/innen vermehrt an der politischen Diskussion beteiligen. Weiter ist den Ergebnissen zu entnehmen, dass die lokalen Tageszeitungen eine solide Datengrundlage zur qualitativen Inhaltsanalyse bildeten. Es konnten weitreichende Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in allen Dimensionen ausgemacht werden.

4 Diskussion

4.1 Methodendiskussion

Um die zur Beantwortung der Forschungsfragen gewählte Methodik zu diskutieren, reflektiert dieses Kapitel die verschiedenen Methoden und vergleicht sie mit den für sie geltenden Qualitätskriterien. Zu Beginn werden einige allgemeine Anmerkungen zum gewählten Verfahren gemacht, danach wird das Kapitel in die verschiedenen methodischen Schritte der qualitativen Inhaltsanalyse und andere verwendete methodische Verfahren unterteilt.

Als eine generelle Herausforderung stellte sich heraus, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und seine Dimensionen bereits von mehreren Autoren behandelt und diskutiert wurden (Kap. 2.1). Das breite Spektrum an Informationen stellte zwar eine solide Grundlage für diese Masterarbeit dar, dennoch galt ein Großteil der Artikel einem rein sozialwissenschaftlichen Hintergrund und so musste die Definition des gesellschaftlichen Zusammenhalts den Forschungsfragen entsprechend angepasst werden (Kap. 2.1). Dies führte dazu, dass ein flexibler und anpassungsfähiger Ansatz gewählt wurde, so dass einzelne Verfahrensschritte je nach Bedarf adaptiert werden konnten. Dies ist ein angemessener Lösungsansatz auf die Schwierigkeit einer zu steifen Einordnung und erfüllt somit die nach DEFFNER (2014: 15) gestellten Anforderungen an ein Verfahren in den Planungswissenschaften. Die bisher geringe Berücksichtigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Bezug auf die Planungsverfahren vorangegangener Arbeiten betont die Wichtigkeit dieser Masterarbeit. Im Rahmen der Diskussion der jeweiligen methodischen Schritte wird ausführlich beschrieben, ob und inwieweit diese Schritte angepasst wurden.

Eine weitere allgemeine Herausforderung bestand darin, dass eine Kombination von Sozialwissenschaft und Planungspraxis, wie sie durch die These angestrebt wird, oft schwer zu erreichen ist. Da jedoch die Dimensionen des sozialen Zusammenhalts aus der wissenschaftlichen Lektüre herausgearbeitet und mit Themenkomplexen und Variationen der Praxis entsprechend untergliedert wurden, war der Praxisbezug maßgeblich. Dieser Herausforderung wurde auch durch eine Anpassung der Methodik begegnet, als diese sich als zu "starr" erwies.

Die qualitative Inhaltsanalyse wurde als methodischer Ansatz gewählt, weil sie offen, theoriebasiert und systematisch ist (KAISER 2014: 92). Damit ermöglicht sie eine möglichst intersubjektive Nachvollziehbarkeit. Darüber hinaus stellt die Offenheit der qualitativen Inhaltsanalyse sicher, dass wichtige Informationen aus der Analyse auch dann berücksichtigt werden, wenn sie aus dem Raster der vordefinierten Kategorien fallen (ebd.). Die qualitative Inhaltsanalyse wurde durchgeführt nach Mayring (2015). Mit den drei Gütekriterien Transparenz, Reichweite und Intersubjektivität kann sichergestellt werden, dass die Arbeit nachvollziehbar und reproduzierbar ist (MAYRING 2015). Ein transparentes Vorgehen konnte durch die Einhaltung der von Mayring (2015) aufgestellten strukturierenden Inhaltsanalyse anhand deduktiver Kriterien eingehalten werden. Die erste Forschungsfrage konnte in Kapitel 3 beantwortet werden und stellt die zu untersuchenden Inhalte dar. Eine Reproduzierbarkeit ist anhand der deduktiven Kriterien ebenfalls gegeben. Durch die alleinige Ausarbeitung dieser Arbeit kann es in einer Reproduktion zu leichten Abwandlungen der Ergebnisse kommen. Durch die deduktiven Kriterien wird die Struktur der Untersuchung zwar eingehalten, dennoch können die induktiv gewählten Themenkomplexe und Variationen eine abweichende Interpretation der Textpassagen innerhalb der Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts bewirken. Da sich hier an den wesentlichen Aussagen der Textpassagen orientiert und die Zwischenstände der Masterarbeit regelmäßig mit den Betreuenden abgeglichen wurden, kann der erforderliche Grad an Objektivität dieser Masterarbeit gewährleistet werden. Die Gütekriterien nach Mayring (2015) wurden in dieser Arbeit eingehalten.

Das zu untersuchende Material wurde bereits durch die Forschungsfragen bestimmt. Untersucht wurden lokale Informationsmedien in der Region Rotenburg (Wümme), die sich zum Thema SuedLink äußerten. Dabei konnte die Vollständigkeit der vorhandenen Artikel, welche das Thema SuedLink behandeln, sichergestellt werden, indem Rechercheversuche mit weitere Schreibvarianten wie etwa Süd Link unternommen wurden (Kap. 2.1). Herausforderungen stellten sich bereits bei der Auswahl der Informationsmedien heraus, da in der Region selbst lediglich die Rotenburger Rundschau als lokale Zeitung vor Ort vorhanden ist. Das umfassende Archiv der Rotenburger Rundschau gewährleistete eine hohe Masse an vorhandenen Artikeln, welche einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen werden konnten. Um einer Subjektivität einer einzigen zu untersuchenden Informationsquelle vorzubeugen, wurden Kreiszeitungen aus umliegenden Regionen herangezogen. Aus diesen Zeitungen wurden nur Artikel gewählt, in denen SuedLink in Verbindung mit der Region Rotenburg (Wümme) genannt wurde. Zu den Artikeln der lokalen Tageszeitungen sei anzumerken, dass diese einen limitierten Informationsgehalt enthalten können. Die Informationen aus den Artikeln einer Redaktion über ein bestimmtes Thema wie SuedLink entstanden zumeist der Arbeit weniger Journalisten. Diese Journalisten entschieden eigenständig über das Format und den Inhalt der Berichterstattung über SuedLink. Durch den subjektiv gefilterten Informationsfluss sind möglicherweise nicht sämtliche Fakten in den Artikeln berücksichtigt worden. Diese fehlenden Informationen können dementsprechend nicht in die qualitative Inhaltsanalyse einfließen. Die breite Masse an Artikeln und die Regelmäßigkeit und Dauer der Berichterstattung über SuedLink in den lokalen Printmedien sichert dennoch eine Zuverlässigkeit der Zeitungsartikel als Quelle (TADDICKEN 2019: 1157).

Mit Hilfe des Entscheidungsbaums wurden die durch den Kodierleitfaden herausgefilterten Textpassagen hinsichtlich ihrer Relevanz für die Beeinträchtigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts überprüft. Dazu wurde kontrolliert, ob die Inhalte den zuvor formulierten Zielen des Kodierleitfadens entsprechen (Kap. 2.3). Darüber hinaus wurden die Inhalte gleichzeitig in die Dimensionen und Bereiche des

gesellschaftlichen Zusammenhalts eingeordnet. Herausforderungen ergaben sich auch bei der Erstellung des Entscheidungsbaums. Dieser Baum ist ein eigenständiges Konstrukt, das auf einer aus der wissenschaftlichen Literatur abgeleiteten Definition des gesellschaftlichen Zusammenhalts beruht. Angesichts der Tatsache, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt zumeist rein sozialwissenschaftlich untersucht wurde, erscheint dies kein ideales, aber dennoch notwendiges Verfahren zu sein. Nach Durchlaufen des Entscheidungsbaums wurde zunächst kritisch geprüft, ob die Einordnung der Textpassage in Dimension und Bereich passend war oder ob eine alternative Zuordnung repräsentativer für die Textpassage wäre. Sobald eine Frageebene des Entscheidungsbaums bejaht wurde, fiel der Inhalt in diese Dimension, ohne die anderen Ebenen zu durchlaufen. In dieser Arbeit wurde als Methode zur erneuten Überprüfung gewählt, den Inhalt und seine Zuordnung noch einmal "manuell" zu überprüfen, um dem Problem möglicher Fehleinordnungen zu entgehen. Um ein „peer debriefing“ und damit eine Validierung der Ergebnisse zu gewährleisten (FLICK 2014: 415), wurden die Ergebnisse mit den Prüfenden abgeglichen.

In den Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurden die Textpassagen noch einmal unterteilt. Dabei wurden die Textpassagen in Themenkomplexe des gesellschaftlichen Zusammenhalts eingegliedert, wobei die Themenkomplexe nicht, wie die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts, aus der Literatur abgeleitet wurden. Die Themenkomplexe wurden durch eine induktive Analyse aus den Textpassagen herausgearbeitet und geben somit die grundsätzlichen Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts der Region Rotenburg (Wümme) wieder. Eine induktive Analyse steht zumindest in Teilen im Konflikt mit einer Intersubjektivität der Arbeit, war in diesem Schritt jedoch notwendig zur weiteren Interpretation der Ergebnisse. Zudem lassen sich die „klassischen Gütekriterien“ der Reliabilität, Validität und Objektivität in der quantitativen Forschung nur begrenzt auf qualitative Forschung übertragen (FLICK 2014: 412). Vielmehr sind Nachvollziehbarkeit und Transparenz beim Vorgehen und bei auftauchenden

Problemen von enormer Wichtigkeit (DEFFNER 2014: 14), welche durch die Struktur dieser qualitativen Inhaltsanalyse gegeben sind.

VaBiZ dient der Darstellung der aus der qualitativen Inhaltsanalyse gefilterten Informationen, sortiert nach Bereichen und Themenkomplexen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Bei der Entwicklung von VaBiZ wurde deutlich, dass die recherchierten Inhalte der Textpassagen, die zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen, zu komplex sind, als dass sie mit einer bestehenden Methodik sortiert und aufgelistet werden könnten. Zu diesem Zweck wurde eine induktive Methodik entwickelt, die zur Gewährleistung der Nachvollziehbarkeit im Detail offengelegt wurde (Kapitel 2.4). Bei der Gründung von VaBiZ gestaltete sich eine Einteilung in Bereiche und Themenkomplexe des sozialen Zusammenhalts als herausfordernd, so dass eine Definition für beide Begriffe erstellt wurde, um mehr Klarheit zu schaffen (Kapitel 2.1). Die Literaturrecherche zum gesellschaftlichen Zusammenhalt (s.o.) erwies sich auch im Hinblick auf die Erstellung von VaBiZ als Schwierigkeit, da dieser immer wieder mit unterschiedlichen Methoden überarbeitet werden musste, um zu seiner endgültigen Form zu gelangen. Hier wäre es sinnvoll gewesen, die Methodik zur Erstellung des Entscheidungsbaums bereits vollständig ausgearbeitet zu haben, um erst dann VaBiZ zu erstellen. Auf Schwierigkeiten und Herausforderungen wie diese wurde durch eine Anpassung der Methodik und eine Offenlegung von Unsicherheiten – insbesondere in diesem Kapitel – reagiert. Die gewählten methodischen Ansätze haben sich im Anbetracht der Beantwortung der Forschungsfragen als zielführend erwiesen und die Gütekriterien qualitativer Forschung wurden erfüllt.

4.2 Zusammenfassung der relevanten Auswirkungen von SuedLink auf die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts

In Kapitel drei wurden die aus den Tageszeitungen abgeleiteten Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts dargestellt. In der Diskussion sollen aber nicht alle Themenkomplexe und Variationen diskutiert werden. Die hier aufgezeigten Auswirkungen ergeben sich aus den wichtigsten Punkten der Variationen, deren Potenziale in der Regionalplanung genutzt werden können.

Tabelle 9: Relevante Auswirkungen auf die Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Dimension	Bereich	Auswirkungen
1. Soziale Beziehungen	1.1 Soziale Netze	Zusammenarbeit als zentraler Aspekt der Kommunen
		Verweigerung einer Zusammenarbeit nur in Einzelfällen
		Gründung von politisch unabhängigen Bürgerinitiativen
2. Verbundenheit	2.1 Identifikation	Selbstbetrachtung als benachteiligte Region
		Stärkung des Bewusstseins einer Identifikation mit der Region
	2.2 Vertrauen in Institutionen	Grundlegender Vertrauensverlust in überregionale Politik
		Informationsbedarf der Einwohner/innen zu SuedLink
	2.3 Gerechtigkeitsempfinden	Kleingruppe sieht sich benachteiligt
		Zu viele Infrastrukturmaßnahmen führen zum Selbstbild als benachteiligte Region
3. Gemeinwohlorientierung	3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	Zusammenarbeit in der Region wird gestärkt
		Verstärkte Hilfsbereitschaft gegenüber betroffenen Bürger/innen
	3.2 Anerkennung sozialer Regeln	Allgemeinheit beachtet Interessen einer Kleingruppe nicht
		Äußerungen extremer Meinungen
	3.3 Gesellschaftliche Teilhabe	Hohe Beteiligung auf politischen Veranstaltungen
		Zunahme bürgerlich initiierteter Netzwerke

4.3 Ergebnisdiskussion

Die Ergebnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse liefern einerseits Erkenntnisse darüber, welche Variationen einer Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts innerhalb der Themenkomplexe in Rotenburg (Wümme) existieren. Andererseits wird deutlich, welche Dimensionen und Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts besonders betroffen sind. Die Disparitäten und Affinitäten dieser Punkte (Tab. 09) werden anschließend kritisch hinterfragt und im Kontext der Ausarbeitung diskutiert. Zur besseren Übersichtlichkeit werden die Ergebnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse anhand der drei Dimensionen **soziale Beziehungen**, **Verbundenheit** und **Gemeinwohlorientierung** in diesem Kapitel diskutiert. Innerhalb der Dimensionen kommt es noch zu einer weiteren Unterteilung in die Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhalts, in denen es zu inhaltlichen Überschneidungen kommt. An diesen Stellen wird auf das jeweilige Diskussionskapitel verwiesen. Aus der Diskussion heraus werden anschließend Hinweise zusammengetragen, mit denen bei der Planung von Großbauprojekten der gesellschaftliche Zusammenhalt gezielter berücksichtigt werden kann.

4.3.1 Soziale Beziehungen

Soziale Netzwerke

Ein zentraler Aspekt unter den Akteur/innen war eine Zusammenarbeit, um ihre gemeinsamen Interessen zu schützen. Netzwerke aufzubauen ist ohnehin ein wichtiger Bestandteil der informellen Regionalplanung (FÜRST 2004: 52), was die Relevanz dieses Aspekts bestärkt. Dargestellt wird hier die Zusammenarbeit in den Kommunen an sich, mit anderen (unbeteiligten) Kommunen, mit Politiker/innen und dann die gescheiterte Zusammenarbeit mit den Landwirten. Es ist festzuhalten, dass sich der Ausbau von Netzwerken positiv auf alle Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auswirkt. Zunächst wird durch eine gezielte Zusammenarbeit die Dimension soziale Beziehungen gestärkt, die wiederum durch die Festigung und

Ausweitung sozialer Netzwerke die Basis einer Zusammenarbeit bildet. Weiter fördert ein Ausbau der Zusammenarbeit den Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft (Kap 4.3.2). Es zeigte sich, dass die sozialen Netzwerke unter den Einwohner/innen zumindest an einer Zusammenarbeit mitwirkten und die Kommunen nicht nach dem St.-Florian-Prinzip die Stromtrasse von sich fernhalten wollten. Demnach möchten die Kommunen miteinander arbeiten, was wiederum für die Stärkung der Netzwerke spricht. Weiter zeigte sich, dass besonders die überregionale Politik weiter in die Netzwerke integriert werden muss. Bürgerinitiativen arbeiteten verstärkt gegen die politischen Interessen, was zwar zur Stärkung der Netzwerke unter den Einwohner/innen führt, aber einer Zusammenarbeit zwischen Politik und den Einwohner/innen schadet (Kap 4.3.3). Außerdem zeigt es, dass besonders die überregionale Politik und Einwohner/innen unterschiedliche Interessen zu vertreten scheinen. Demnach zeigt sich, dass die Zusammenarbeit essentiell wichtig für die Region war. Dies scheint vor dem Hintergrund logisch, da auch ein Großteil der Kommunen und Einwohner/innen das gleiche Ziel einer Erdverkabelung verfolgten. Dennoch scheiterte die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. Besonders in diesem Punkt zeigt sich, dass eine Zusammenarbeit nur zugunsten einer Erdverkabelung durchgeführt wurde. Dementsprechend kann hier unterstellt werden, dass die Zusammenarbeit nur aufgrund des gemeinsamen Interesses bestand. Bei einer Betrachtung der sinkenden Teilnehmerzahlen auf politischen Veranstaltungen (Kap. 4.3.3) scheint dies zumindest in der Allgemeinheit durchaus plausibel. Hier ergeben sich dennoch zwei wichtige Potenziale. Erstens wurden bereits Netzwerke unter den Akteur/innen der Region neu begründet oder bestärkt. Zweitens zeigt sich, dass sich eine gute Vernetzung der Region auch langfristig positiv auf die Hilfsbereitschaft auswirkt. Dies wird im Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft (Kap. 4.3.3) erläutert. Aus den Artikeln konnten keine Belege für eine bereits bestehende Beziehung der Akteur/innen untereinander entnommen werden. In einer ländlichen Region wie Rotenburg (Wümme) kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Kommunen bereits bestehende Beziehungen vorweisen. Ebenso ist davon auszugehen, dass durch bereits durchgeführte Widerstände vergangener Strukturmaßnahmen (Fracking, Y-Trasse) die damaligen Netzwerke der Initiativen

zumindest in Teilen reaktiviert wurden. Eine Nutzung der Vernetzung der Einwohner/innen, Kommunen und weiteren Gruppen innerhalb der Region besitzt ein hohes Potenzial zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Neben der grundlegenden Anforderung nach Zusammenarbeit in der Region ergaben sich Ausnahmefälle, in denen eine Zusammenarbeit verweigert wurde. Scheeßel hätte die Resolution als drittgrößte Einheitsgemeinde des Landkreises (LSN 2018: 23) weiter bestärken können. Gründe für eine Ablehnung der Kooperation wurden in den Artikeln nicht aufgeführt, denkbar ist aber eine Konzentration auf die rein kommunal bedeutsamen Komplikationen. Besonders die großen Kommunen der Region sollten in die Netzwerke integriert werden, um Komplikationen vorzubeugen. Weitere Beispiele einer Verweigerung einer Zusammenarbeit sind lediglich auf eine Relevanz des Projekts oder einer Nicht-Betroffenheit durch die Stromtrasse zurückzuführen. Da es sich hier klar um Einzelfälle handelt, die keine weitreichenden Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hatten, können diese als nicht sonderlich relevant bezeichnet werden. Zudem ist eine Ablehnung der Zusammenarbeit durch eine Nicht-Betroffenheit auch auf den Bereich Solidarität und Hilfsbereitschaft (Kap. 4.3.3) zurückzuführen und wird dort weiter erläutert.

Die Entwicklung von eigenständigen Netzwerken unter den Einwohner/innen zeigt zwei Aspekte. Einerseits wird deutlich, dass die Einwohner/innen sich durch SuedLink stark genug betroffen fühlen und sich als Reaktion zu einer Gruppe gegen das Projekt formieren. Durch eine hohe Beteiligung an diesen Netzwerken wird zudem deutlich, dass sich eine Großzahl der Einwohner/innen mit den Zielen der kommunalen Gruppen gegen SuedLink identifizieren. Andererseits kann durch eine Gruppierung der Einwohner/innen abseits einer politischen Einflussnahme angenommen werden, dass die Interessen der überregionalen Politik hier von den Interessen der Einwohner/innen abweichen (Kap. 4.3.2). Den Ergebnissen kann weiter entnommen werden, dass sich die Bürgerinitiativen fortlaufend als Einheit verstehen, deren persönliches Interesse von dem politischen unterscheidet. Die

Bürgerinitiativen treten für ihre Ziele ein und problematisieren öffentlich kritische Aspekte des Projekts. Zwar vertraten auch politische Vertreter die Interessen der Bürgerinitiativen und korrespondierten regelmäßig mit ihnen. Dennoch konnten die Bürgerinitiativen weitreichend als eigenständige Einheit verstanden werden, die eigens das Interesse der Einwohner/innen der Region vertrat. Die Netzwerke der Bürgerinitiativen bieten demnach eine optimale Informationsmöglichkeit über die Interessen der Einwohner/innen, die sich für eine Erdverkabelung und den Schutz der Natur einsetzen.

4.3.2 Verbundenheit

Identifikation

In dem Bereich Identifikation wurde deutlich, dass die Einwohner/innen sich stark mit ihrer Region verbunden fühlen. Dieses persönliche Bezug mag auch auf ein Heimatgefühl zurückzuführen sein, da viele Einwohner/innen hier aufgewachsen sind (STATISTIK.NIEDERSACHSEN 2005: 197). Neben diesem Heimatgefühl gab es weitere Gründe wie einer Verbundenheit mit der Landschaft oder ein Zugehörigkeitsgefühl, aus denen eine besondere Zugehörigkeit der Einwohner/innen zu der Region hervorgehen. Zunächst wurde das stark ausgeprägte Selbstbild der Einwohner/innen als benachteiligte Region deutlich. Dieses Selbstbild stellt sich als negativer Faktor heraus, da die Betroffenheit der Region schnell überdramatisiert und öffentlich kritisiert wird. Durch die hohe Anzahl an Strukturmaßnahmen ist es plausibel, dass die Einwohner/innen ein Gefühl der Benachteiligung entwickeln. Das Gefühl der Benachteiligung ist auch auf ein ungerechtes Empfinden gegenüber einer Verteilung des Gutes Strukturmaßnahmen zurückzuführen, was in dem Unterkapitel Gerechtigkeitsempfinden weiter aufgeführt wird. Dieses negative Gefühl führte jedoch auch zu einer Steigerung der Identifikation mit der Region. Die konkrete Auseinandersetzung der Einwohner/innen mit der Betroffenheit durch SuedLink machte ein identitätsbezogenes Gefühl mit der Region bewusster. Die negative Einstellung der Einwohner/innen gegenüber dem Projekt stellt somit einerseits ein

Problem für ein Selbstbild der Benachteiligung dar. Andererseits ergibt sich aus ihr ein enormes Identifikationspotenzial für die Einwohner/innen der Region, was ein Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität stärken kann.

Vertrauen in Institutionen

In diesem Bereich konnte vor allem ein Vertrauensverlust in die überregionale Politik festgestellt werden. Dies scheint vor dem Hintergrund logisch, da die Politik als Auftraggeber das primäre Interesse an einer Umsetzung des Projekts SuedLink verfolgt. Dass die Einwohner/innen sich gegen das SuedLink Projekt aussprechen, scheint in diesem Zusammenhang verständlich, muss aber kritisch betrachtet werden. Hier sei anzumerken, dass sich der Vertrauensverlust verstärkt auf die überregionale Politik beschränkt. Dieser Problematik kann auf lokaler Ebene nur schwer bis gar nicht entgegengewirkt werden und benötigt einer Untersuchung auf höherer Planungsebene. Eine Konsequenz aus dem Vertrauensverlust in die überregionale Politik ist zunächst eine allgemeine Unzufriedenheit der Einwohner/innen, die sich von der überregionalen Politik nicht wahrgenommen fühlen. Weiter kann sich eine Verschlechterung der Vertrauensbasis negativ auf weitere Projekte und Vorhaben auswirken, da dieser Vertrauensverlust nicht projektgebunden ist. Die Einwohner/innen sind demnach kritischer gegenüber politischen Vorhaben, wie sich bei SuedLink durch vorangegangenen Projekten (Y-Trasse, Erdgasförderstellen) zeigt. Durch die allgemeine Kritik an den politischen Projekten behindern die Einwohner/innen somit die Planung und Durchführung weiterer Projekte durch ihre Widerstände. Demnach kann angenommen werden, dass dieses fehlende Vertrauen in die überregionale Politik schon vor der Debatte um SuedLink vorlag. Einige Bürger/innen nahmen zudem schon von Beginn an nicht an der Debatte teil, da sie daran zweifelten, die Politik würde auf die Sorgen der Einwohner/innen eingehen. Auch die Gründung von Vereinen und Bürgerinitiativen, welche politisch unabhängig arbeiteten, zeigt die konträren Ansichten der Einwohner/innen mit der Politik (Kap 4.3.1). Die Bürgerinitiativen agieren nur gegen die politischen Interessen und gruppieren die Einwohner/innen einer Region gegen das Bauvorhaben, was die Durchführung erschwert. An diesem Beispiel zeigt sich

aber auch, dass sich Chancen aus dem Vertrauensverlust in die Politik ergeben. Demnach gründen sich politisch unabhängige Netzwerke und steigern ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Einwohner/innen. Der Vertrauensverlust in die Politik wirkt sich folglich positiv zugunsten der Verbundenheit unter den Einwohner/innen aus. Eine Stärkung der Verbundenheit ist zwar wünschenswert, jedoch unter den hier erläuterten Bedingungen eher kritisch zu betrachten. Es sei angemerkt, dass aus Sicht der Bürger/innen die Politik in zwei Gruppen differenziert werden muss. Einerseits zählen hierzu die überregionale Politik als Auftraggeber, gegen die sich der Vertrauensverlust und die lokalen Verbände richten. Andererseits die lokalen Politiker/innen, die in die regionalen Netzwerke integriert sind und die Interessen der Einwohner/innen vertreten. Hier zeigt sich eine gewisse Diskrepanz in der Wahrnehmung der Politik durch die Bürger/innen. Es ist denkbar, dass diese Hilfe der lokalen Politiker/innen auch unter eine Solidarität und Hilfsbereitschaft zählt. Dies wird in in der Dimension Gemeinwohlorientierung (Kap. 4.3.3) erläutert.

Neben einem Vertrauensverlust in die Politik zeigte sich ein ambivalentes Vertrauensbild gegenüber Tennet. Die große Beteiligung der Einwohner/innen und der Kommunen der Region an dem Planungsprozess lässt vermuten, dass die Bürger/innen ihre Wünsche, Hinweise und Anforderungen bezüglich SuedLink von Tennet berücksichtigt sehen. Somit lässt die Partizipation der Bürger/innen zumindest auf ein grundlegendes Vertrauenslevel der Einwohner/innen gegenüber Tennet schließen. Zudem führte Tennet in der Vergangenheit bereits mehrfach Projekte im Norden Deutschlands durch (TENNET 2017: 8), weshalb ein bereits bestehender Kontakt zwischen Tennet und der Region möglich scheint. Es ist aber zweifelhaft, ob eine Vertrauensbasis der Grund für die hohe Beteiligung ist. Es deutet viel mehr darauf hin, dass die Bürger/innen selbst sich aufgrund der Missachtung ihrer Ansichten durch die überregionale Politik dem Bauausführenden zugewandt haben. Der überregionalen Politik wurde nicht genügend Vertrauen entgegen gebracht, weshalb die Bürger/innen Unterstützung bei Tennet suchten. Hier kann also festgehalten werden, dass die hohe Beteiligung der Einwohner/innen am Planungsprozess nicht gleichbedeutend mit einer Vertrauensbasis zu Tennet ist.

Primär erhofften sich die Einwohner/innen eine Unterstützung ihrer Interessen durch Tennet. Trotz der generellen Bevorzugung des Bauausführenden gegenüber der überregionalen Politik äußerten die Bürger/innen auch Tennet gegenüber Kritik, da ungeachtet ihrer Partizipation an dem Bauvorhaben keine weitreichenden Veränderungen an der Umsetzung der Stromtrasse erreicht werden konnten. Diese Veränderungen hätten wiederum andere Regionen betreffen können, was gegen das allgemeine Bild der Zusammenarbeit und der Ablehnung eines St.-Florian-Prinzips spricht (Kap. 4.3.1). Im Vordergrund dieses Bereichs steht klar der Vertrauensverlust gegenüber der Politik.

Gerechtigkeitsempfinden

Die Solidarität der Einwohner/innen und die Schaffung einer einheitlichen Bürgerfront wirkt sich den Ergebnissen nach positiv auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Einwohner/innen aus (s.o.). Fraglich ist jedoch, weshalb eine Kleingruppe wie die Landwirtschaft mit den daraus resultierenden Problemen einer Erdverkabelung keine Unterstützung aus der Region erhält. Besonders markant ist hierbei, dass die Betroffenheit der Landwirtschaft den Einwohner/innen bekannt war. Daraus können zwei Aspekte abgeleitet werden. Einerseits waren die Interessen der Landwirtschaft für die Einwohner/innen irrelevant, da ihr persönliches Interesse einer Erdverkabelung umgesetzt wurde und sie selbst weitestgehend unbetroffen von den Auswirkungen der Erdverkabelung bleiben. Bei einem höheren Interesse der Einwohner/innen an den Problemen der Landwirtschaft kann davon ausgegangen werden, dass sich die Einwohner/innen weiterhin an der Debatte beteiligt hätten. Andererseits hielten die Politiker/innen ihre Versprechen, besonders auf die Belange der Landwirtschaft zu achten, nicht ein. Demnach ist es verständlich, dass sich die Landwirtschaft als marginale Gruppe von der Gesellschaft abgegrenzt fühlt. Jedoch muss dagegen gehalten werden, dass die Artikel über die Zahlungsverhandlungen durchgängig Vertreter des Landvolks zitiert. Zwar vertritt das Landvolk großteils die Interessen der Landwirte (§ 2 Satzung Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V.). Dennoch kann von der mangelnden Beteiligung an den vom Landvolk initiierten Veranstaltungen abgeleitet werden, dass selbst das

Interesse der Landwirte/innen und Einwohner/innen an diesem Thema zumindest nicht überragend war. Festzuhalten ist dennoch, dass die Abgrenzung einer Kleingruppe durch das fehlende Interesse der Allgemeinheit als ungerecht empfunden wurde.

Die Dimension Verbundenheit wird durch SuedLink also zusammenfassend größtenteils negativ beeinflusst. Besonders im Bereich Vertrauen in Institutionen lassen sich stark negative Auswirkungen auf das Vertrauen in die überregionale Politik erkennen. Daraus resultierte ein Vertrauen gegenüber Tennet, was dennoch mit Skepsis unter der Berücksichtigung der Partizipationsgründe der Bürger/innen gesehen werden muss. Trotz der negativen Einflüsse stärkt SuedLink das Identifikationspotenzial der Einwohner mit dem Raum/ der Region. Da sich zeigt, dass in dieser Dimension besonders negative Auswirkungen durch ein Großbauprojekt SuedLink auftreten, wird die Dimension Verbundenheit als sehr relevant angesehen.

4.3.3 Gemeinwohlorientierung

Solidarität und Hilfsbereitschaft

Hier stellte es sich heraus, dass die Kommunen keinesfalls nach dem St.-Florian-Prinzip vorgehen wollten. Das unterstreicht den solidarischen Charakter, ist aber auch kritisch zu betrachten. Es ist fraglich, ob es sich bei der Zusammenarbeit stellenweise um rein solidarische Grundzüge handelt. Zwar wurden in den Artikeln keine Angaben zu den Beweggründen der Zusammenarbeit gemacht, jedoch ist eine bestehende Vernetzung der Regionen und angrenzenden Kommunen untereinander wahrscheinlich (Kap. 4.3.1). Dementsprechend liegt die Erklärung nahe, dass die Kommunen die Beziehung untereinander nicht belasten wollen. Ein St.-Florian-Prinzip wirkt sich folglich gegen die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Kommunen aus (Kap. 4.3.1). Zudem zeigt eine Beteiligung von nicht betroffenen Kommunen, dass, ob mit oder ohne bestehende Netzwerke, die Betroffenheit anderer Kommunen zum Handeln animiert. Weiter bilden die Kommunen durch ihre

Hilfsbereitschaft untereinander neue Netzwerke, da sie nun miteinander in Kontakt treten. Es lassen sich an dem Verhalten der Kommunen deutliche solidarische Grundzüge erkennen. Die Beteiligung nicht betroffener Kommunen und Einwohner/innen unterstreicht demnach den solidarischen Charakter, der sich in der Region durch SuedLink verstärkte. Als mögliches Motiv für die Solidarität der Kommunen lässt sich die allgemeine Befürwortung der Energiewende aufführen (BfN 2016: 4). Durch eine Akzeptanz gegenüber SuedLink in der eigenen Region zeigen die Einwohner/innen dementsprechend ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Energiewende. Dennoch bleibt im Vordergrund, dass, egal aus welchen Gründen, ein hohes Maß an Solidarität gezeigt wurde, was durchaus ein Potenzial für die regionale Planung ergibt.

Hilfsbereitschaft zeigten mitunter auch die lokalen und regionalen Politiker/innen. Durch die Vertretung der Interessen der Bürger/innen auf höheren politischen Ebenen unterstützten sie weitestgehend die Interessen der Einwohner/innen der Region. Hier ist jedoch festzuhalten, dass diese Hilfsbereitschaft besonders von lokalen Politiker/innen ausging. Die lokalen Politiker/innen haben einen näheren Kontakt zu den Einwohner/innen (FORSA 2020) und leben teilweise selbst in der Region. Dementsprechend ist es verständlich, dass ihr Interesse konform zu dem Interesse der Einwohner/innen verläuft. Das Vertrauen in die Politik zeigt wiederum das ambivalente Bild gegenüber den verschiedenen Ebenen der Politik (Kap. 4.3.2). Es scheint generelle Unterschiede in dem entgegengebrachten Vertrauen zu verschiedenen Ebenen der Politik zu geben (FORSA 2020). Grundlegend lässt sich sagen, dass besonders die lokalen Politiker/innen durch ihr gemeinsames Interesse mit den Einwohner/innen ein höheres Maß an Hilfsbereitschaft zeigten.

Anerkennung sozialer Regeln

Die in dieser Masterarbeit schon mehrfach aufgeführte Debatte um die Benachteiligung der Landwirtschaft ist in vielen Unterkapiteln der Ergebnisse und Diskussion zu finden (Kap. 3.1.2, Kap. 3.1.3, Kap. 4.3.2, Kap. 4.3.3). Diese Debatte ist nicht nur durch die mehrfache Nennung in verschiedenen Themenkomplexen

relevant, auch stellt sie einen wesentlichen Diskurs in der Region dar. Hier wird willentlich das Interesse einer Kleingruppe missachtet, da die allgemeine Bevölkerung der Region mit der Erdverkabelung einverstanden ist und sich nicht mehr um SuedLink bemüht. Eine allgemein anerkannte Regel (Kap. 2.1), das Interesse sämtlicher Gesellschaftsmitglieder zu respektieren, wird hier missachtet (BLIESENER & BERGMANN 2016: 291f). Die Nichtbeachtung der Interessen einer Kleingruppe und das damit verbundene Gefühl einer Ausgrenzung (Kap. 4.3.2) stellt einen Einschnitt in den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Hier ist zu klären, inwieweit die Gesamtheit der Landwirtschaft von dieser Abgrenzung betroffen ist. Dieser Punkt wird in den Artikeln nicht weiter aufgeführt.

Zudem zeigte sich, dass vermehrt extremere Meinungen in die Debatte um SuedLink Einzug fanden. Hier sollte stellenweise in das private Leben der Allgemeinheit eingegriffen werden (Kap. 3.1.3), was weit über eine Anerkennung sozialer Regeln (Kap 2.1) hinaus geht. Die eigenen Interessen bezüglich der Trasse werden über das Privatleben der Allgemeinheit gestellt. Dennoch ist auch anzumerken, dass hier auf einen ohnehin reales Problem hingewiesen wird. Der Gesellschaft wird hier ein Übermaß des Konsums unterstellt, was unter Anbetracht des Klimawandels und der übermäßigen Nutzung von Rohstoffen (UMWELTBUNDESAMT 2014: 20f) ein generelles Problem darstellt. Ob die Aussagen der Artikel auf eben diese Probleme verweisen sollen, ist jedoch fraglich. Eben mit diesen Aussagen möchten die Aktivisten/innen eine Trasse verhindern, die großflächig zur Energiewende beiträgt. Aussagen über die Qualifikation von Politiker/innen bezüglich ihrer Expertise beim Thema Energiewende lassen sich ebenfalls der Kategorie extremerer Aussagen zuordnen. Diese Aussagen sprechen gegen eine Anerkennung der sozialen Regeln (Kap 2.1), was sich hier dementsprechend negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken kann. In diesem Praxisbeispiel von Rotenburg (Wümme) hatten solche Aussagen keine besondere Relevanz, da diese Aussagen zumeist auf bestehenden Informationslücken beruhten. In anderen Regionen können solche Aussagen dennoch zu weiterführenden Problemen führen.

Gesellschaftliche Teilhabe

Zu diesem Bereich sei anzumerken, dass letztendlich jede Teilnahme der Einwohner/innen an der Debatte um SuedLink eine gesellschaftliche Teilhabe ist (Kap. 2.1). Dennoch ergibt sich hier ein Potenzial für regionale Planer in der Beteiligung der Einwohner/innen an politischen Sitzungen. Besonders vor der Erdverkabelung war die Teilnahme an den politischen Sitzungen am stärksten. Ein Planungsprojekt wirkt sich folglich positiv auf die Teilnehmerzahlen von politischen Veranstaltungen aus. Dies scheint vor dem Hintergrund logisch, dass besonders zu Beginn das größte Informationsdefizit unter den Einwohner/innen verzeichnet werden konnte. Die Partizipation zu Beginn des Projekts lässt somit auf den Wunsch der Bürger/innen schließen, über das Projekt informiert zu werden und Einfluss auf das weitere Geschehen auszuüben. Zwar nehmen viele Einwohner/innen an politischen Diskussionen teil, diese versteifen sich aber auf ein Thema. Demnach ist bei einer erhöhten Teilnahme zu beachten, dass eben diese Teilnahme dazu führen kann, dass andere regionale Interessen in den Hintergrund geraten. Hier ist wichtig zu bemerken, dass SuedLink extrem polarisierend ist im Gegensatz zu kleineren Projekten. Eine große Polarisierung von Projekten führt demnach zu mehr Beteiligung an politischen Sitzungen. Jedoch führt der Fokus auf dem Großbauprojekt zu einer gleichzeitigen Missachtung anderer regional bedeutsamer Projekte.

Die Dimension Gemeinwohlorientierung zeigt sehr durchmischte Beeinflussungen durch SuedLink. Einerseits sticht heraus, dass die Solidarität und Hilfsbereitschaft und die gesellschaftliche Teilhabe in der Region stark zugenommen haben. Andererseits entwickeln sich hier auch vereinzelnde extreme Einstellungen, die sich schnell verbreiten können. Zudem wird die Abgrenzung von Kleingruppen wie der Landwirtschaft zugunsten der Erfüllung eigener Interessen bewusst akzeptiert. Die Dimension Gemeinwohlorientierung ist demnach relevant für das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

4.3 Hinweise für regionale Planende

Die Diskussion der Ergebnisse ergab, welche Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch SuedLink in welcher Weise betroffen wurden und welche Relevanz diese Dimension dementsprechend auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts hat. Zudem wurde deutlich, dass die Auswirkungen und Variationen des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht klar voneinander in den Dimensionen und Bereichen zu trennen sind. Die Inhalte der Variationen und Themenkomplexe überschneiden sich in den Bereichen und Dimensionen. Das zeigt, wie eng die Variationen miteinander verknüpft sind und welche umfassenden Auswirkungen SuedLink auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt einer Region hat. Um die Beeinflussung des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch ein Großbauprojekt greifbarer zu machen, sollen hier planerische Hinweise erarbeitet werden. Die Hinweise gelten für regionale Planer vor Ort, also in einer betroffenen Region. Dass der gesellschaftliche Zusammenhalt einer Region durch ein Großbauprojekt beeinflusst wird, konnte in dieser Masterarbeit bestätigt werden. Weiterhin konnten anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse von lokalen Tageszeitungen konkrete Beeinflussungen durch SuedLink in VaBiZ dargestellt werden. Welche Auswirkungen und Potenziale diese Beeinflussungen haben, wurde anhand der Diskussion der Ergebnisse sichtbar. Für die Planer vor Ort ist es entscheidend, sich dieser Auswirkungen und Potenziale bewusst zu sein und die Potenziale bestmöglich zu nutzen. Dementsprechend werden hier primär Potenziale aufgezeigt, welche die Planer in der Region nutzen können, um das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stärken.

Die Zusammenarbeit in der Region kann als Basis verstanden werden, die sich optimal genutzt positiv auf alle Dimensionen auswirken kann. Eine große Chance ergibt sich aus den **vorhandenen Netzwerken**. Aus der qualitativen Inhaltsanalyse kann entnommen werden, dass sich ganzheitlich und flächendeckend Kooperationen gebildet haben. Diese Netzwerke gilt es nun zu bündeln und weiter zu vernetzen,

damit sie auch langfristig genutzt werden können. Weiteres Beispiel neben einer **Bündelung der Netzwerke** für die weitere Nutzung sind die **Netzwerke der Bürgerinitiativen**. Da die Bürgerinitiativen vornehmlich die Interessen der Einwohner/innen vertreten, können die Bürgerinitiativen als **Bündelung einer Informationsbasis der Einwohner/innen** verstanden werden. Dementsprechend können regionale Planer über die Bürgerinitiativen gezielt Informationen über die Einwohner/innen erhalten. Diese Nutzung der Informationsbasis gilt ebenso für die Politik. Eine Vertrauensbasis zur überregionalen Politik kann auf lokaler Ebene nur schwer gefördert werden. Eine weitere Integration der Kommunalpolitik in die bestehenden Netzwerke kann jedoch förderlich sein. Die lokalen Politiker/innen besitzen in der Region ein hohes Vertrauen der Einwohner/innen. Demnach kann ein Ansatz daraus bestehen, die **lokalen Politiker/innen in die Netzwerke mit einzubeziehen** und gegebenenfalls die Kommunikation zwischen lokaler und regionaler Politik zu bestärken. Dennoch kann die gesamte Problematik des Vertrauensverlusts in die übergeordnete Politik dadurch nicht aufgefangen werden. Die Lösung dieser Problematik wird auf höherer Planungsebene angestrebt werden müssen. Eine Integration von lokalen Politiker/innen in regionale Netzwerke verstärkt jedoch das Verständnis für die regionalen Interessen.

Eine stark in den Informationsmedien behandelte Debatte war das Interesse der Landwirtschaft, dem von Seiten der Politik nicht nachgegangen wurde. Weiterhin wurde hier ersichtlich, dass sich auch die Einwohner/innen nicht um diese Debatte bemühten. Es ist also für die lokale Planung relevant, dass alle Mitglieder der Gesellschaft in einer Debatte berücksichtigt werden, um den sozialen Zusammenhalt zu bestärken. Die Ausgrenzung einer Kleingruppe durch eine mangelnde Beteiligung der Region muss demnach verhindert werden. Jedoch ist es schwierig, so eine **Ausgrenzung zu unterbinden**, da die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert werden muss. Wie genannt, wurde das Thema in den lokalen Informationsmedien und von lokalen Akteur/innen weitreichend thematisiert und diskutiert. Eine weitere Information der Region über dieses Thema scheint demnach keinen Erfolg zu bewirken. Da es in den Artikeln keine Nennungen gab, dass Landwirte/innen eine

Einmalzahlung verweigerten, sollte zudem geprüft werden, inwieweit dieses Thema tatsächlich auf Widerspruch stieß.

Ein weiterer Aspekt, der in der lokalen Planung genutzt werden kann, ist die verstärkte **Ausprägung einer Identifikation mit dem Raum**. Das die Einwohner/innen die Durchsetzung einer Strukturmaßnahme in der eigenen Region als ungerecht empfinden und sich dementsprechend ein Selbstbild der Benachteiligung und damit Widerstand gegen die Umsetzung des Projekts entwickelt, wird kaum zu verhindern sein. Jedoch ergab die qualitative Inhaltsanalyse, dass sich aus dieser Problematik ein verstärktes Bewusstsein der Einwohner/innen über das Zugehörigkeitsgefühl entwickelt. Dieses Bewusstsein kann weitreichend genutzt werden, um regional bedeutsame Projekte durchzusetzen oder ein verstärktes Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln. Beispiele hierfür können **Projekte wie Regiobranding** aus den Steinburger Elbmarschen sein. Weiter ist auch zu prüfen, ob dieses Bewusstsein genutzt werden kann, um eine **Ausgrenzung von Kleingruppen zukünftig zu unterbinden**. Ob sich solche Maßnahmen positiv auf die betroffenen Dimensionen und Bereiche auswirken, kann hier nicht beurteilt werden. Das hängt von der zukünftigen Nutzung dieser Potenziale ab und kann sich auf alle Dimensionen und Bereiche auswirken.

Eine Problematik, auf die hier hingewiesen werden muss, sind extremere Positionierungen einzelner Einwohner/innen und Kommunen. Solche extremen Positionierungen konnten den Artikeln fortlaufend entnommen werden, die in dieser Region dennoch keine besondere Relevanz hatten. Extremere Positionierungen der Einwohner/innen gegenüber der Politik oder der gesellschaftlichen Norm sind mit Vorsicht zu begegnen. Auch wenn sich in dieser Region diese Positionierungen nicht besonders negativ auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts auswirkten, können sich diese Positionierungen bei einer Nicht-Beachtung unter den Einwohner/innen verbreiten und für Missverständnisse sorgen. Dementsprechend sollten solche extremen Positionierungen genau untersucht werden. In der Region Rotenburg (Wümme) waren die extremeren Positionierungen auf eine **ungenügende**

Informationsbasis der beteiligten Personen zurückzuführen. Dementsprechend können hier **Informationslücken geschlossen** werden und gegebenenfalls Akteur/innen zueinander geführt werden.

Welches Potenzial weiterhin genutzt werden kann, ist das hohe Interesse und die **Beteiligung der Einwohner/innen auf politischen Sitzungen**. Vermehrt bestand unter den Einwohner/innen ein Informationsbedarf zum Projekt SuedLink, weshalb die Teilnehmerzahlen auf den politischen Veranstaltungen zunahm. Durch eine mögliche **Aufbereitung und Verfügbarkeit der regional relevanten Informationen** können einerseits Informationslücken geschlossen werden und andererseits verlieren die Einwohner/innen an weiteren politisch relevanten Projekten nicht so schnell das Interesse. Eine Bereitstellung von relevanten Informationen kann sich weiterhin positiv auf durch Informationslücken entstandene Problematiken auswirken. Beispielsweise stellte sich heraus, dass Skepsis gegenüber dem Projekt, die Formung extremer Meinung sowie Missverständnisse bezüglich der Umweltfreundlichkeit des Projekts durch ein Informationsdefizit begünstigt wurden. Dementsprechend ist die Bereitstellung von regional bedeutsamen Informationen bezüglich SuedLink ein wichtiger Hinweis gegenüber Regionalplanern.

5 Fazit und Ausblick

Die Auswirkungen eines Großbauprojekts auf eine Region, die sich durch dessen Planung und Durchführung ergeben, müssen nicht zwangsläufig negativ sein. Bereits zu Beginn der Masterarbeit war bekannt, dass ein Großbauprojekt in einer Region eine Reaktion bei den betroffenen Einwohner/innen auslöst. So auch in der als zu untersuchender Raum gewählten Region Rotenburg (Wümme). Die frühen Widerstandsbewegungen der eigens gegründeten Bürgerinitiativen zeigen, dass das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts bereits frühzeitig durch die Planung betroffen war. Dennoch lässt sich aus den Daten der qualitativen Inhaltsanalyse erkennen, dass die Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt durchaus positiv sein können, obwohl sie aus einer negativen Beeinflussung entstehen.

Vor diesem Hintergrund wurde sich in der vorliegenden Masterarbeit der Frage angenommen, welche Veränderungen des Gefüges des gesellschaftlichen Zusammenhalts sich durch SuedLink in Rotenburg (Wümme) ergeben und welche Dimensionen dabei von besonderer Relevanz sind. Die gewählten Dimensionen nach der BertelsmannStiftung, **soziale Beziehungen**, **Identifikation** und **Gerechtigkeitsempfinden**, wurden durch das Projekt SuedLink unterschiedlich betroffen. So ist die Dimension soziale Beziehungen nur in einem der drei Bereiche in den lokalen Tageszeitungen verhandelt worden. Demnach ergibt sich, dass in dieser Dimension lediglich der Bereich soziale Netzwerke als relevant angesehen werden kann. Die Dimension Identifikation wurde am stärksten negativ durch SuedLink beeinflusst. Hier konnten großteils negative Veränderungen auf das Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts ausgemacht werden, die sich grundlegend auf einen Vertrauensbruch gegenüber den übergeordneten Institutionen zurückführen lassen. Diese Dimension zeigt eine besonders hohe Relevanz, da sich hier die stärksten Defizite in Form von einen Vertrauensverlust in die überregionale Politik zeigen. Diese Defizite können aber nur sekundär von lokalen Planern

behandelt werden. Vielmehr ist es Aufgabe der übergeordneten Institutionen, diesen Vertrauensbruch gezielter zu untersuchen und zu behandeln. Weiterhin zeigte sich, dass diese negativen Auswirkungen eine stärkere Identifikation der Einwohner/innen mit der Region hervorrufen. Dementsprechend stärkten die negativen Beeinflussungen einen Aspekt wie einer Identifikation mit dem Raum, der sich lokal von den Planenden als Potenzial nutzen lässt.

Die erste Forschungsfrage - *Welche Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts lassen sich aus Beiträgen zum Thema Südlink in einer regionalen Tageszeitung ableiten?* - konnte mit der Erstellung von VaBiZ beantwortet werden. Die lokalen Tageszeitungen stellten sich hierfür als eine geeignete Datengrundlage heraus, auf deren Basis vielfältige Veränderungen der Dimensionen herausgearbeitet werden konnten. Durch die Verdichtung oder Differenzierung der Textpassagen in Themenkomplexe und Variationen konnte zudem aufgezeigt werden, wie sich diese Veränderungen in der Region äußern.

Zur Beantwortung der zweiten Forschungsfrage - *Welche Hinweise lassen sich zur Berücksichtigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Planungsprozessen ableiten?* - mussten die vielfältigen Themenkomplexe und Variationen zunächst sortiert werden. Eine Vorsortierung war an dieser Stelle nötig, da die planerischen Hinweise aus den herausgearbeiteten Potenzialen der Ergebnisse erstellt werden sollten. Aus einer Diskussion der relevanten Ergebnisse konnten anschließend planerische Hinweise erarbeitet werden. Aus den Hinweisen wurde deutlich, dass die regionalen Planer einerseits die sich aus SuedLink ergebenden Potenziale wie einer Bereitstellung regional relevanter Informationen zum Großbauprojekt nutzen können und andererseits auch Problematiken vorherrschen, für die auf regionaler Ebene nur in Teilen Lösungsansätze gefunden werden können.

Weiter ist es empfehlenswert, zu prüfen, inwieweit die als negativ deklarierten Effekte einen Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hatten. Dies bedarf einer tiefgründigeren Untersuchung als einer qualitativen Inhaltsanalyse von lokalen

Tageszeitungen und kann beispielsweise in Form eines leitfadengestützten Experteninterviews durchgeführt werden. Das gezielte Interviewen relevanter Akteur/innen in der Region kann sich demnach unterstützend auf eine genauere Datengrundlage auswirken. Die Ergebnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse von lokalen Tageszeitungen können mit denen der leitfadengestützten Experteninterviews ergänzt und weiter analysiert werden. Dennoch ist hier festzuhalten, dass die lokalen Tageszeitungen eine solide Datengrundlage für die hier gewählten Forschungsfragen waren.

Literaturverzeichnis

ARANT, R. & BOEHNKE K., 2016: „Identifikation mit dem Gemeinwesen – Welches Wir-Gefühl ist ein gutes Wir-Gefühl?“. Der Kitt der Gesellschaft. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 145–173.

BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), 2016: ExWoSt-Forschungsfeld "Baukultur und Tourismus - Kooperation in der Region". MV Region Elbe Weser (Niedersachsen) „Spur der Steine“

BEAUVAIS, C., & JENSON, J. 2002: Social cohesion: Updating the state of the research. Ottawa: Canadian Policy Research Network.

http://cprn3.library.carleton.ca/documents/12949_en.pdf.

BERTELSMANNSTIFTUNG, 2017a: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt, messen was verbindet. Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. 106 S.

BERTELSMANNSTIFTUNG, 2017b: Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Aufgerufen am 14.08.2020, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektbeschreibung>

BfN (Bundesamt für Naturschutz), 2016: Die Energiewende im Spannungsfeld energiepolitischer Ziele, gesellschaftlicher Akzeptanz und naturschutzfachlicher Anforderungen. BfN-Skripten 433. 136 S.

BLIESENER, T. & BERGMANN M., 2016: „Anerkennung sozialer Regeln – Die Entwicklung normenabweichender Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen in Deutschland“. Der Kitt der Gesellschaft. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 287–311.

BOCHMANN C. & DÖRING H. (Hrsg.), 2020: Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer VS. Wiesbaden. 373 S.

BUNDESNETZAGENTUR, 2020: Stromnetze zukunftssicher gestalten, BBPIG, Vorhaben 4: Wilster – Berg Rheinfeld West (SuedLink). Aufgerufen am 14.08.2020, https://www.netzausbau.de/leitungsvorhaben/bbplg/04/de.html?cms_vhTab=2

- BUNDESREGIERUNG**, 2015: Erdkabel statt Freileitung. Zuletzt aufgerufen am 25.09.2020. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erdkabel-statt-freileitung-388676#:~:text=Erdkabel%20f%C3%BCr%20Gleichstrom%2C%20Freileitungen%20f%C3%BCr,Erdkabel%20im%20Boden%20verlegt%20werden.>
- CHAN**, J., To, H.-P., & Chan, E., 2006: Reconsidering social cohesion: Developing a definition and analytical framework for empirical research. *Social Indicators Research*, 75(2), 273–302. <http://doi.org/10.1007/s11205-005-2118-1>.
- CHIESI**, A. M., 2004: Social cohesion and related concepts. In N. Genov (Ed.), *Advances in Sociological Knowledge* (pp. 205–219). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- DEFFNER**, J., 2014: Mit der Brille der Planerin oder dem Blick der Soziologin? Über Möglichkeiten und Anforderungen bei der Auswertung offener Interviews in den Planungswissenschaften. 18 S. Working Paper am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner. Manuskript, unveröffentlicht.
- FLICK**, U., 2014: Gütekriterien qualitativer Sozialforschung In: Baur, N. & Blasius, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. 411-424 S. Wiesbaden: Springer VS.
- FORSA**, 2020: Große Unterschiede beim Vertrauen in die Politik. Vertrauen zu den kommunalen Institutionen in den Flächenstaaten
- FÜRST**, D. (2004): Regional Governance. In: Benz, A. (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. S. 45-62, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- GINKOO-FORSCHUNG**, 2019: Arbeitspaket 4 Akzeptanz und Partizipation. Aufgerufen am 06.07.2019, <http://www.ginkoo-projekt.de/de/forschung/akzeptanz-und-partizipation/>
- GREIFSWALD**, 2013: Landschaftswahrnehmung, regionale Identität und Einschätzung des Managements im Biosphärenreservat Mittelelbe. Ergebnisse einer quantitativen Bevölkerungsbefragung. Institut für Geographie und Geologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. *GREIFSWALDER GEOGRAPHISCHE ARBEITEN* Band 45. 57 S.

- HEIDEKREIS**, 2017: Aktuelles Projekt: SuedLink - Die Stromtrasse von Nord- nach Süddeutschland. Aufgerufen am 14.08.2020, <https://www.heidekreis.de/home/bauenplanen/regional-und-bauleitplanung/projekte.aspx>
- HULSE K. & STONE W.**, 2007: Social cohesion, social capital and social exclusion: A cross cultural comparison. *Policy Studies*, 28(2), 109–128.
<http://doi.org/10.1080/01442870701309049>.
- JENSON J.**, 1998: Mapping social cohesion: The state of Canadian research. Ottawa: Canadian Policy Research Network.
- JENSON J.**, 2010: Defining and measuring social cohesion. London: UNRISD & Commonwealth Secretariat.
- KAISER, R.**, 2014: Qualitative Experteninterviews: Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Wiesbaden: Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- KREISZEITUNG**, 2014: Bürgerinitiative gegen „SuedLink“ zweifelt an Erdkabel-Versprechen. Eine zweite Trasse dazu. Zuletzt aufgerufen am 25.09.2020.
<https://www.kreiszeitung.de/lokales/rotenburg/rotenburg-ort120515/buergerinitiative-gegen-suedlink-zweifelt-erdkabel-versprechen-3581274.html>
- LSN** (Landesamt für Statistik Niedersachsen), 2018: Statistische Berichte Niedersachsen. Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2018
- LANDVOLK NIEDERSACHEN**, 2019: Satzung Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V. vom 28. Juni 1978, i. d. Fassung vom 2. Dezember 2019
- MAINPOST**, 2019: Milliardenprojekt SuedLink: Ist die Stromtrasse notwendig? Artikel der Main Post vom 07.08.2019. Zuletzt aufgerufen am 15.10.2020.
<https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/Milliardenprojekt-SuedLink-Ist-die-Stromtrasse-notwendig;art736,10291831>
- MDR**, 2017: Wie gefährlich sind die neuen Stromtrassen? Studien geplant. Artikel des mdr vom 11.07.2017. zuletzt aufgerufen am 15.10.2020.
<https://www.mdr.de/wissen/mensch-alltag/studien-zu-stromtrassen-100.html>
- PUTNAM, R.**, 2000: Bowling alone: The collapse and revival of American community. New York.

- ROTENBURGERRUNDSCHAU**, 2014a: Sued-Link: Andreas Weber (SPD) schaltet Bundesnetzagentur-Chef ein. „Sind schon genug gebeutelt“. Rotenburger Rundschau vom 24.04.2014. Zuletzt aufgerufen am 25.09.2020.
<https://www.rotenburger-rundschau.de/rrarchiv/rotenburg-wuemme/sued-link-andreas-weber-spd-schaltet-bundesnetzagentur-chef-ein-105799.html>
- ROTENBURGERRUNDSCHAU**, 2014b: Kritik am “Pseudoverfahren” Rotenburger Rundschau vom 12.12.2014. Zuletzt aufgerufen am 09.10.2020.
<https://www.rotenburger-rundschau.de/rrarchiv/visselhoevede/klare-worte-bei-podiumsdiskussion-zum-thema-suedlink-von-nina-baucke-110077.html>
- ROTENBURGERRUNDSCHAU**, 2015: Netzbetreiber Tennet schlägt in Sachen „SuedLink“ neuen Weg ein - Mit dem Kabel in die Erde. Rotenburger Rundschau vom 31.07.2015. Aufgerufen am 25.09.2020.
<https://www.rotenburger-rundschau.de/lokales/rotenburg-wuemme/netzbetreiber-tennet-schlaegt-in-sachen-suedlink-neuen-weg-ein-von-nina-baucke-113005.html>
- SCHIEFER, D. & NOLL, J**, 2017: The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review. In: Social Indicators Research . Jun2017, Vol. 132 Issue 2, 579-603. 25 S.
- STATISTIK.NIEDERSACHSEN**, 2005: Landkreis Rotenburg (Wümme), Bezirk Lüneburg. Übersicht und Gebietsentwicklung
- STOCKMANN, R.; ALTEMEYER, K.-H.; GAUS, H.; KOHLMANN, U.; URBAN, J.** 2001: Nachhaltige Umweltberatung -Evaluation eines Förderprogramms der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Wiesbaden: Springer VS.
- TADDICKEN M.**, 2019: Analyse von Zeitungsartikeln und Online-Nachrichten. Auszug aus: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung 2019. Wiesbaden: Springer VS.
- TENNET**, 2015: Erdkabel. Laut Gesetzesänderung vom Dezember 2015 sollen Gleichstromleitungen wie SuedLink vorrangig als Erdkabel verlegt werden. Zuletzt aufgerufen am 25.09.2020. <https://www.tennet.eu/de/our-network/onshore-projects-germany/suedlink/technology-and-construction/erdkabel/>
- TENNET**, 2016: Das SuedLink-Projekt. Allgemein verständliche Zusammenfassung des Antrags nach § 6 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG)

TENNET: Projektportrait und Verfahren. Derzeit wird ein möglicher Verlauf für SuedLink gesucht. Einen Überblick über das Projekt finden Sie hier. Aufgerufen am 14.08.2020,

<https://www.tennet.eu/de/unser-netz/onshore-projekte-deutschland/suedlink/ueber-suedlink/projektportrait-und-verfahren/>

TENNET, 2017: Netzausbau in Niedersachsen Conneforde – Cloppenburg – Merzen

UMWELTBUNDESAMT, 2014: Ökologische Innovationspolitik – Mehr

Ressourceneffizienz und Klimaschutz durch nachhaltige stoffliche Nutzungen von Biomasse. Langfassung. Köln. 227 S.

WESERKURIER, 2017: Viel Kritik an SuedLink. Weser Kurier vom 14.06.2017.

Zuletzt aufgerufen am 15.10.2020.

https://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen_artikel,-viel-kritik-an-suedlink-_arid,1612679.html

Anhang

Anhang A: Zusammenfassung der Textpassagen

Artikel	Nr.	Textart	Textauszug	Quelle
1	1	Zeitungsartikel	„Wir sind hier alle sehr besorgt, zumal wir durch die oben genannte intensive Erdgasförderung und die zunehmende Vermaischung durch das Betreiben von Biogas-Anlagen schon stark genug gebeutelt sind.“	Rotenburger Rundschau 24.04.2014
	2	Zeitungsartikel	„Die seit 40 Jahren eingemeindeten Ortschaften Mulmshorn, Waffensen und Unterstedt werden bei der Realisierung der Suedlink-Strom-Trasse unmittelbar betroffen sein“	Rotenburger Rundschau 24.04.2014
	3	Zeitungsartikel	„Die Bürger in Rotenburg sind der Auffassung, schon genug zur Energieversorgung Deutschlands beizutragen. So ist der Feldeskomplex Rotenburg/Taaken gemäß jüngstem LBEG-Jahresbericht das förderstärkste deutsche Gasfeld.“ Das entspricht mehr als zwölf Prozent der bundesdeutschen Erdgasproduktion und gehe einher mit einer im Bundesvergleich extrem hohen Dichte an Erdgasförderstellen. „Insbesondere die Ortschaft Waffensen ist umzingelt von diversen Förderstellen“	Rotenburger Rundschau 24.04.2014
	4	Zeitungsartikel	Zudem, so Weber, handele es sich vor Ort um eine Region mit einer der höchsten Biogasanlagendichten Deutschlands - verbunden mit bekannten Problemen wie Vermaischung, Umweltbelastungen sowie Biomasse- beziehungsweise Gülletourismus.	Rotenburger Rundschau 24.04.2014
	5	Zeitungsartikel	Zu genannten Problemen komme noch, dass die gesamte Region ohnehin bereits durch den Netzknotenpunkt Sottrum mit einer hohen Dichte von Höchst- und Hochspannungsleitungen belastet sei. „Nun sollen in jeweils 400 Meter Abstand zueinander 70 Meter hohe Strommasten mit einer Breite von 30 Metern beispielsweise direkt am Ortsrand von Mulmshorn, Waffensen und Unterstedt errichtet werden, damit Gleichstrom mit einer Spannung von 500 kV darin in Richtung Süden fließen kann“	Rotenburger Rundschau 24.04.2014
	6	Zeitungsartikel	In der Zwischenzeit jedoch stellen sich vielerlei Fragen: - Soll nur Wind-Strom mit Sued-Link transportiert werden? - Wenn ja – mit welcher Auslastung wird die Trasse dann betrieben? - Wenn nein – soll dann auch Strom aus Kohlekraftwerken transportiert werden? - Gibt es ausschließlich die Strom-Fließrichtung Nord-Süd oder auch umgekehrt? - Warum soll ausgerechnet im frackreichsten Erdgasförderbereich solch eine Leitung erbaut werden? Birgt dieses nicht noch zusätzliche Risiken? - Wie viel Mehrkosten würde eine Verlegung unter der Erde mit sich bringen? - Wie hoch schlagen diese Mehrkosten bei einer bundesweiten Umlage und einer Abschreibungsdauer von 40 bis 50 Jahren laut Stromnetzentgeltverordnung auf die Netznutzungsentgelte zu Buche? - Sind Alternativtrassen hinreichend untersucht und geprüft worden? - Wenn ja, aus welchem Grund wurden die Alternativtrassen verworfen?	Rotenburger Rundschau 24.04.2014
	7	Zeitungsartikel	Die bei der Erdgasgewinnung in den vergangenen Jahren neu gewonnenen Erkenntnisse über das Fracking und die Behandlung von toxischem Lagerstättenwasser hätten beispielsweise dazu geführt, dass sich zu diesem Thema bereits vor zwei Jahren eine Bürgerinitiative gegründet habe. Weber: „Besonders verunsichert sind die besorgten Bürger über die erst kürzlich bekannt gewordenen Gefahren, die mit der Erdgasförderung verbunden sind. Dies ist mittlerweile ein Dauerthema in unseren Medien.“	Rotenburger Rundschau 24.04.2014
2	1	Zeitungsartikel	„Wer den Menschen in Waffensen wirklich helfen will, der muss sich mit dem konkreten Verlauf der Suedlink-Trasse und mit den Chancen für eine Erdverkabelung beschäftigen.“	Rotenburger Rundschau 02.05.2014
	2	Zeitungsartikel	„Bei Tennet ist man auch der Auffassung, dass angesichts der Langfristigkeit der Trasse höhere Investitionskosten durch Erdverkabelung vertretbar sind“	Rotenburger Rundschau 02.05.2014

3	1	Leserbrief	Viele Experten sehen in diesem Zusammenhang den Netzentwicklungsplan als überdimensioniert an. In ganz Deutschland gibt es tagelange Windflauten, die nicht durch Speicher überbrückt werden können. Dann brauchen wir in Deutschland immer noch einen konventionellen Kraftwerkspark, der immer bereit steht, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Das ist nun mal Physik und auch politisch nicht beeinflussbar, so schön es auch wäre. Die Politik muss sich konkret hiermit auseinandersetzen, anstatt Deutschland mit unnötigen Stromtrassen zu überziehen. Das ist Aktionismus pur.	Rotenburger Rundschau 09.05.2014
	2	Leserbrief	Auf der Tennet-Veranstaltung in Hassendorf hat die Bundesnetzagentur bestätigt, dass bei Windflauten auch Kohlestrom über Suedlink transportiert wird. - Statt gigantische Trassen durch das ganze Land zu bauen, die unausgelastet Flatterstrom übertragen, sollte man auf eine dezentrale Stromerzeugung vor Ort setzen. Hier ist ein Mix aus Wind-, Sonne-, Biogas- und Kraft-Wärme-Kopplung- beziehungsweise Wärme-Kraft-Kopplung-Anlagen sinnvoll. Der leider un stetige Wind- und Sonnenstrom wird durch die ständig verfügbare Kraft-Wärme-Kopplung (zum Beispiel Blockheizkraftwerke) ausgeglichen und gleich vor Ort verbraucht. Die Möglichkeiten und den Einsatz von Blockheizkraftwerken oder Gaskraftwerken im Rahmen einer dezentralen Versorgung hat die Bundesnetzagentur offenbar vollkommen verkannt.	Rotenburger Rundschau 09.05.2014
	3	Leserbrief	Die Suedlink-Trasse wird gerne als Hauptschlagader der Energiewende bezeichnet, weil sie Windstrom aus dem Norden in den Süden transportieren und somit den Kernkraftstrom ersetzen soll. Da jedoch der Wind an der Küste auch nur un stetig weht, wird die Leitung nur zu maximal 25 Prozent ausgelastet sein und nur unregelmäßigen, zeitlich nicht planbaren Windstrom beziehungsweise Flatterstrom übertragen. Die über Suedlink übertragbare Windstrommenge reicht daher bei Weitem nicht aus, um den Kernkraftstrom vollständig zu ersetzen.	Rotenburger Rundschau 09.05.2014
4	1	Zeitungsartikel	„Von Reinhard Grindel sind wir auch etwas enttäuscht, weil er gar nicht angehört hat, weshalb wir die Notwendigkeit der Trasse infrage stellen“, so Leefers [Waffensens Ortsbürgermeister] mit Blick auf den CDU-Bundestagsabgeordneten.	Rotenburger Rundschau 19.05.2014
	2	Zeitungsartikel	Drastische Worte nahm während des Pressegesprächs Waffensens Ortsbürgermeister Hartmut Leefers in den Mund: „Dass Suedlink für den Transport von Windenergie gebraucht wird ist Verarschung der Bürger. Damit soll nur Akzeptanz geschaffen werden.“	Rotenburger Rundschau 19.05.2014
	3	Zeitungsartikel	Worthmann [Bürgermeister], dessen Ortschaft nicht unmittelbar vom Trassenverlauf betroffen ist, sagte, er wolle mit seinem Ja zu der Resolution Solidarität bekunden: „Da kann ich mich nicht zurücklehnen und sagen, dass mich das gar nichts angeht.“	Rotenburger Rundschau 19.05.2014
	4	Zeitungsartikel	Wie Bürgermeister Detlef Eichinger im Beisein der Ortsbürgermeister erklärte, haben sowohl die Orte Unterstedt und Mulmshorn als auch Waffensen einstimmig einen entsprechenden Resolutionstext verabschiedet – in Waffensen und Mulmshorn mit jeweils einer Enthaltung. „Und der Borcheler Ortsvorsteher Hans Worthmann hat schon bestätigt, dass sich der Ort anschließen wird. Somit haben wir den Schulterschluss und beraten darüber nun im Juni-Stadtrat. Ich gehe davon aus, dass wir auch dort ein einstimmiges Ergebnis erreichen“, sagte Eichinger.	Rotenburger Rundschau 19.05.2014
	5	Zeitungsartikel	Uwe Lüttjohann aus Unterstedt kritisierte, dass die Trasse mit ihren 70 Meter hohen Masten an seinem Ort vorbei durch ein Landschafts- und Naturschutzgebiet führen solle: „Als wir dort einen Windpark mit 65 Meter hohen Masten einrichten wollten, wurde uns das aber verboten“, monierte er.	Rotenburger Rundschau 19.05.2014
	6	Zeitungsartikel	Mattina Berg aus Mulmshorn erklärte, sie habe eine Unterschriftensammlung im Ort initiiert, die fordert, die Leitung unterirdisch zu verlegen	Rotenburger Rundschau 19.05.2014
	7	Zeitungsartikel	Froh sei er aber, so Leefers weiter, dass Grindel zugesagt habe, sich im Bundestag für eine unterirdische Verlegung stark zu machen.	Rotenburger Rundschau 19.05.2014

	8	Zeitungsartikel	Er gab zwar zu, dass die unterirdische Verlegung Suedlinks sechs bis sieben Mal so teuer wird, wie die oberirdische, rechnete dann aber vor, dass diese Milliardenkosten für die Bundesbürger lediglich eine Erhöhung des Strompreises um 0,6 Cent je Kilowattstunde bedeuten. Zudem sei die unterirdische Verlegung derartiger Kabel anno 2014 Stand der Technik, nicht mehr das Bauen von Masten.	Rotenburger Rundschau 19.05.2014
5	1	Zeitungsartikel	Zahlreiche Zuhörer kamen zur jüngsten Ratssitzung in Westerwalsede – die meisten aber nicht wegen des Ausbaus der Ringstraße, sondern wegen weiteren Informationen zur Stromtrasse Suedlink.	Rotenburger Rundschau 21.05.2014
	2	Zeitungsartikel	Den Westerwalsedern geht es weniger darum, den Bau der Trasse an der Gemeinde vorbei zu verhindern, sondern darum, die Kabel unter die Erde zu legen.	Rotenburger Rundschau 21.05.2014
6	1	Zeitungsartikel	Eine weitere Frage bezog sich auf das Thema Suedlink. Einer Einwohnerin sprach zur alternativen Trassenführung. Sie wurde vom Bürgermeister informiert, dass auch dem Rat eine andere Trassenführung, nämlich entlang der Autobahn und der Bundesstraße, gelegen kommen würde.	Rotenburger Rundschau 04.07.2014
7	1	Zeitungsartikel	Des Weiteren habe sich die Bundesnetzagentur gemeldet. Die Alternativvorschläge der Gemeinde Ahausen für den Suedlink-Trassenverlauf sollen in die Planung einfließen.	Rotenburger Rundschau 31.07.2014
8	1	Zeitungsartikel	Während der jüngsten Ratssitzung beschlossen die Mitglieder, dass sich Scheeßel nicht an der Resolution der Waffensener Initiative gegen die Suedlink-Trasse anschließen wird. Hermann Hilken (CDU) meinte, dass die Kompetenz fehle, zu entscheiden, ob die Trasse notwendig ist. Lieber wolle er eine eigene Resolution einreichen.	Rotenburger Rundschau 01.08.2014
	2	Zeitungsartikel	Hilken (CDU) meinte, dass Abbendorf von der Suedlink-Trasse sehr betroffen sei. Ebenfalls laufen durch Abbendorf bereits sechs große Erdgasleitungen.	Rotenburger Rundschau 01.08.2014
	3	Zeitungsartikel	Auch Sorge sich die Ortschaft über den Elektrosmog.	Rotenburger Rundschau 01.08.2014
	4	Zeitungsartikel	Der Stimme enthalten wollte sich Angelika Dorsch (SPD). Sie sei davon überzeugt, dass die Suedlink-Trasse nicht grundsätzlich nötig ist. Eine Erdverkabelung bringe große Umweltschäden mit sich.	Rotenburger Rundschau 01.08.2014
	5	Zeitungsartikel	Für eine Erdverkabelung sah Hilken (CDU) etliche Nachteile. So würden große Flächen für die Übergangsstellen zu Erdverkabelungen benötigt. Auch seien die landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr voll nutzbar.	Rotenburger Rundschau 01.08.2014
9	1	Zeitungsartikel	„Die Korridorvorschläge sind Ergebnis der von Tennet seit März eingesammelten Hinweise der Bürger“, heißt es auf der Internetseite des Konzerns. „Ich freue mich über das große Engagement“, sagte Lex Hartmann, Mitglied der Tennet-Geschäftsführung.	Rotenburger Rundschau 26.09.2014
	2	Zeitungsartikel	„Die Vorschläge haben die Überlegungen für Suedlink verändert und sind zu 90 Prozent in die Planung mit eingeflossen. Das zeigt, dass es der richtige Weg ist, die Bürger bei den Planungen für neue Stromverbindungen mit einzubeziehen. Wir werden diesen Dialog kontinuierlich fortführen.“	Rotenburger Rundschau 26.09.2014
	3	Zeitungsartikel	Auf der Internetseite heißt es, dass mehr als 3.000 Vorschläge von Bürgern bei Tennet eingegangen seien. Weiter teilt das Unternehmen dort mit: „Rund 1.700 der Hinweise waren raumbezogen. Neben zahlreichen Hinweisen zum ersten Korridorvorschlag	Rotenburger Rundschau

		fanden sich darunter auch viele Hinweise zu einzelnen Punkten, wie etwa Gehöften und Gewerbegebieten. Mehr als 500 Hinweise enthielten konkrete Korridorvorschläge. Da viele dieser Vorschläge sich auf die gleichen Räume bezogen, konnten sie zusammengefasst werden. Insgesamt wurden somit 112 Korridorvorschläge detailliert geprüft, von denen Tennet knapp 90 Prozent, also 98 neue Korridore, mit in die Planungen aufnehmen konnte.“	26.09.2014	
	4	Zeitungsartikel	Zu erkennen ist dabei, dass die Alternativ-Trassen teilweise auch am Landkreis Rotenburg vorbeiführen. So hatte im Juli der Verdener CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Mattfeld mit dem Vorschlag für Schlagzeilen gesorgt, Suedlink über Buxtehude entlang der Bundesstraße 3 und der Autobahn 7 zu führen	Rotenburger Rundschau 26.09.2014
	5	Zeitungsartikel	Die Ergebnisse der ersten Bürgerbeteiligung will Tennet übrigens auch in Rotenburg vorstellen. Am Dienstag, 7. Oktober, 17 bis 20 Uhr, findet im Bürgersaal, Am Pferdemarkt 3, eine entsprechende Informationsveranstaltung statt.	Rotenburger Rundschau 26.09.2014
10	1	Zeitungsartikel	Die ist für den kleinen Ort nahe Rotenburg eigentlich positiv. Laut den ursprünglichen Planungen würde Suedlink direkt an Waffensen vorbeiführen, nun gibt es Alternativen. Dennoch sagt Lossau [BI-Vorsitz] : „Wir sind generell gegen die Trassenerweiterung. Wir sehen die Erforderlichkeit für Suedlink nicht.	Rotenburger Rundschau 30.09.2014
	2	Zeitungsartikel	Wir sind hier nämlich keine Verfechter des St.-Florian-Prinzips. Wenn man uns glaubwürdig versichern könnte, dass Suedlink wirklich gebraucht wird, würden wir sagen: Baut die Trasse hier, verlegt sie aber unter die Erde.“ Aber Suedlink werde nicht gebraucht, so Lossau.	Rotenburger Rundschau 30.09.2014
	3	Zeitungsartikel	Beziehungsweise wird die Stromtrasse nicht so gebraucht, wie es von der Politik immer vorgegeben wird, ist Lossaus [BI-Vorsitz] Überzeugung. Denn Suedlink soll auch konventionellen Strom aus Atomkraft und Kohle nach Bayern transportieren.	Rotenburger Rundschau 30.09.2014
	4	Zeitungsartikel	Lossau [BI-Vorsitz] plädiert für die Ehrlichkeit, zuzugeben, dass Deutschland weiterhin einen gewissen Anteil an konventionell erzeugter Energie brauche. Schließlich könne Windkraft Atomenergie nicht vollständig ersetzen, schließlich wehe der Wind mal stark, mal schwach und dann auch manchmal gar nicht.	Rotenburger Rundschau 30.09.2014
	5	Zeitungsartikel	„Wir bauen die Bioenergie aus, dennoch steigt der CO2-Ausstoß in Deutschland weiter an. Suedlink soll also unter dem Deckmantel der Energiewende gebaut werden – eigentlich aber nur, damit beispielsweise Kohlekraftwerke weiter am Netz bleiben können, wenn künftig die Sonne scheint und Wind bläst“, sagt Lossau [BI-Vorsitz].	Rotenburger Rundschau 30.09.2014
	6	Zeitungsartikel	Er [BI-Vorsitz] macht sich daher für einen Rückbau von Kohle- und Atomkraftwerken sowie einen Aufbau intelligenter Stromnetze stark, sodass Suedlink nicht gebraucht wird.	Rotenburger Rundschau 30.09.2014
	7	Zeitungsartikel	„Außerdem sollten wir uns überlegen, dass wir nicht immer alles im Übermaß brauchen. Dann haben wir künftig halt nicht mehr die Energie, um drei Wasserkocher gleichzeitig nutzen zu können, dann reichen auch einmal zwei“, so der BI-Vorsitzende.	Rotenburger Rundschau 30.09.2014
11	1	Zeitungsartikel	„Es ist gut, dass Tennet jetzt Alternativen vorgelegt hat. Klar ist aber dadurch auch: Unsere Region ist bei einem Großteil der alternativen Trassenverläufe stark betroffen. Wir müssen uns jetzt Zeit nehmen für die Diskussion, um die Trasse zu finden, die Mensch und Natur am geringsten belastet. Tennet muss genau erklären, was die Vor- und Nachteile der einzelnen Trassenverläufe sind, damit sich die Kommunen ein konkretes Bild machen können“, sagt Klingbeil.	Rotenburger Rundschau 01.10.2014 a
	2	Zeitungsartikel	„Die Debatte über die Planungsalternativen zur Suedlink-Trasse muss jetzt sachlich über die Grenzen der Landkreise hinweg geführt werden und darf sich nicht zu einem Jeder-gegen-Jeden entwickeln. Ich habe deshalb die beiden Landräte Hermann Luttmann aus Rotenburg und Manfred Ostermann aus dem Heidekreis zu einem gemeinsamen Gespräch über das weitere Vorgehen eingeladen“, erklärt Grindel.	Rotenburger Rundschau 01.10.2014 a

		beispielsweise Niedersachsen für ihr Unternehmen der größte Einspeiser von Bioenergie sei, was einen Wirtschaftsfaktor darstelle.	Rundschau 09.10.2014	
4	Zeitungsartikel	Krämer [Tennet-Sprecherin] mutmaßte zudem, dass die Suedlink-Strommasten von den meisten Bürgern überhaupt nicht erkannt werden: „Normale Masten sind schon bis zu 65 Meter hoch, die der Suedlink-Trasse werden eine Größe von bis zu 70 Metern haben. Ich glaube kaum, dass die Menschen den Unterschied von fünf bis zehn Metern erkennen werden.“	Rotenburger Rundschau 09.10.2014	
5	Zeitungsartikel	Diese Form der Info-Börse stieß teilweise auf Kritik. So sagte der Rotenburger Nabu-Vorsitzende Roland Meyer am Rande der Veranstaltung: „Ich hätte eigentlich einen Vortrag erwartet. Das ist nun aber eine Börse, wie wir sie schon hatten und bei der ich mir meine Informationen selbst zusammensuchen muss.“ Dies habe aber gut funktioniert, ergänzte Meyer nach der Veranstaltung. Die Mitarbeiter seien gut informiert und hilfsbereit gewesen. Ähnlich kritisch äußerte sich Visselhövedes Bürgermeister Ralf Goebel, der sich gemeinsam mit Dirk Eberle – ab November Bürgermeister der Samtgemeinde Bothel – informierte: „Ich bin etwas irritiert. Mit dieser Form hätte ich nicht gerechnet, sondern eher mit einem Vortrag.“	Rotenburger Rundschau 09.10.2014	
6	Zeitungsartikel	Die zahlreichen Karten über unterschiedliche Regionen auf im Raum verteilten Tischen dürften aber nicht dazu führen, so Goebel [Visselhövedes Bürgermeister], dass sich jeder mit sich und nur mit seiner Region beschäftigt. „Wir müssen uns alle zusammentun und dürfen am Ende nicht Pingpong spielen“, sagte er.	Rotenburger Rundschau 09.10.2014	
7	Zeitungsartikel	Die Karten sind nämlich fehlerhaft.“ Vahldiek zeigte daraufhin auf den ausgelegten Plänen, dass in seiner Heimat Wohngebiete, Siedlungen und Einzelgehöfte nicht eingezeichnet seien. Gleiches gelte auch für einen Windpark. „Die Tennet-Mitarbeiter bemühen sich hier, sind aber letztendlich hilflos, wenn ich ihnen sage, dass die Karten so nicht stimmen. Dann ist das Gespräch immer recht schnell beendet“, moniert der BI-Vorsitzende.	Rotenburger Rundschau 09.10.2014	
8	Zeitungsartikel	Dass Suedlink zu nah an Wohnbebauung vorbeiführen könnte, kritisieren auch Irma und Hartwig Fischer aus Rotenburg. Eine der Alternativen führt nämlich am Wohngebiet an der Brockeler Straße in Rotenburg vorbei. Dass sie das monieren, brachten die Eheleute zu Papier. „Ob das was bringt, möchte ich aber in Frage stellen“, so Hartwig Fischer	Rotenburger Rundschau 09.10.2014	
9	Zeitungsartikel	„Die Trasse ist nicht erforderlich, die Menschen im Süden wollen sie ja auch gar nicht“, so Irma Fischer [Bürger/in Rotenburg].	Rotenburger Rundschau 09.10.2014	
14	1	Zeitungsartikel	Der FDP-Kreisvorsitzende Hendrik Jürgens fordert einen sofortigen Planungsstopp für die Stromtrasse Suedlink. „Sie soll Strom von der Küste nach Bayern bringen. Wenn man das in Bayern, wie von Horst Seehofer behauptet, nicht will, gibt es keinen Grund, die Trassenplanung fortzusetzen. Tennet sollte sofort die Planungen stoppen“, so Jürgens.	Rotenburger Rundschau 14.10.2014
	2	Zeitungsartikel	Gerade im Landkreis Rotenburg werde der Sinn des Projekts mit vielen guten Argumenten angezweifelt.	Rotenburger Rundschau 14.10.2014
	3	Zeitungsartikel	„Soweit bayrische Unternehmen lieber günstigeren Strom aus regenerativen Energiequellen in Niedersachsen nutzen möchten, sind sie hier herzlich willkommen. Ein besseres Konjunkturprogramm gibt es nicht“, meint Jürgens [FDP-Kreisvorsitzender].	Rotenburger Rundschau 14.10.2014
15	1	Zeitungsartikel	Gegner formieren sich in Bürgerinitiativen. So auch in Volkensen und Nindorf, wo sich der Verein Pro Osteniederung Volkensen-Nindorf gegründet hat und dem sich innerhalb kürzester Zeit mehr als 50 Mitglieder angeschlossen haben.	Rotenburger Rundschau 31.10.2014
	2	Zeitungsartikel	„Da muss man sich einfach wehren“, verdeutlicht der Vorsitzende der Initiative, Reinhard Jacobsen. Daher wird der Bund aufgefordert, den Randbereich seines Truppenübungsplatzes Bergen-Hohne aus der militärischen Nutzung freizugeben und zur Verfügung zu stellen. „Auch die Bundesrepublik sollte ihren Teil zum Suedlink-Projekt beitragen. Es wird den Bürgern vor Ort schwer	Rotenburger Rundschau 31.10.2014

		vermittelbar sein, dass sie ihren Grundbesitz bereit stellen sollen, während der Bund eine große Fläche, die für die Trasse hervorragend geeignet wäre, nicht freistellt“, moniert der Verein.		
3	Zeitungsartikel	Durch die geplante Trasse werden „unwiderrufliche Zerstörungen“ der im Plangebiet befindlichen Naturschutz- und Landschaftsschutzreservate, Biotope und FFH-Gebiete befürchtet. Außerdem werde im Bereich Kuhmühlen, Volkensen und Groß Meckelsen das Naherholungsgebiet Osteniederung zerschnitten und der gesamte Tier- und Vogelbestand erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Und die Trassenführung verlaufe mitten durch das Wasserschutzgebiet Groß Meckelsen-Volkensen.	Rotenburger Rundschau 31.10.2014	
4	Zeitungsartikel	„Wir wollen sie nicht einfach von uns wegschieben und andere Gemeinden damit belasten. Unser Bestreben ist, gemeinsam für die wesentlich konfliktärmere Trassenvariante zu kämpfen“, beteuert Jacobsen.	Rotenburger Rundschau 31.10.2014	
5	Zeitungsartikel	Trotz der Infoveranstaltungen durch Tennet macht der Verein immer noch ein Informationsdefizit unter den Bürgern aus. Viele scheuten ein Aufbegehren. „Man kann ja eh’ nichts ausrichten“, heiße es.	Rotenburger Rundschau 31.10.2014	
6	Zeitungsartikel	Aus diesem Grund sind die Mitglieder [Verein Pro Osteniederung Volkensen-Nindorf] jeden Donnerstag ab 20 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus in Volkensen anzutreffen, um dort Mitbürger zu informieren. Jeder Interessierte kann vorbeikommen. Etliche Unterschriftenlisten wurden bereits ausgelegt und Protestschilder aufgestellt. Aktuelle Neuigkeiten werden via eigens gegründeter Whatsapp- und Facebook-Gruppe ausgetauscht.	Rotenburger Rundschau 31.10.2014	
16	1	Zeitungsartikel	Auch im Vierdener Gemeinderat wurde jetzt über das Thema diskutiert – im Beisein zahlreicher interessierter Zuhörer. Nicht ohne Grund: Nach den derzeitigen Planungen wäre die Gemeinde laut Bürgermeister Harald Schmitchen „total betroffen“, vor allem geht es um die Ortsteile Ippensen-Süd und Nüttel.	Rotenburger Rundschau 14.11.2014
	2	Zeitungsartikel	Er [Bürgermeister Vierdener Gemeinde] selber habe bereits beim Netzbetreiber Tennet schriftlich Bedenken geltend gemacht. Ein Grund ist seinen Worten zufolge ein geplanter Bürgerwindpark, der in der Gemarkung Ippensen östlich der K139 angedacht ist und von Grundstückseigentümern im dortigen Bereich gegründet werden soll.	Rotenburger Rundschau 14.11.2014
	3	Zeitungsartikel	Schmitchen [Bürgermeister Vierdener Gemeinde] teilte mit, dass jeweils Vertreter der betroffenen Kommunen sowie Samtgemeindebürgermeister Stefan Tiemann einen Termin beim Landkreis hätten, um gemeinsam eine Eingabe zu formulieren. Auch wolle er den CDU-Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann um Unterstützung bitten, dass sich dieser wie bereits andere Politiker für eine alternative Streckenführung entlang der Bundesstraße 3 und der Autobahn 7, eingebracht vom Verdener CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeldt, einsetzen möge. Diese Trasse könne wesentlich konfliktärmer erschlossen werden, weil sie durch weniger bewohnte Räume führe.	Rotenburger Rundschau 14.11.2014
	4	Zeitungsartikel	Allerdings müsste ein Randbereich des Truppenübungsplatzes der Bundeswehr südlich von Soltau genutzt werden. „Die Bundeswehr hat aber schon Zustimmung signalisiert“, wusste Schmitchen [Bürgermeister Vierdener Gemeinde] zu berichten.	Rotenburger Rundschau 14.11.2014
	5	Zeitungsartikel	Aus den Zuhörerreihen und auch vom Ratsherrn Johann Klindworth kam daraufhin der Hinweis, dass sich auch möglichst viele Bürger mit Einwendungen gegen die Suedlink-Trasse beteiligen sollten. „Wenn sich viele zusammentun und sachliche fundierte Gründe vorbringen, ist das sicher hilfreich“, so Klindworth.	Rotenburger Rundschau 14.11.2014
17	1	Zeitungsartikel	„Wir müssen immer wieder für Strukturprojekte wie Suedlink oder die Y-Trasse erhalten – wir verlangen daher verdammt noch mal die optimalste Lösung für uns.“ Bothels Samtgemeindebürgermeister Dirk Eberle wählte während einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Suedlink klare Worte, ebenso Rotenburgs Bürgermeister Andreas Weber, der die Vorgehensweise des Netzbetreibers als „Pseudoverfahren“ brandmarkte, da der Trassenverlauf sich seit der ersten Planung nicht großartig verändert habe.	Rotenburger Rundschau 12.12.2014
	2	Zeitungsartikel	Ansonsten lieferte die Veranstaltung vor allem eine Erkenntnis: Das Thema trifft nach wie vor bei betroffenen Anwohnern einen Nerv.	Rotenburger

		Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil hatte Vertreter des Trassenbetreibers Tennet und der Bundesnetzagentur sowie Aktivisten der Bürgerinitiativen zum Dialog geladen und gut 50 Zuhörer waren diesem Angebot gefolgt. „Es gibt durchaus noch Streitbedarf“, diagnostizierte Klingbeil zu Beginn. „Und wir sollten darüber reden, wie es weiter geht.“	Rundschau 12.12.2014	
3	Zeitungsartikel	Nach den Angaben der Tennet-Delegation hatten bis Oktober rund 6.000 Besucher die 22 Infomärkte entlang des Trassenkorridors besucht, und was Alternativvorschläge zum Verlauf angeht, sei allein rund ein Drittel davon von Bürgern aus Niedersachsen gekommen.	Rotenburger Rundschau 12.12.2014	
4	Zeitungsartikel	95 prüfbare Alternativen seien an Tennet herangetragen worden, so Gramatte. „Drei davon sind sogar besser als der ursprüngliche Trassenkorridor.“	Rotenburger Rundschau 12.12.2014	
5	Zeitungsartikel	Die Vertreter der Kommunen und der Bürgerinitiativen beschäftigte die Sammelleidenschaft der Behörden jedoch weniger. Ihr Interesse lag mehr bei der ihrer Sicht nach bedrohten Lebensqualität im Schatten der Hochspannungsleitung.	Rotenburger Rundschau 12.12.2014	
6	Zeitungsartikel	„Dafür, dass das Audi-Werk in Bayern Energie bekommt, können wir es uns nicht leisten, unsere Landschaft mit so einer Monstertrasse zu verschandeln“, bemerkte ein Mitglied von der Walsroder SPD-Stadtratsfraktion und plädierte daher für diese alternative Methode [Erdverkabelung].	Rotenburger Rundschau 12.12.2014	
7	Zeitungsartikel	„Erdverkabelung ist kein Allheilmittel“, entgegnete Serong. „Wenn wir das in einem Waldgebiet machen, schlagen wir auf jeden Fall eine Schneise.“ Ähnlich sah es auch Klingbeil: „Sie brauchen sich nicht vorstellen, dass man Erdverkabelung nicht sieht“, so der Abgeordnete.	Rotenburger Rundschau 12.12.2014	
8	Zeitungsartikel	Die Arbeit der Bürgerinitiativen geht damit weiter, denn „wir stehen erst am Anfang“, sagte Klingbeil.	Rotenburger Rundschau 12.12.2014	
18	1	Zeitungsartikel	Dabei wurde die sogenannte „Hamelner Erklärung“ verabschiedet. Vertreter aus zehn Landkreisen halten in ihr sieben Punkte fest. Darunter erklären sie; dass sie die Notwendigkeit der Energiewende anerkennen aber auch, dass die Lasten dafür gemeinsam getragen werden müssten. Außerdem verlangen sie, dass die Träger öffentlicher Belange intensiv zu beteiligen sind.	Rotenburger Rundschau 19.12.2014
19	1	Zeitungsartikel	„Das ist der Moment, in dem wir sagen: Der Schritt, den wir uns alle gewünscht haben, ist erreicht“, kommentierte Rotenburgs Bürgermeister Andreas Weber die Ankündigung des Stromnetzbetreibers Tennet, die „SuedLink“-Trasse neu zu planen – als Erdverkabelung.	Rotenburger Rundschau 31.07.2015
	2	Zeitungsartikel	Allerdings, so betonte das Stadtoberhaupt, könne von Erleichterung gesprochen werden, nicht jedoch von Entspannung.	Rotenburger Rundschau 31.07.2015
	3	Zeitungsartikel	„Das zeigt, wie viel sich auch als Bürgerinitiative und als Kommunalpolitiker bewegen lässt“, so Weber	Rotenburger Rundschau 31.07.2015
	4	Zeitungsartikel	Tennet selbst erklärte in einer Meldung an die Presse, der Erdkabel-Vorrang bedeute, dass die Planung möglicher Trassenkorridore neu aufgesetzt werden müsse. Gleichwohl setzt das Unternehmen darauf, „dass Politik und Genehmigungsbehörde die richtigen Rahmenbedingungen für die Planungen schaffen“.	Rotenburger Rundschau 31.07.2015
	5	Zeitungsartikel	„Tennet muss den Neustart bei der Planung des Verlaufs nutzen, um die berechtigten Anliegen der betroffenen Anwohner mit der umfangreichen Erdverkabelung viel stärker als bisher zu berücksichtigen“, formulierte auch Reinhard Grindel seine Erwartung an den	Rotenburger Rundschau

		Bauherren der Stromtrasse.	31.07.2015	
6	Zeitungsartikel	„Der neue Vorrang von Erdkabel für die Stromleitung Suedlink macht diesen Schritt unumgänglich. Das stärkt die Akzeptanz des Projektes vor Ort, schließlich werde damit auch eine der wichtigsten Forderungen aus dem Landkreis Rotenburg erfüllt“, bemerkte auch der FDP-Landtagsabgeordnete Jan-Christoph Oetjen zu dem Richtungswechsel in der „SuedLink“-Debatte in einem Schreiben an die Presse. Er forderte demnach für diese Neuplanung ein transparentes Vorgehen. „Insbesondere die zu Grunde liegenden Planungskriterien müssen frühzeitig offen gelegt und in den betroffenen Regionen diskutiert werden“, mahnte er.	Rotenburger Rundschau 31.07.2015	
7	Zeitungsartikel	Dennoch gibt sich die Bürgerinitiative [Waffensen lässt sich nicht SuedLinken] kompromissbereit. „Wir waren Totalverweigerer der Trasse“, so Lossau. „Nun ist allerdings die Notwendigkeit der Trasse bestätigt, und wir müssen uns damit abfinden. Und wenn Tennet nachweisen kann, dass ein Verlauf hier am günstigsten ist, dann ist das so. Wir sind aber glücklich, dass sie nun in die Erde kommt. Gerade hier, wo wir zudem über Fracking und Krebsraten diskutieren.“	Rotenburger Rundschau 31.07.2015	
8	Zeitungsartikel	Allerdings: Im Bereich der Erdleitung müssen dennoch Eingriffe in die Landschaft vorgenommen werden – darunter die Rodung von Wäldern, durch die die Trasse verläuft, um den Korridor zu schaffen. „Immerhin sprechen wir über Entscheidungen, die dann, wenn sie getroffen sind, bestimmt 100 Jahre so stehen, wenn wir die Gegend mit Masten zupflastern“, so Lossau.	Rotenburger Rundschau 31.07.2015	
9	Zeitungsartikel	„Jetzt geht es nicht darum, Zeit zu schinden, sondern um sachgerechte Fragen. Wir erleben ja, was sich verändert und wie die Politik darauf reagiert. Es lohnt sich also, sich einzubringen“, so Weber [Vorstand BI] . „Wir bleiben aufmerksam.“	Rotenburger Rundschau 31.07.2015	
20	1	Zeitungsartikel	„Die Erdkabelverbindung ist der Wunsch der Bürger, für den die Politik den Weg frei gemacht hat“, sagt Lex Hartman von der Tennet-Geschäftsführung laut einer Pressemitteilung des Unternehmens.	Rotenburger Rundschau 28.09.2016
	2	Zeitungsartikel	Seine CDU-Kollegin Katrin Rösel ist einerseits froh, dass es keinen oberirdischen Trassenverlauf gibt, „allerdings bringt die Erdverkabelung andere Beeinträchtigungen mit sich, die offen angesprochen werden müssen“. Das reiche von einem Verbot der oberirdischen Bebauung auf der 25 Meter breiten Trasse bis hin zu Beeinträchtigungen von landwirtschaftlicher Nutzung und Auswirkungen auf die Umwelt.	Rotenburger Rundschau 28.09.2016
	3	Zeitungsartikel	„Ich erwarte von Tennet, dass es nun darum geht, den besten Trassenverlauf zu finden“, betont Klingbeil. „Dabei müssen auch offene Fragen zur Erdverkabelung und zu den Entschädigungszahlungen für Landwirte geklärt werden. Das wurde mir zugesagt. Darauf werde ich in den kommenden Wochen sehr genau achten.“	Rotenburger Rundschau 28.09.2016
	4	Zeitungsartikel	Betroffene Bürger müssten beteiligte Bürger werden, forderte auch Rösel.	Rotenburger Rundschau 28.09.2016
	5	Zeitungsartikel	„Klar ist, dass der im Norden produzierte Strom zu den Abnehmern in den Süden transportiert werden muss. Anders ist die geplante Energiewende nicht zu schaffen.“	Rotenburger Rundschau 28.09.2016
	6	Zeitungsartikel	Besonders die Landwirtschaft sowie Naturschutzverbände müssten eng in den Planungsprozess eingebunden werden. „Der Landkreis wird das neue Verfahren kritisch begleiten“, kündigt auch Landrat Hermann Luttmann an.	Rotenburger Rundschau 28.09.2016
	7	Zeitungsartikel	„Wir sind jetzt im zweiten Durchlauf, und ich halte nichts davon, das ganze gleich abzulehnen. Erst einmal müssen wir uns das anschauen“, so Luttmann. „Schließlich wollten wir ja die Energiewende.“	Rotenburger Rundschau 28.09.2016

21	1	Zeitungsartikel	„Es wird nirgendwo eine Freileitung geben, selbst an Stellen, an denen wir die Suedlink-Trasse mit einer bestehenden Leitung kombinieren könnten“, betonte Hartman. Ausnahme: „Wenn tatsächlich eine Kommune oder ein Land explizit Freileitungen wünscht und entsprechende politisch Beschlüsse fasst.“	Rotenburger Rundschau 05.10.2016
	2	Zeitungsartikel	Ursprünglich waren drei Milliarden Euro für den Bau der Stromverbindung von Nord nach Süd vorgesehen. Das war allerdings noch zu Zeiten, als Tennet Suedlink als Freileitung plante. Jetzt rechnet das Unternehmen mit zehn Milliarden Euro, die für eine Erdverkabelung nötig sind. „Das ist ein Riesenunterschied“, so Hartman [Tennet-Geschäftsführer].	Rotenburger Rundschau 05.10.2016
	3	Zeitungsartikel	Dennoch ist der Kostenunterschied von sieben Milliarden Euro für ihn kein Grund, zurückzuweichen: Das seien keine Kosten, sondern Investitionen, die man im Laufe von 40 Jahren abschreiben werde. Er ist sich sicher: „Das wird sich am Ende rechnen.“ Auch Kostensteigerungen für den Stromkunden blieben überschaubar, so der Tennet-Geschäftsführer.	Rotenburger Rundschau 05.10.2016
	4	Zeitungsartikel	„Landwirte, über deren Flächen die Trasse führt, bekommen für die Zeit, die sie die Bereiche nicht nutzen können, eine Entschädigung“, so Hartman [Tennet-Geschäftsführer]. Natürlich könnten sich Grundbesitzer weigern, den Bautrupps Zutritt zu gewähren. „Aber es gelingt uns eigentlich immer, da eine Einigung zu erzielen.“	Rotenburger Rundschau 05.10.2016
	5	Zeitungsartikel	Es sei nunmal keine einfache Diskussion, daher wolle man sich mit der Leitung so weit wie möglich von der Wohnbebauung fernhalten. „Es gibt keine gesetzliche Regelung, aber wir planen mit 400 Metern“, so Hartman. „Uns geht es dabei immer um Akzeptanz und daher setzen wir auf Transparenz.“	Rotenburger Rundschau 05.10.2016
22	1	Zeitungsartikel	„Die Bürger sind sehr interessiert und dazu sehr konstruktiv“, erklärte Michael Roth vom Suedlink-Projektteam. „Und wir bekommen von ihnen wertvolle Hinweise.“	Rotenburger Rundschau 11.11.2016
	2	Zeitungsartikel	„Die Wahrscheinlichkeit, dass die Trasse durch den Landkreis Rotenburg führt, ist groß“, bemerkte allerdings Landrat Hermann Luttmann. „Nicht jeder wird mit dem Verlauf zufrieden sein, aber wir sollten nicht nach dem St.-Florians-Prinzip gehen.“ Er rief die Bürger dazu auf, sich an dem Verfahren auch weiterhin zu beteiligen.	Rotenburger Rundschau 11.11.2016
	3	Zeitungsartikel	Am Donnerstag waren es etwa 130 Bürger, die die Möglichkeit nutzten, sich im direkten Gespräch mit dem Suedlink-Team auszutauschen und sich beim Vortrag zu informieren. Unter anderem erkundigten sie sich nach der Entschädigung für die Grundstückseigentümer, auf deren Besitz die Trasse verläuft. Es soll eine einmalige Zahlung geben, so Roth. Bei landwirtschaftlichen Nutzflächen dienen Ertragseinbußen durch die Baumaßnahmen als Berechnungsgrundlage. „Wir suchen nach fairen Lösungen“, so Roth.	Rotenburger Rundschau 11.11.2016
23	1	Zeitungsartikel	Aus seiner Sicht ist der Landkreis von dem Vorschlagskorridor nicht nur am Rande betroffen. Der Korridor verläuft auf einer Länge von 53 Kilometern durch das Kreisgebiet. Er quert das Naturschutzgebiet Beverniederung und die FFH-Gebiete der Oste und der Wümme. Zudem dürfte zu prüfen sein, ob das im Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms vorgesehene Vorranggebiet für Windenergieanlagen südöstlich von Ostervesede verkleinert werden muss, da der Vorschlagskorridor für den Suedlink die Hälfte des Vorranggebietes beansprucht.	Rotenburger Rundschau 10.03.2017
	2	Zeitungsartikel	Trotzdem hätte es nach Auffassung von Luttmann „schlimmer kommen können“. Im Gegensatz zu den weiteren Korridoralternativen sei der Vorschlagskorridor möglicherweise die raumverträglichste Lösung: „Wir müssen abwarten, welche Trasse die Bundesnetzagentur am Ende genehmigt. Noch gibt es zwei weitere Varianten, die mehr Ortschaften betreffen würden. Auch muss es weitere Gespräche mit betroffenen Landwirten geben, damit wirtschaftliche Nachteile ausgeglichen werden.“	Rotenburger Rundschau 10.03.2017
24	1	Zeitungsartikel	Bürgermeisterin Käthe Dittmer-Scheele verkündete noch, dass es weitere Gespräche zum Thema Suedlink gegeben habe. „Wir konnten unsere Bedenken noch einmal persönlich vorbringen“, erklärt sie. Dennoch scheine es unausweichlich, dass Scheeßel bei der geplanten Stromtrasse eine Rolle spielen wird.	Rotenburger Rundschau 11.08.2017
25	1	Zeitungsartikel	Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil nach Visselhövede hatte zum Thema Suedlink diverse Interessensparteien zu einer	Rotenburger

			Art Runden Tisch eingeladen, und gleich aus mehreren Landkreisen kamen die Chefs des Landvolkes und einige Bürgermeister, wie Ralf Goebel oder Meike Moog-Steffens (SPD) – vornehmlich aus den Gebieten der Vorrangtrasse östlich vom Kreis Rotenburg.	Rundschau 29.05.2018
	2	Zeitungsartikel	Derzeitiger Stand sei, dass eine vier Gigawattleitung mit 525 Kilovolt Spannung verlegt werden solle, die auch gesichert 40 Jahre hält, da weniger Kabelstränge nötig seien. Dadurch würde die Trasse mit 18 Metern und vier Kabeln auch schmaler werden, so Hartman. Das stieß bei den anwesenden Landwirten natürlich auf Zustimmung.	Rotenburger Rundschau 29.05.2018
	3	Zeitungsartikel	Ziel sei, 2025 mit der Stromautobahn fertig zu sein, wobei jede Verzögerung den Stromkunden teuer zu stehen kommen würde. „Schon jetzt wird Strom im Wert von einer Milliarde Euro jährlich nicht genutzt, da die Leitung in den Süden fehlt“, so der Niederländer Hartman.	Rotenburger Rundschau 29.05.2018
	4	Zeitungsartikel	Diese Gegebenheit stellten auch die anwesenden Vertreter der Landwirtschaft in den Vordergrund, da sie vehement wiederkehrende Zahlungen für die Nutzung ihres Grund und Bodens forderten. „Die Landwirtschaft muss den schwarzen Peter für die Akzeptanz der Leitung in der Gesellschaft schlucken, wodurch eine Minderheit erhalten soll. Deswegen fordern wir eine jährliche Vergütung, wenn unsere Flächen dauerhaft genutzt werden“, sagte Kreislandwirt und Landesvize Jörn Ehlers.	Rotenburger Rundschau 29.05.2018
	5	Zeitungsartikel	Die Akzeptanz für das Projekt sei bei wiederkehrenden Zahlungen auf Seiten der Bauernschaft viel größer. „Alleine vier Monate Bauzeitverzögerung würde das kosten, was den einmaligen Entschädigungen entspräche“, so Ehlers weiter.	Rotenburger Rundschau 29.05.2018
	6	Zeitungsartikel	„Schließlich wollen Sie ja auch bei uns ins Grundbuch. Wir wollen nicht, dass die Bauern sich vor die Bagger werfen. Die Landwirtschaft ist nicht generell gegen Infrastrukturmaßnahmen“, wurde Oestmann deutlich. Der festverzinsliche Gewinn, den die Firma Tennet vom Bund erhalte, solle aber nicht auf die Kosten der Landwirte gehen, so Oestmann.	Rotenburger Rundschau 29.05.2018
	7	Zeitungsartikel	„Persönlich bin ich für eine großzügige einmalige Entschädigung, weil mehrfache Zahlungen den Aufbau einer großen Organisation bei uns im Hause bedeuten würde“, sagte Hartman. „Wenn wiederkehrende Zahlungen von der Politik festgelegt werden, müssen wir das akzeptieren. Aber eigentlich ist es uns egal, ob einfach oder mehrfach gezahlt wird.“	Rotenburger Rundschau 29.05.2018
26	1	Zeitungsartikel	Rund 20 Interessierte waren der Einladung [Dialog vom Landvolk Kreisverband Rotenburg-Verden] gefolgt, darunter hauptsächlich Landwirte aus der näheren Umgebung, zudem CDU-Landtagsmitglied Eike Holsten als einziger Vertreter der Politik.	Rotenburger Rundschau 27.11.2018
	2	Zeitungsartikel	Seit einigen Jahren gibt es darüber Diskussionen. Zunächst als Überlandleitung geplant, gab es dafür von Seiten der Bevölkerung heftigen Gegenwind. Nun plant Betreiber Tennet eine Erdverkabelung, wodurch die Einschnitte für die Landwirte größer sind, wie der stellvertretende Vorsitzende des Landvolks Rotenburg, der Sotheler Landwirt Hilmer Vajen, bei seiner Begrüßung verkündet.	Rotenburger Rundschau 27.11.2018
	3	Zeitungsartikel	„Das merkt man jahrelang, das ist nicht nur einmal aufbuddeln“, erläutert Vajen. Dem schließen sich zwei weitere Landwirte aus Sothel an: „Wir fahren uns leichter fest. Das ist wie ein großer Graben, der das Wasser von den umliegenden Flächen ranzieht“, beschreiben sie.	Rotenburger Rundschau 27.11.2018
	4	Zeitungsartikel	Aber, betont Vajen, das Landvolk sei nicht grundsätzlich gegen den Bau der Trasse. „Viele Landwirte profitieren von der Energiewende – wir möchten nur angemessen entschädigt werden“, sagt er und kommt damit zu einer der Kernforderungen: Statt mit einer Einmalzahlung abgespeist zu werden, bestehen die Landwirte auf dauerhaften Zahlungen. „Es dauert Jahrzehnte, bis Strukturschäden im Boden beseitigt sind – wenn überhaupt“, so Vajen.	Rotenburger Rundschau 27.11.2018
	5	Zeitungsartikel	Zu weiteren Forderungen zählen der Schutz vorhandener landwirtschaftlicher Infrastrukturen, ebenso der Ent- und Bewässerungssysteme. Auch land- und forstwirtschaftliche Flächen sollen bei der Planung und Umsetzung bis zur Rekultivierung geschützt werden, die vorherige Nutzung muss gewährleistet bleiben.	Rotenburger Rundschau 27.11.2018
	6	Zeitungsartikel	„Wir brauchen auch noch Boden, der uns ernährt. Wenn wir uns diesem einmal mehr berauben, indem wir große Flächen für die	Rotenburger

			Trasse verwenden, ist es eine berechnigte Forderung, die Ausgleichsmaßnahmen anders zu wählen als wieder in Land.“	Rundschau 27.11.2018
27	1	Zeitungsartikel	Der Landkreis Rotenburg ist nun doch besonders von der Suedlink-Trasse betroffen. Wird es dauerhafte Entschädigungen für die Eigentümer geben? Weil: Nein, wiederkehrende Zahlungen sind derzeit nicht vorgesehen. Es wird aber eine angemessene Entschädigung für die Grundstückseigentümer geben. Geplant ist zudem, diese Summen moderat anzuheben und einen Beschleunigungszuschlag zu gewähren. Wenn wir in Deutschland die Energiewende voranbringen wollen, müssen wir auch die nötige Infrastruktur dafür schaffen – und uns um öffentliche Akzeptanz bemühen. Bei einer Nord-Süd-Verbindung mit Start in Schleswig-Holstein muss unser Niedersachsen mit höchster Wahrscheinlichkeit eben auch durchquert werden, insofern führt kein Weg an diesem Vorhaben vorbei. Mit der Erdverkabelung können wir die Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Landschaft jedoch deutlich reduzieren.	Rotenburger Rundschau 05.03.2019
28	1	Zeitungsartikel	Wir müssen dabei zwei Aspekte im Fokus haben“, betonte Bürgermeister Ralf Goebel. „Zum einen: Finden wir in diesem Korridor Kriterien, die wieder zu einer Verschiebung der Priorisierung führen? Und zum anderen ist es wichtig, dass wir dabei immer mit den Nachbarkommunen an einem Strang ziehen.“	Rotenburger Rundschau 19.03.2019
	2	Zeitungsartikel	Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Belange, auch große Eingriffe in die Natur sehen die Beteiligten mit Sorge: „Für die Erdverkabelung müssen die Flüsse Vissel, Rodau und Wiedau großflächig unterbohrt werden, die Leitung führt unter ganzen Naturschutzgebieten entlang“, so Köhnken.	Rotenburger Rundschau 19.03.2019
29	1	Zeitungsartikel	So wollte der Vizepräsident des Landvolks Jörn Ehlers wissen, warum die für die Suedlink-Trasse zuständige holländische Firma Tennet mit der garantierten Kapitalverzinsung von rund sechs Prozent besser gestellt werde als die Landwirte, die laut Ehlers nur 0,5 Prozent für ihre Flächen bekommen. „Die wiederkehrenden Zahlungen wird es nicht geben. Die sind durch“, erklärte Klingbeil. Allerdings solle es in einigen Jahrzehnten Nachverhandlungen geben. Für die anwesenden Landwirte ernüchternd, da sie den Eingriff in ihr Eigentum als groß genug einschätzen, um regelmäßig für die Nutzung ihres Eigentums entschädigt zu werden.	Rotenburger Rundschau 04.05.2019
30	1	Zeitungsartikel	Dass es vom Bekanntwerden erster Pläne bis etwa März diesen Jahres gedauert hat, bis sich jemand gegen den Trassenbau aufbäumt, dafür gebe es verschiedene Gründe, vermutet Franke. Einer davon sei die Verwechslung des Freileitungsbogens mit dem Projekt Suedlink, ebenfalls von Netzbetreiber Tennet betreut.	Rotenburger Rundschau 11.10.2019

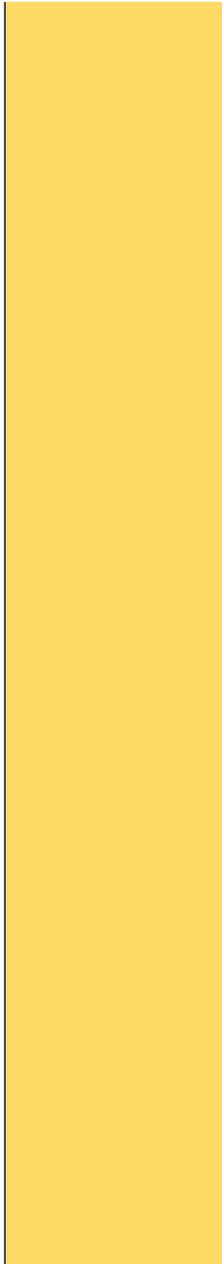
Anhang B1: Einsortierung der Textpassagen in die Dimension soziale Beziehungen

Dimension	Bereich	Faktor	Textpassage
1. Soziale Beziehungen	1.1 Soziale Netze	1.1.1 Textpassage dazu, dass Gemeinden/ Landkreise miteinander arbeiten, um ihre Interessen zu schützen.	Wie Bürgermeister Detlef Eichinger im Beisein der Ortsbürgermeister erklärte, haben sowohl die Orte Unterstedt und Mulmshorn als auch Waffensen einstimmig einen entsprechenden Resolutionstext verabschiedet – in Waffensen und Mulmshorn mit jeweils einer Enthaltung. „Und der Borcheler Ortsvorsteher Hans Worthmann hat schon bestätigt, dass sich der Ort anschließen wird. Somit haben wir den Schulterchluss und beraten darüber nun im Juni-Stadtrat. Ich gehe davon aus, dass wir auch dort ein einstimmiges Ergebnis erreichen“, sagte Eichinger.
			„Die Debatte über die Planungsalternativen zur Suedlink-Trasse muss jetzt sachlich über die Grenzen der Landkreise hinweg geführt werden und darf sich nicht zu einem Jeder-gegen-Jeden entwickeln. Ich habe deshalb die beiden Landräte Hermann Luttmann aus Rotenburg und Manfred Ostermann aus dem Heidekreis zu einem gemeinsamen Gespräch über das weitere Vorgehen eingeladen“, erklärt Grindel.
			Die zahlreichen Karten über unterschiedliche Regionen auf im Raum verteilten Tischen dürften aber nicht dazu führen, so Goebel [Visselhövedes Bürgermeister], dass sich jeder mit sich und nur mit seiner Region beschäftigt. „Wir müssen uns alle zusammentun und dürfen am Ende nicht Pingpong spielen“, sagte er.
			Schmitthen [Bürgermeister Vierdener Gemeinde] teilte mit, dass jeweils Vertreter der betroffenen Kommunen sowie Samtgemeindebürgermeister Stefan Tiemann einen Termin beim Landkreis hätten, um gemeinsam eine Eingabe zu formulieren. Auch wolle er den CDU-Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann um Unterstützung bitten, dass sich dieser wie bereits andere Politiker für eine alternative Streckenführung entlang der Bundesstraße 3 und der Autobahn 7, eingebracht vom Verdener CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeldt, einsetzen möge. Diese Trasse könne wesentlich konfliktärmer erschlossen werden, weil sie durch weniger bewohnte Räume führe.
			Dabei wurde die sogenannte „Hamelner Erklärung“ verabschiedet. Vertreter aus zehn Landkreisen halten in ihr sieben Punkte fest. Darunter erklären sie; dass sie die Notwendigkeit der Energiewende anerkennen aber auch, dass die Lasten dafür gemeinsam getragen werden müssten. Außerdem verlangen sie, dass die Träger öffentlicher Belange intensiv zu beteiligen sind.
			Wir müssen dabei zwei Aspekte im Fokus haben“, betonte Bürgermeister Ralf Goebel. „Zum einen: Finden wir in diesem Korridor Kriterien, die wieder zu einer Verschiebung der Priorisierung führen? Und zum anderen ist es wichtig, dass wir dabei immer mit den Nachbarkommunen an einem Strang ziehen.“
		1.1.2 Textpassage, die aussagt, dass Gruppen/Institutionen miteinander kommunizieren	Allerdings müsste ein Randbereich des Truppenübungsplatzes der Bundeswehr südlich von Soltau genutzt werden. „Die Bundeswehr hat aber schon Zustimmung signalisiert“, wusste Schmitthen [Bürgermeister Vierdener Gemeinde] zu berichten.
			Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil nach Visselhövede hatte zum Thema Suedlink diverse Interessensparteien zu einer Art Runden Tisch eingeladen, und gleich aus mehreren Landkreisen kamen die Chefs des Landvolkes und einige Bürgermeister, wie Ralf Goebel oder Meike Moog-Steffens (SPD) – vornehmlich aus den Gebieten der Vorrangtrasse östlich vom Kreis Rotenburg.
		1.1.3 Textpassage dazu, dass Gemeinden nicht miteinander arbeiten.	Während der jüngsten Ratssitzung beschlossen die Mitglieder, dass sich Scheeßel nicht an der Resolution der Waffensener Initiative gegen die Suedlink-Trasse anschließen wird. Hermann Hilken (CDU) meinte, dass die Kompetenz fehle, zu entscheiden, ob die Trasse notwendig ist. Lieber wolle er eine eigene Resolution einreichen.
			Widerstand aus Visselhövede verspricht auch der dortige Bürgermeister Ralf Goebel: „Die ursprüngliche Trasse

		tangierte uns zum Glück nicht. Wenn sich zeigt, dass wir unmittelbar betroffen sind, werden sich Bürger formieren. In Rotenburg ist das ja auch schon der Fall.“
	1.1.5 Textpassage, die aussagt, dass sich Bürger gruppieren, um ihre Interessen zu schützen	Gegner formieren sich in Bürgerinitiativen. So auch in Volkensen und Nindorf, wo sich der Verein Pro Osteniederung Volkensen-Nindorf gegründet hat und dem sich innerhalb kürzester Zeit mehr als 50 Mitglieder angeschlossen haben.
		Die Arbeit der Bürgerinitiativen geht damit weiter, denn „wir stehen erst am Anfang“, sagte Klingbeil.
	1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	
1.3 Akzeptanz von Diversität		

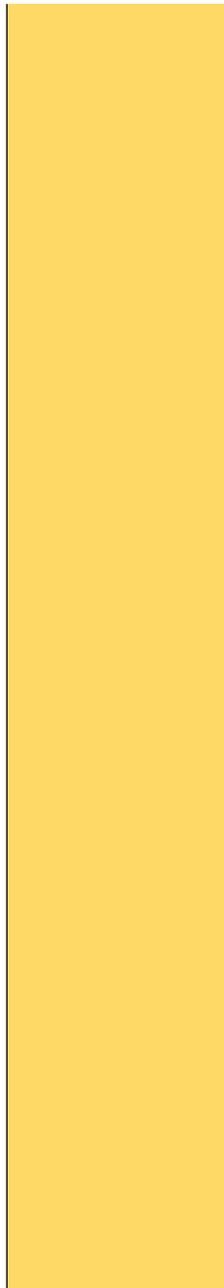
Anhang B2: Einsortierung der Textpassagen in die Dimension Verbundenheit

			Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Belange, auch große Eingriffe in die Natur sehen die Beteiligten mit Sorge: „Für die Erdverkabelung müssen die Flüsse Vissel, Rodau und Wiedau großflächig unterbohrt werden, die Leitung führt unter ganzen Naturschutzgebieten entlang“, so Köhnken.
	2.2 Vertrauen in Institutionen	2.2.1 Textpassage, die aussagt, dass (durch eine ungenügende Informationslage) Skepsis gegenüber dem Projekt vorliegt.	In der Zwischenzeit jedoch stellen sich vielerlei Fragen: - Soll nur Wind-Strom mit Sued-Link transportiert werden? - Wenn ja – mit welcher Auslastung wird die Trasse dann betrieben? - Wenn nein – soll dann auch Strom aus Kohlekraftwerken transportiert werden? - Gibt es ausschließlich die Strom-Fließrichtung Nord-Süd oder auch umgekehrt? - Warum soll ausgerechnet im frackreichsten Erdgasförderbereich solch eine Leitung erbaut werden? Birgt dieses nicht noch zusätzliche Risiken? - Wie viel Mehrkosten würde eine Verlegung unter der Erde mit sich bringen? - Wie hoch schlagen diese Mehrkosten bei einer bundesweiten Umlage und einer Abschreibungsdauer von 40 bis 50 Jahren laut Stromnetzentgeltverordnung auf die Netznutzungsentgelte zu Buche? - Sind Alternativtrassen hinreichend untersucht und geprüft worden? - Wenn ja, aus welchem Grund wurden die Alternativtrassen verworfen?
			Lossau [BI-Vorsitz] plädiert für die Ehrlichkeit, zuzugeben, dass Deutschland weiterhin einen gewissen Anteil an konventionell erzeugter Energie brauche. Schließlich könne Windkraft Atomenergie nicht vollständig ersetzen, schließlich wehe der Wind mal stark, mal schwach und dann auch manchmal gar nicht.
			„Wir bauen die Bioenergie aus, dennoch steigt der CO2-Ausstoß in Deutschland weiter an. Suedlink soll also unter dem Deckmantel der Energiewende gebaut werden – eigentlich aber nur, damit beispielsweise Kohlekraftwerke weiter am Netz bleiben können, wenn künftig die Sonne scheint und Wind bläst“, sagt Lossau [BI-Vorsitz].
	2.2.2 Textpassage dazu, dass die Politik nicht als Experten angesehen werden.	Viele Experten sehen in diesem Zusammenhang den Netzentwicklungsplan als überdimensioniert an. In ganz Deutschland gibt es tagelange Windflauten, die nicht durch Speicher überbrückt werden können. Dann brauchen wir in Deutschland immer noch einen konventionellen Kraftwerkspark, der immer bereit steht, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Das ist nun mal Physik und auch politisch nicht beeinflussbar, so schön es auch wäre. Die Politik muss sich konkret hiermit auseinandersetzen, anstatt Deutschland mit unnötigen Stromtrassen zu überziehen. Das ist Aktionismus pur.	
		Beziehungsweise wird die Stromtrasse nicht so gebraucht, wie es von der Politik immer vorgegeben wird, ist Lossaus [BI-Vorsitz] Überzeugung. Denn Suedlink soll auch konventionellen Strom aus Atomkraft und Kohle nach Bayern transportieren.	
	2.2.3 Textpassage, die aussagt, dass das Projekt in seiner Dimensionierung nicht benötigt wird.	Auf der Tennen-Veranstaltung in Hassendorf hat die Bundesnetzagentur bestätigt, dass bei Windflauten auch Kohlestrom über Suedlink transportiert wird. - Statt gigantische Trassen durch das ganze Land zu bauen, die unausgelastet Flatterstrom übertragen, sollte man auf eine dezentrale Stromerzeugung vor Ort setzen. Hier ist ein Mix aus Wind-, Sonne-, Biogas- und Kraft-Wärme-Kopplung- beziehungsweise Wärme-Kraft-Kopplung-Anlagen sinnvoll. Der leider un stetige Wind- und Sonnenstrom wird durch die ständig verfügbare Kraft-Wärme-Kopplung (zum Beispiel Blockheizkraftwerke) ausgeglichen und gleich vor Ort verbraucht. Die Möglichkeiten und den Einsatz von Blockheizkraftwerken oder Gaskraftwerken im Rahmen einer dezentralen Versorgung hat die Bundesnetzagentur offenbar vollkommen verkannt.	
Die Suedlink-Trasse wird gerne als Hauptschlagader der Energiewende bezeichnet, weil sie Windstrom aus dem Norden in den Süden transportieren und somit den Kernkraftstrom ersetzen soll. Da jedoch der Wind an der Küste auch nur un stetig weht, wird die Leitung nur zu maximal 25 Prozent ausgelastet sein und nur unregelmäßigen, zeitlich nicht planbaren Windstrom beziehungsweise Flatterstrom übertragen.			



	<p>Die über Suedlink übertragbare Windstrommenge reicht daher bei Weitem nicht aus, um den Kernkraftstrom vollständig zu ersetzen.</p>
	<p>Drastische Worte nahm während des Pressegesprächs Waffensens Ortsbürgermeister Hartmut Leefers in den Mund: „Dass Suedlink für den Transport von Windenergie gebraucht wird ist Verarschung der Bürger. Damit soll nur Akzeptanz geschaffen werden.“</p>
	<p>Der Stimme enthalten wollte sich Angelika Dorsch (SPD). Sie sei davon überzeugt, dass die Suedlink-Trasse nicht grundsätzlich nötig ist. Eine Erdverkabelung bringe große Umweltschäden mit sich.</p>
	<p>Die ist für den kleinen Ort nahe Rotenburg eigentlich positiv. Laut den ursprünglichen Planungen würde Suedlink direkt an Waffensen vorbeiführen, nun gibt es Alternativen. Dennoch sagt Lossau [BI-Vorsitz] : „Wir sind generell gegen die Trassenerweiterung. Wir sehen die Erforderlichkeit für Suedlink nicht.“</p>
	<p>Wir sind hier nämlich keine Verfechter des St.-Florian-Prinzips. Wenn man uns glaubwürdig versichern könnte, dass Suedlink wirklich gebraucht wird, würden wir sagen: Baut die Trasse hier, verlegt sie aber unter die Erde.“ Aber Suedlink werde nicht gebraucht, so Lossau.</p>
	<p>Er [BI-Vorsitz] macht sich daher für einen Rückbau von Kohle- und Atomkraftwerken sowie einen Aufbau intelligenter Stromnetze stark, sodass Suedlink nicht gebraucht wird.</p>
	<p>„Die Trasse ist nicht erforderlich, die Menschen im Süden wollen sie ja auch gar nicht“, so Irma Fischer [Bürger/in Rotenburg].</p>
	<p>Der FDP-Kreisvorsitzende Hendrik Jürgens fordert einen sofortigen Planungsstopp für die Stromtrasse Suedlink. „Sie soll Strom von der Küste nach Bayern bringen. Wenn man das in Bayern, wie von Horst Seehofer behauptet, nicht will, gibt es keinen Grund, die Trassenplanung fortzusetzen. Tennet sollte sofort die Planungen stoppen“, so Jürgens.</p>
	<p>Gerade im Landkreis Rotenburg werde der Sinn des Projekts mit vielen guten Argumenten angezweifelt.</p>
2.2.4 Textpassage dazu, dass die Politik die Belange der Bürger nicht genügend berücksichtigt.	<p>„Von Reinhard Grindel sind wir auch etwas enttäuscht, weil er gar nicht angehört hat, weshalb wir die Notwendigkeit der Trasse infrage stellen“, so Leefers [Waffensens Ortsbürgermeister] mit Blick auf den CDU-Bundestagsabgeordneten.</p>
	<p>Trotz der Infoveranstaltungen durch Tennet macht der Verein immer noch ein Informationsdefizit unter den Bürgern aus. Viele scheuten ein Aufbegehren. „Man kann ja eh’ nichts ausrichten“, heiße es.</p>
	<p>Wird es dauerhafte Entschädigungen [Mehrfachzahlungen] für die Eigentümer geben? Weil: Nein, wiederkehrende Zahlungen sind derzeit nicht vorgesehen. Es wird aber eine angemessene Entschädigung für die Grundstückseigentümer geben. Geplant ist zudem, diese Summen moderat anzuheben und einen Beschleunigungszuschlag zu gewähren.</p>
	<p>So wollte der Vizepräsident des Landvolks Jörn Ehlers wissen, warum die für die Suedlink-Trasse zuständige holländische Firma Tennet mit der garantierten Kapitalverzinsung von rund sechs Prozent besser gestellt werde als die Landwirte, die laut Ehlers nur 0,5 Prozent für ihre Flächen bekommen. „Die wiederkehrenden Zahlungen [Mehrfachzahlungen der Grundstückseigentümer] wird es nicht geben. Die sind durch“, erklärte Klingbeil. Allerdings solle es in einigen Jahrzehnten Nachverhandlungen geben. Für die anwesenden Landwirte ernüchternd, da sie den Eingriff in ihr Eigentum als groß genug einschätzen,</p>

	um regelmäßig für die Nutzung ihres Eigentums entschädigt zu werden.
2.2.5 Textpassage, die aussagt, dass sich Gemeinden und Bürger aktiv an der Planung beteiligen.	<p>Des Weiteren habe sich die Bundesnetzagentur gemeldet. Die Alternativvorschläge der Gemeinde Ahausen für den Suedlink-Trassenverlauf sollen in die Planung einfließen.</p> <p>„Die Korridorvorschläge sind Ergebnis der von Tennet seit März eingesammelten Hinweise der Bürger“, heißt es auf der Internetseite des Konzerns. „Ich freue mich über das große Engagement“, sagte Lex Hartmann, Mitglied der Tennet-Geschäftsführung.</p> <p>„Die Vorschläge haben die Überlegungen für Suedlink verändert und sind zu 90 Prozent in die Planung mit eingeflossen. Das zeigt, dass es der richtige Weg ist, die Bürger bei den Planungen für neue Stromverbindungen mit einzubeziehen. Wir werden diesen Dialog kontinuierlich fortführen.“</p> <p>Auf der Internetseite heißt es, dass mehr als 3.000 Vorschläge von Bürgern bei Tennet eingegangen seien. Weiter teilt das Unternehmen dort mit: „Rund 1.700 der Hinweise waren raumbezogen. Neben zahlreichen Hinweisen zum ersten Korridorvorschlag fanden sich darunter auch viele Hinweise zu einzelnen Punkten, wie etwa Gehöften und Gewerbegebieten. Mehr als 500 Hinweise enthielten konkrete Korridorvorschläge. Da viele dieser Vorschläge sich auf die gleichen Räume bezogen, konnten sie zusammengefasst werden. Insgesamt wurden somit 112 Korridorvorschläge detailliert geprüft, von denen Tennet knapp 90 Prozent, also 98 neue Korridore, mit in die Planungen aufnehmen konnte.“</p> <p>Er [Bürgermeister Vierdener Gemeinde] selber habe bereits beim Netzbetreiber Tennet schriftlich Bedenken geltend gemacht. Ein Grund ist seinen Worten zufolge ein geplanter Bürgerwindpark, der in der Gemarkung Ippensen östlich der K139 angedacht ist und von Grundstückseigentümern im dortigen Bereich gegründet werden soll.</p> <p>95 prüfbare Alternativen seien an Tennet herangetragen worden, so Gramatte. „Drei davon sind sogar besser als der ursprüngliche Trassenkorridor.“</p> <p>„Die Bürger sind sehr interessiert und dazu sehr konstruktiv“, erklärte Michael Roth vom Suedlink-Projektteam. „Und wir bekommen von ihnen wertvolle Hinweise.“</p> <p>Bürgermeisterin Käthe Dittmer-Scheele verkündete noch, dass es weitere Gespräche zum Thema Suedlink gegeben habe. „Wir konnten unsere Bedenken noch einmal persönlich vorbringen“, erklärt sie. Dennoch schein es unausweichlich, dass Scheeßel bei der geplanten Stromtrasse eine Rolle spielen wird.</p>
2.2.6 Textpassage, die aussagt, dass Tennet keine ausreichende Informationsbasis liefert	<p>Es sei bedenklich, dass Tennet die Alternativkorridore ohne Berechnung der Wirtschaftlichkeit präsentiert hat. Dadurch könnten Menschen ohne Not verunsichert werden, weil die entsprechenden Korridore möglicherweise schon aus wirtschaftlichen Gründen von vornherein ausscheiden.</p> <p>Diese Form der Info-Börse stieß teilweise auf Kritik. So sagte der Rotenburger Nabu-Vorsitzende Roland Meyer am Rande der Veranstaltung: „Ich hätte eigentlich einen Vortrag erwartet. Das ist nun aber eine Börse, wie wir sie schon hatten und bei der ich mir meine Informationen selbst zusammensuchen muss.“ Dies habe aber gut funktioniert, ergänzte Meyer nach der Veranstaltung. Die Mitarbeiter seien gut informiert und hilfsbereit gewesen. Ähnlich kritisch äußerte sich Visselhövedes Bürgermeister Ralf Goebel, der sich gemeinsam mit Dirk Eberle – ab November Bürgermeister der Samtgemeinde Bothel – informierte: „Ich bin etwas irritiert. Mit dieser Form hätte ich nicht gerechnet, sondern eher mit einem</p>



		<p>Vortrag.“</p> <p>Die Karten sind nämlich fehlerhaft.“ Vahldiek zeigte daraufhin auf den ausgelegten Plänen, dass in seiner Heimat Wohngebiete, Siedlungen und Einzelgehöfte nicht eingezeichnet seien. Gleiches gelte auch für einen Windpark. „Die Tennet-Mitarbeiter bemühen sich hier, sind aber letztendlich hilflos, wenn ich ihnen sage, dass die Karten so nicht stimmen. Dann ist das Gespräch immer recht schnell beendet“, moniert der BI-Vorsitzende.</p>
	2.2.7 Textpassage dazu, dass sich eine Gemeinde oder die Anwohner vom Bauhabenträger nicht berücksichtigt sehen	<p>Stefan Behrens, Stellvertreter von Scheeßels Bürgermeisterin Käthe Dittmer-Scheele, erklärt, dort seien die Verantwortlichen überrascht von den neuen Vorschlägen. Denn bisher habe die Gemeinde mit Hilfe einer Resolution darauf gedrungen, ausreichend Abstand zu Abbendorf einzuhalten, nun steht im Raum, dass Suedlink östlich an Hetzwege vorbeiführt. „Wir werden uns nun beraten und dann erneut eine Stellungnahme abgeben“, so Behrens.</p> <p>Dass Suedlink zu nah an Wohnbebauung vorbeiführen könnte, kritisieren auch Irma und Hartwig Fischer aus Rotenburg. Eine der Alternativen führt nämlich am Wohngebiet an der Brockeler Straße in Rotenburg vorbei. Dass sie das monieren, brachten die Eheleute zu Papier. „Ob das was bringt, möchte ich aber in Frage stellen“, so Hartwig Fischer</p> <p>[...] ebenso Rotenburgs Bürgermeister Andreas Weber, der die Vorgehensweise des Netzbetreibers als „Pseudoverfahren“ brandmarkte, da der Trassenverlauf sich seit der ersten Planung nicht großartig verändert habe.</p> <p>Die Vertreter der Kommunen und der Bürgerinitiativen beschäftigte die Sammelleidenschaft der Behörden jedoch weniger. Ihr Interesse lag mehr bei der ihrer Sicht nach bedrohten Lebensqualität im Schatten der Hochspannungsleitung.</p>
	2.2.8 Textpassage dazu, dass eine Vertrauensbasis zwischen der Region und dem Bauhabenträger vorliegt	<p>Im Norden seien die Menschen grundsätzlich aufgeschlossener und verständnisvoller, so die Tennet-Sprecherin weiter, weil beispielsweise Niedersachsen für ihr Unternehmen der größte Einspeiser von Bioenergie sei, was einen Wirtschaftsfaktor darstelle.</p>
2.3 Gerechtigkeitsempfinden	2.3.1 Textpassage, die aussagt, dass die Region schon genügend zur Energiewende beiträgt.	<p>„Wir sind hier alle sehr besorgt, zumal wir durch die oben genannte intensive Erdgasförderung und die zunehmende Vermaisung durch das Betreiben von Biogas-Anlagen schon stark genug gebeutelt sind.“</p> <p>„Die Bürger in Rotenburg sind der Auffassung, schon genug zur Energieversorgung Deutschlands beizutragen. So ist der Feldeskomplex Rotenburg/Taaken gemäß jüngstem LBEG-Jahresbericht das förderstärkste deutsche Gasfeld.“ Das entspricht mehr als zwölf Prozent der bundesdeutschen Erdgasproduktion und gehe einher mit einer im Bundesvergleich extrem hohen Dichte an Erdgasförderstellen. „Insbesondere die Ortschaft Waffensen ist umzingelt von diversen Förderstellen“</p> <p>Zudem, so Weber, handele es sich vor Ort um eine Region mit einer der höchsten Biogasanlagendichten Deutschlands - verbunden mit bekannten Problemen wie Vermaisung, Umweltbelastungen sowie Biomasse- beziehungsweise Gülletourismus.</p> <p>Zu genannten Problemen komme noch, dass die gesamte Region ohnehin bereits durch den Netzknotenpunkt Sottrum mit einer hohen Dichte von Höchst- und Hochspannungsleitungen belastet sei. „Nun sollen in jeweils 400 Meter Abstand zueinander 70 Meter hohe Strommasten mit einer Breite von 30</p>

		Metern beispielsweise direkt am Ortsrand von Mulmshorn, Waffensen und Unterstedt errichtet werden, damit Gleichstrom mit einer Spannung von 500 kV darin in Richtung Süden fließen kann“
	2.3.1 Textpassage dazu, ob sich die Bürger in ihren Interessen gleichgestellt zum Projekt fühlen	Uwe Lüttjohann aus Unterstedt kritisierte, dass die Trasse mit ihren 70 Meter hohen Masten an seinem Ort vorbei durch ein Landschafts- und Naturschutzgebiet führen solle: „Als wir dort einen Windpark mit 65 Meter hohen Masten einrichten wollten, wurde uns das aber verboten“, monierte er.
	2.3.2 Textpassage dazu, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen entfallen	Für eine Erdverkabelung sah Hilken (CDU) etliche Nachteile. So würden große Flächen für die Übergangsstellen zu Erdverkabelungen benötigt. Auch seien die landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr voll nutzbar. „Das merkt man jahrelang, das ist nicht nur einmal aufbuddeln“, erläutert Vajen. Dem schließen sich zwei weitere Landwirte aus Sothel an: „Wir fahren uns leichter fest. Das ist wie ein großer Graben, der das Wasser von den umliegenden Flächen ranzieht“, beschreiben sie.

Anhang B3: Einsortierung der Textpassagen in die Dimension
Gemeinwohlorientierung

Dimension	Bereich	Faktor	Textpassage
3. Gemeinwohl orientierung	3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	3.1.1 Textpassage dazu, dass ein Aufruf zu einer Beteiligung vorliegt.	„Wer den Menschen in Waffensen wirklich helfen will, der muss sich mit dem konkreten Verlauf der Suedlink-Trasse und mit den Chancen für eine Erdverkabelung beschäftigen.“
			Aus den Zuhörerreihen und auch vom Ratsherrn Johann Klindworth kam daraufhin der Hinweis, dass sich auch möglichst viele Bürger mit Einwendungen gegen die Suedlink-Trasse beteiligen sollten. „Wenn sich viele zusammentun und sachliche fundierte Gründe vorbringen, ist das sicher hilfreich“, so Klindworth.
			Betroffene Bürger müssten beteiligte Bürger werden, forderte auch Rösel.
		3.1.2 Textpassage, die aussagt, dass nicht direkt betroffene Bürger und Gemeinden sich um die Belange der Betroffenen engagieren.	Worthmann [Bürgermeister], dessen Ortschaft nicht unmittelbar vom Trassenverlauf betroffen ist, sagte, er wolle mit seinem Ja zu der Resolution Solidarität bekunden: „Da kann ich mich nicht zurücklehnen und sagen, dass mich das gar nichts angeht.“
		3.1.3 Textpassage dazu, dass Politiker sich für die Belange der Bürger stark machen	Froh sei er aber, so Leefers weiter, dass Grindel zugesagt habe, sich im Bundestag für eine unterirdische Verlegung stark zu machen.
			„Jetzt gilt, sachlich zu ermitteln, wo die Betroffenheit für Mensch und Natur am geringsten ist. Im Bereich Düşhorn und Krelingen zeigt Tennet bereits Bereitschaft, die Trasse auf direkterem Weg an die A7 heranzubringen. Für die Prüfung der Trassenalternativen braucht man Zeit. Deshalb bin ich dagegen, noch in diesem Jahr der Bundesnetzagentur die Planungsentwürfe zur Entscheidung vorzulegen“, so Grindel.
			„Die Erdkabelverbindung ist der Wunsch der Bürger, für den die Politik den Weg frei gemacht hat“, sagt Lex Hartman von der Tennet-Geschäftsführung laut einer Pressemitteilung des Unternehmens.
			„Ich erwarte von Tennet, dass es nun darum geht, den besten Trassenverlauf zu finden“, betont Klingbeil. „Dabei müssen auch offene Fragen zur Erdverkabelung und zu den Entschädigungszahlungen für Landwirte geklärt werden. Das wurde mir zugesagt. Darauf werde ich in den kommenden Wochen sehr genau achten.“
			„Tennet muss den Neustart bei der Planung des Verlaufs nutzen, um die berechtigten Anliegen der betroffenen Anwohner mit der umfangreichen Erdverkabelung viel stärker als bisher zu berücksichtigen“, formulierte auch Reinhard Grindel seine Erwartung an den Bauherrn der Stromtrasse.
			„Es ist gut, dass Tennet jetzt Alternativen vorgelegt hat. Klar ist aber dadurch auch: Unsere Region ist bei einem Großteil der alternativen Trassenverläufe stark betroffen. Wir müssen uns jetzt Zeit nehmen für die Diskussion, um die Trasse zu finden, die Mensch und Natur am geringsten belastet. Tennet muss genau erklären, was die Vor- und Nachteile der einzelnen Trassenverläufe sind, damit sich die Kommunen ein konkretes Bild machen können“, sagt Klingbeil.

	<p>3.2.3 Textpassage, die aussagt, dass der Projektträger den Bürgern entgegen kommen möchte</p>	<p>„Landwirte, über deren Flächen die Trasse führt, bekommen für die Zeit, die sie die Bereiche nicht nutzen können, eine Entschädigung“, so Hartman [Tennet-Geschäftsführer]. Natürlich könnten sich Grundbesitzer weigern, den Bautrupps Zutritt zu gewähren. „Aber es gelingt uns eigentlich immer, da eine Einigung zu erzielen.“</p> <p>Es sei nunmal keine einfache Diskussion, daher wolle man sich mit der Leitung so weit wie möglich von der Wohnbebauung fernhalten. „Es gibt keine gesetzliche Regelung, aber wir planen mit 400 Metern“, so Hartman. „Uns geht es dabei immer um Akzeptanz und daher setzen wir auf Transparenz.“</p>
<p>3.3 Gesellschaftliche Teilhabe</p>	<p>3.3.1 Textpassage dazu, dass Bürger an politischen Sitzungen teilnehmen, um sich über SuedLink zu informieren und/oder ihr Interesse zu vertreten.</p>	<p>„Die Landwirtschaft muss den schwarzen Peter für die Akzeptanz der Leitung in der Gesellschaft schlucken, wodurch eine Minderheit erhalten soll.“</p> <p>Seit einigen Jahren gibt es darüber Diskussionen. Zunächst als Überlandleitung geplant, gab es dafür von Seiten der Bevölkerung heftigen Gegenwind. Nun plant Betreiber Tennet eine Erdverkabelung, wodurch die Einschnitte für die Landwirte größer sind, wie der stellvertretende Vorsitzende des Landvolks Rotenburg, der Sotheler Landwirt Hilmer Vajen, bei seiner Begrüßung verkündet.</p> <p>Zahlreiche Zuhörer kamen zur jüngsten Ratssitzung in Westerwalsede – die meisten aber nicht wegen des Ausbaus der Ringstraße, sondern wegen weiteren Informationen zur Stromtrasse Suedlink.</p> <p>Eine weitere Frage bezog sich auf das Thema Suedlink. Einer Einwohnerin sprach zur alternativen Trassenführung. Sie wurde vom Bürgermeister informiert, dass auch dem Rat eine andere Trassenführung, nämlich entlang der Autobahn und der Bundesstraße, gelegen kommen würde.</p> <p>Die Ergebnisse der ersten Bürgerbeteiligung will Tennet übrigens auch in Rotenburg vorstellen. Am Dienstag, 7. Oktober, 17 bis 20 Uhr, findet im Bürgersaal, Am Pferdemarkt 3, eine entsprechende Informationsveranstaltung statt.</p> <p>Profitieren von den Alternativen würde die Samtgemeinde Sottrum. Entspannung kehre dort aber erst ein, so Samtgemeindebürgermeister Markus Luckhaus, wenn die endgültige Route von Suedlink bekannt ist und diese nicht mehr durch die Region führt. „Die Bevölkerung wird die weitere Diskussion mit großem Interesse verfolgen und nimmt aktuell eher eine abwartende Haltung ein“, so Luckhaus.</p> <p>Der Beginn der Veranstaltung war für 17 Uhr im Rotenburger Bürgersaal angekündigt, aber schon 20 Minuten vor dieser Zeit herrschte reger Betrieb an den Informationsständen und -tischen. „Bis 19.30 Uhr war es durchgehend voll. Ich tue mich mit einer Schätzung schwer, aber 300 Personen waren mit Sicherheit dort. Die Veranstaltung war äußerst gut besucht“, bilanziert Tennet-Sprecherin Katrin Krämer am Folgetag.</p> <p>Die Gespräche seien konstruktiv-sachlich gewesen, spezielle Themen und Kritikpunkte könne sie aber nicht ausmachen. „Wir mussten auch viel Grundsätzliches über Suedlink erklären und was genau die ausgelegten Karten zeigen. Dabei entwickelten sich oft angenehme Diskussionen, die sich nicht nur um die Trassenkorridore, sondern beispielsweise auch um die Energiewende allgemein drehten“, so Krämer [Tennet-Sprecherin].</p> <p>Auch im Vierdeiner Gemeinderat wurde jetzt über das Thema diskutiert – im Beisein zahlreicher</p>

		<p>interessierter Zuhörer. Nicht ohne Grund: Nach den derzeitigen Planungen wäre die Gemeinde laut Bürgermeister Harald Schmitchen „total betroffen“, vor allem geht es um die Ortsteile Ippensen-Süd und Nüttel.</p> <p>Ansonsten lieferte die Veranstaltung vor allem eine Erkenntnis: Das Thema trifft nach wie vor bei betroffenen Anwohnern einen Nerv. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil hatte Vertreter des Trassenbetreibers Tennet und der Bundesnetzagentur sowie Aktivisten der Bürgerinitiativen zum Dialog geladen und gut 50 Zuhörer waren diesem Angebot gefolgt. „Es gibt durchaus noch Streitbedarf“, diagnostizierte Klingbeil zu Beginn. „Und wir sollten darüber reden, wie es weiter geht.“</p> <p>Nach den Angaben der Tennet-Delegation hatten bis Oktober rund 6.000 Besucher die 22 Infomärkte entlang des Trassenkorridors besucht, und was Alternativvorschläge zum Verlauf angeht, sei allein rund ein Drittel davon von Bürgern aus Niedersachsen gekommen.</p> <p>Am Donnerstag waren es etwa 130 Bürger, die die Möglichkeit nutzten, sich im direkten Gespräch mit dem Suedlink-Team auszutauschen und sich beim Vortrag zu informieren. Unter anderem erkundigten sie sich nach der Entschädigung für die Grundstückseigentümer, auf deren Besitz die Trasse verläuft. Es soll eine einmalige Zahlung geben, so Roth. Bei landwirtschaftlichen Nutzflächen dienen Ertragseinbußen durch die Baumaßnahmen als Berechnungsgrundlage. „Wir suchen nach fairen Lösungen“, so Roth.</p> <p>Dass es vom Bekanntwerden erster Pläne bis etwa März diesen Jahres gedauert hat, bis sich jemand gegen den Trassenbau aufbäumt, dafür gebe es verschiedene Gründe, vermutet Franke. Einer davon sei die Verwechslung des Freileitungsbogens mit dem Projekt Suedlink, ebenfalls von Netzbetreiber Tennet betreut.</p>
	<p>3.3.2 Textpassage, die aussagt, dass Anwohner sich durch ihr Engagement an der politischen Debatte beteiligen</p>	<p>Mattina Berg aus Mulmshorn erklärte, sie habe eine Unterschriftensammlung im Ort initiiert, die fordert, die Leitung unterirdisch zu verlegen</p> <p>Aus diesem Grund sind die Mitglieder [Verein Pro Osteniederung Volkensen-Nindorf] jeden Donnerstag ab 20 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus in Volkensen anzutreffen, um dort Mitbürger zu informieren. Jeder Interessierte kann vorbeikommen. Etliche Unterschriftenlisten wurden bereits ausgelegt und Protestschilder aufgestellt. Aktuelle Neuigkeiten werden via eigens gegründeter Whatsapp- und Facebook-Gruppe ausgetauscht.</p> <p>„Jetzt geht es nicht darum, Zeit zu schinden, sondern um sachgerechte Fragen. Wir erleben ja, was sich verändert und wie die Politik darauf regiert. Es lohnt sich also, sich einzubringen“, so Weber [Vorstand BI] . „Wir bleiben aufmerksam.“</p> <p>„Das zeigt, wie viel sich auch als Bürgerinitiative und als Kommunalpolitiker bewegen lässt“, so Weber</p> <p>Rund 20 Interessierte waren der Einladung [Dialog vom Landvolk Kreisverband Rotenburg-Verden] gefolgt, darunter hauptsächlich Landwirte aus der näheren Umgebung, zudem CDU-Landtagsmitglied Eike Holsten als einziger Vertreter der Politik.</p>

Anhang C: VaBiZ

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
1. Soziale Beziehungen	1.1 Soziale Netzwerke	Gemeinden und Landkreise arbeiten miteinander, um ihre Interessen zu schützen	Bildung und Bestärkung von Netzwerken
			Einreichung gemeinsamer Beschlüsse der Kommunen
		Bewusste Zusammenarbeit von Nachbarkommunen	
		Bewusstsein über Problematiken bei keiner Zusammenarbeit	
	Gruppen und Institutionen kommunizieren miteinander	Zusammenarbeit ansonsten fernen Fachdisziplinen	
		Zusammenkunft ferner Fachdisziplinen und Besprechung gegenseitiger Interessen	
Gemeinden arbeiten nicht miteinander	Ablehnung der Zusammenarbeit durch fehlende Kompetenz und keiner Betroffenheit		
Bürger/innen gruppieren sich, um ihre Interessen zu schützen	Formierungen der Einwohner/innen in unabhängige Gruppierungen		
1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	-	-	
1.3 Akzeptanz von Diversität	-	-	

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
2. Verbundenheit	2.1 Identifikation	Historischer Bezug zur Region	Nutzung der gemeinsamen Geschichte als aktivierendes Element
		Selbstbild einer benachteiligten Region	Reine Betroffenheit führt zum Selbstbild der Benachteiligung
			Bereits durchgeführte Strukturmaßnahmen fördern das Selbstbild
	Fragen zu gesundheitlichen Nebenwirkungen		
	Wunsch der Erhaltung der regionalen Natur	Identifikation mit der Landschaft	
Unwiderrufliche Zerstörungen der Landschaft			

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
2. Verbundenheit	2.2 Vertrauen in Institutionen	Skepsis gegenüber dem Großbauprojekt	Ungenügende Informationslage über SuedLink
		Dimensionierung des Projekts wird nicht benötigt	Erforderlichkeit der Stromtrasse wird angezweifelt

		Dezentrale Energieversorgung wird bevorzugt
	Politik werden nicht als Experten gesehen	Politik gibt ungenügende Informationen heraus Politik verschleiert Informationen
	Politik berücksichtigt die Belange der Bürger/innen nicht ausreichend	Interessen der Einwohner/innen werden nicht ernst genommen Interessen der Einwohner/innen werden ignoriert Falsche Versprechungen an die Einwohner/innen
	Tennet bietet keine ausreichende Informationsbasis	Ungenügende Informationslage auf Veranstaltungen
	Tennet berücksichtigt die Belange der Gemeinden und Bürger/innen nicht	Anmerkungen werden nicht berücksichtigt Kaum Veränderungen in den Trassenverläufen
	Gemeinden und Bürger/innen beteiligen sich aktiv an der Planung	Hohe Anzahl an eingehenden Anmerkungen

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
2. Verbundenheit	2.3 Gerechtigkeitsempfinden	Region trägt schon genügend zur Energiewende bei	Hohe Dichte an Biogasanlagen Hohe Dichte an Erdgasförderstationen Bestehender Netzknotenpunkt in Sottrum
		Interessen der Bürger/innen werden dem Projekt gleichgestellt	Einwohner/innen wurde im geplanten Gebiet ein ähnliches Projekt verboten
		Landbesitzer sehen sich benachteiligt	Interessen der Landwirte werden vernachlässigt

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
3. Gemeinwohlorientierung	3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	Aufruf zur Beteiligung	Erhoffte Beteiligung von betroffenen Bürger/innen Erhoffte Solidarität nicht betroffener Bürger/innen
		Nicht betroffene Gemeinden engagieren sich um die Belange von betroffenen Bürger/innen	Beteiligung an Resolutionen trotz keiner Betroffenheit
		Politiker/innen setzen sich für die Interessen der Bürger/innen ein	Vortragen der lokalen Interessen auf Bundesebene Berücksichtigung verbleibender Interessensparteien
		Grundlegende Hilfsbereitschaft unter Auflagen	Vorderung einer Erdverkabelung Vorderung von Mehrfachzahlungen
		Projekt ohne Rücksicht aus der eigenen	Variante durch weniger bewohntes Gebiet wird

		Gemeinde fernhalten	bevorzugt
--	--	----------------------------	-----------

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
3. Gemeinwohlorientierung	3.2 Anerkennung sozialer Regeln	Es wird in die Strukturen des sozialen Lebens eingegriffen	Extremere Äußerungen zu gesellschaftlichen Strukturen
		SuedLink soll zum Schutz von Mensch und Natur in Teilen angepasst werden	Forderung zum Erhalt der schützenswerten Gebiete
		Tennet berücksichtigt außerrechtlich soziale Regeln zur Erhöhung der Akzeptanz	Außerrechtliche Einigung mit Landwirten/innen
		Kleingruppen werden benachteiligt	Erhöhung des Bebauungsabstandes Benachteiligung landwirtschaftlicher Interessen

Dimension	Bereich	Themenkomplex	Variation
3. Gemeinwohlorientierung	3.3 Gesellschaftliche Teilhabe	Bürger/innen beteiligen sich an politischen Sitzungen, um sich über SuedLink zu informieren und ihre Interessen zu vertreten	Hohe Beteiligung an politischen Sitzungen
			Primäres Interesse an SuedLink
		Anwohner/innen beteiligen sich durch ihr Engagement an der politischen Debatte um SuedLink	Gründung von Bürgerinitiativen, Vereinen und Social-Media-Gruppen
			Beteiligung einzelner Bürger/innen